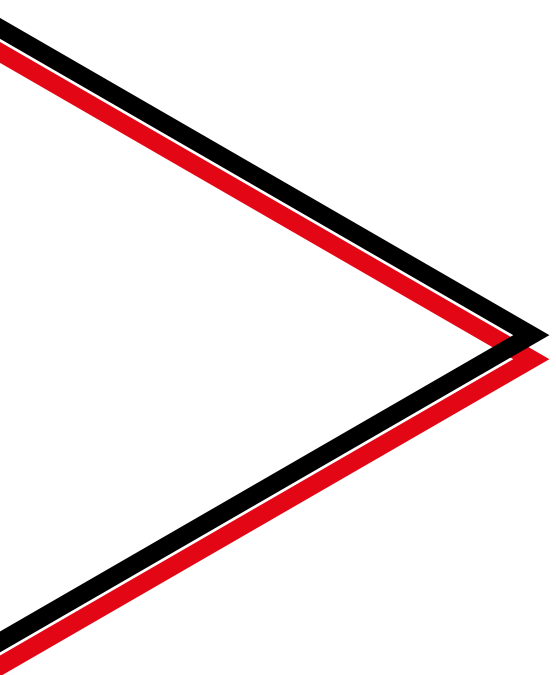


Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz.

Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD Rheinland-Pfalz.



2026-2031

Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz.....	3
1. Unsere Verantwortung für verlässliche Bildung, exzellente Wissenschaft und vielfältige Kultur 7	
<i>Bildung</i>	<i>7</i>
<i>Wissenschaft</i>	<i>12</i>
<i>Kultur.....</i>	<i>15</i>
2. Unsere Verantwortung für moderne Wirtschaft und Energie, Digitalisierung und Medien	18
<i>Wirtschaft</i>	<i>18</i>
<i>Energie</i>	<i>23</i>
<i>Digitalisierung</i>	<i>24</i>
<i>Medien</i>	<i>30</i>
3. Unsere Verantwortung für gute Arbeit, einen fairen Sozialstaat, eine zuverlässige Gesundheit und Pflege	33
<i>Arbeit.....</i>	<i>33</i>
<i>Soziales</i>	<i>37</i>
<i>Gesundheit</i>	<i>41</i>
<i>Pflege</i>	<i>47</i>
4. Unsere Verantwortung für starke Landwirtschaft und Weinbau und den Schutz von Natur, Umwelt und Klima	50
<i>Landwirtschaft</i>	<i>50</i>
<i>Weinbau</i>	<i>53</i>
<i>Forsten</i>	<i>53</i>
<i>Natur- und Umweltschutz</i>	<i>54</i>
<i>Klimaschutz</i>	<i>58</i>
5. Unsere Verantwortung für ein sicheres Land, einen leistungsfähigen Rechtsstaat, moderne Infrastruktur, lebendige Kommunen sowie Bauen und Wohnen.....	60
<i>Innere Sicherheit</i>	<i>60</i>
<i>Rechtsstaat.....</i>	<i>65</i>
<i>Infrastruktur</i>	<i>66</i>
<i>Kommunen</i>	<i>69</i>
<i>Bauen und Wohnen</i>	<i>72</i>
6. Unsere Verantwortung für eine zukunftsfeste Finanz- und Haushaltspolitik, entschlossene Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau	76
<i>Finanzen und Haushalt</i>	<i>76</i>
<i>Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau</i>	<i>81</i>

7. Unsere Verantwortung für Migration und Integration, für starke Familien, Frauen und Kinder ..	84
<i>Migration, Integration und Fachkräfteeinwanderung</i>	<i>84</i>
<i>Frauen</i>	<i>87</i>
<i>Kinder und Familien</i>	<i>89</i>
8. Unsere Verantwortung für Europa, internationale Zusammenarbeit und eine kraftvolle Demokratie	92
<i>Europa</i>	<i>92</i>
<i>Internationales</i>	<i>94</i>
<i>Demokratie</i>	<i>94</i>
9. Unsere Verantwortung für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Koalition	99

Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist ein starkes Land. Das liegt an den Menschen, an ihrer Lebensfreude, ihrem Engagement, ihrem Verantwortungsbewusstsein und ihrer Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Sie tragen mit Fleiß, Ideenreichtum und Zusammenhalt dazu bei, dass Rheinland-Pfalz ein lebenswertes und erfolgreiches Land ist. Die Menschen leben hier gerne. Sie schätzen die Sicherheit, die Lebensqualität, die gewachsene Gemeinschaft zwischen Stadt und Land. Sie sind stolz auf ihre Heimat, auf ihre Traditionen, auf ihre Vereine, ihre Unternehmen, ihre Landschaften. Dieses Vertrauen in das eigene Land ist ein großer Schatz. Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Vielfalt unserer Regionen bilden eine solide Grundlage für die Zukunft. Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Fortschritt und Tradition verbindet und in dem wirtschaftlicher Erfolg, soziale Verantwortung und Zusammenhalt gemeinsam gedacht werden.

Zugleich erleben wir eine Zeit wachsender Verunsicherung. Internationale Krisen, wirtschaftliche Umbrüche, technologische Veränderungen fordern uns heraus. Viele Menschen sorgen sich um steigende Lebenshaltungskosten, um bezahlbaren Wohnraum, um die Stabilität unserer Wirtschaft, um das Klima und den Frieden, um Migration und Integration, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch wer zufrieden mit dem eigenen Leben ist, spürt, dass die Welt um uns herum rauer geworden ist.

Die Menschen erwarten Klarheit, Verlässlichkeit und eine positive Zukunftsperspektive. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wünschen sich eine Regierung, die das Land zusammenhält, die die Probleme löst, Mut macht und Orientierung gibt. Sie wollen eine Politik, die zuhört, handelt und Herausforderungen in Chancen verwandelt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht einen Staat, der funktioniert, Orientierung gibt und Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit schafft. Die Menschen wollen eine Politik aus der Mitte der Gesellschaft für die ganze Gesellschaft.

Die kommenden Jahre werden entscheidend für die Zukunft unseres Landes sein. Beide Parteien eint das Ziel, Rheinland-Pfalz stabil weiterzuentwickeln, wirtschaftliche Stärke zu sichern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu geben. Fortschritt und Zusammenhalt gehören dabei untrennbar zusammen. Deshalb werden CDU und SPD in Rheinland-Pfalz gemeinsam Verantwortung übernehmen, getragen von einem klaren gemeinsamen Auftrag: Stabilität sichern, Mut machen, Zusammenhalt stärken und unser Land weiter nach vorne bringen. Beide Parteien stehen für die Kraft der sozialen Marktwirtschaft, für die Bedeutung starker Familien, des Ehrenamts und sozialen Engagements, für lebendige Kommunen, für die Rolle von Industrie, Mittelstand, Handwerk, starken Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einer gelebten

42 Sozialpartnerschaft, für ein leistungsfähiges Bildungswesen, für Wissenschaft und
43 Zukunftstechnologien, für Sicherheit im Alltag und für eine verlässliche staatliche
44 Ordnung, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für eine
45 Gesundheitsversorgung, die das ganze Land im Blick hat und ein gutes Leben im Alter.

46 Demokratie lebt vom Zusammenhalt, vom Respekt, von der Bereitschaft,
47 Verantwortung zu übernehmen, und einer offenen Gesellschaft. Extremismus,
48 Menschenfeindlichkeit und jede Form der Spaltung haben in unserem Land keinen
49 Platz. Wir wollen Debatten zurück in die gesellschaftliche Mitte holen. Dass
50 populistische und extremistische Stimmen immer stärker werden konnten, ist auch
51 Ausdruck von Verunsicherung, von ungelösten Problemen, aber auch der
52 Mechanismen sozialer Medien, die Tür und Tor öffnen für Manipulationen,
53 Diffamierungen und Desinformation. In der Summe führt das zu einem
54 Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit. Darauf geben wir eine klare
55 Antwort aus der demokratischen Mitte heraus. Wir stärken unsere Demokratie nicht
56 nur institutionell, sondern im Alltag der Menschen und mit der Verantwortung als Land
57 in der Mitte Europas mit unseren Nachbarn und internationalen Freunden.

58 Rheinland-Pfalz lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Eine starke
59 Zivilgesellschaft und Kultur, lebendige Vereine, Initiativen und lokale Netzwerke sind
60 das Rückgrat unseres Zusammenhalts. Dieses Engagement zu unterstützen, zu
61 schützen und zu stärken, ist unser gemeinsamer Auftrag, damit Rheinland-Pfalz das
62 Ehrenamtsland bleibt.

63 Gemeinsam verbinden wir wirtschaftliche Stärke mit sozialer Verantwortung. Die
64 Leitidee von CDU und SPD ist: Rheinland-Pfalz bleibt seiner Identität treu und ist
65 zugleich traditionell und offen für die Zukunft. Unser Land war immer dann besonders
66 erfolgreich, wenn es Tradition und Modernität zusammengedacht hat. Wir wollen eine
67 öffentliche Verwaltung, die gestaltet, ermöglicht und unterstützt und dabei Bürokratie
68 abbaut. Dafür werden wir nach einer umfassenden Aufgabenkritik Abläufe und
69 Prozesse straffen und bündeln. Wir schaffen auch mit Verwaltungsmodernisierung und
70 -reformen eine Verwaltungskultur des Vertrauens, der Effizienz und der
71 Eigenverantwortung.

72 CDU und SPD werden das Land gemeinsam gestalten:

73 **Wir investieren in Bildung von Anfang an.** Wir investieren weiter in Bildung von
74 Anfang an: in verlässliche Kitas und starke Schulen. Wir stehen für Gebührenfreiheit.
75 Jedes Kind soll seine Chancen nutzen können. Im bestehenden gegliederten
76 Bildungssystem ist es unser Ziel, die Leistungsfähigkeit, die Durchlässigkeit, das
77 Aufstiegsversprechen und die Verlässlichkeit miteinander zu verbinden und für jedes
78 Kind die beste Förderung zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Sprache ist dabei der
79 Schlüssel für Bildungserfolg und Integration. Leistung verdient Anerkennung. Herkunft
80 darf kein Hindernis sein. Die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie für
81 pädagogisches Personal verbessern wir. Das ist ein gemeinsames Versprechen dieser
82 Koalition.

Wir stärken unsere Wirtschaft und sichern gute Arbeit. Rheinland-Pfalz lebt von der Industrie, vom Mittelstand, vom Handwerk, von Weinbau und Landwirtschaft sowie vom Tourismus. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ist die Grundlage für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze. Beide Parteien teilen das Ziel, Rheinland-Pfalz als wettbewerbsfähigen und innovativen Standort weiterzuentwickeln. Wir treiben den Klimaschutz voran und achten zugleich auf wirtschaftliche Stärke und soziale Balance.

Wir sind einer der bedeutendsten Biotechnologie- und Pharmastandorte Deutschlands und zählen zu einem der wichtigsten Medienländer. Unser Land lebt vom gemeinsamen Zusammenwirken der Sozialpartner. Unser Anspruch an unser Land: Schnellste Genehmigungen bundesweit, moderne Infrastruktur und eine digitale Verwaltung. Diese muss als Partner der Wirtschaft agieren. Dazu braucht es einen grundlegenden Mentalitätswandel und den Abbau überbordender bürokratischer Vorgaben. Wir setzen auf Innovation in Bereichen wie Künstliche Intelligenz, Biotechnologie und nachhaltige Technologien. Die Wertschöpfung soll im Land bleiben und neue Arbeitsplätze sollen entstehen. Tarifbindung, Mitbestimmung, Qualifizierung, berufliche Bildung und starke Hochschulen sind für uns zentrale Bausteine einer starken Arbeitswelt. Fachkräfte, auch aus dem Ausland, sind der Schlüssel für unseren künftigen Wohlstand. Deshalb investieren wir in klare, verlässliche Strukturen bei Ausbildung, Weiterbildung und beruflicher Bildung. Landwirtschaft und Weinbau sichern unsere Ernährung, prägen unsere Kulturlandschaft und sind unverzichtbar für den ländlichen Raum. Naturschutz und landwirtschaftliche Nutzung müssen dabei Hand in Hand gehen. Nachhaltigkeit gelingt nur im Zusammenspiel von Ökologie, Ökonomie und sozialer Verantwortung.

Wir sorgen für Sicherheit. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist zentrale Aufgabe des Staates und Voraussetzung für Freiheit und gesellschaftliches Vertrauen. Wir stehen für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine starke Sicherheitsarchitektur. Eine gut ausgestattete Polizei, eine moderne Justiz und ein leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz geben den Menschen Schutz und Vertrauen. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit. Wir bekämpfen Kriminalität und Extremismus; auch durch stärkeren Einsatz von modernen Technologien.

Wir sichern Gesundheit. Eine verlässliche medizinische Versorgung in allen Regionen ist zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dazu gehört ein flächendeckender Rettungsdienst, eine wohnortnahe Krankenversorgung, beste Pflege auch in den eigenen vier Wänden, interdisziplinäre und sektorenübergreifende Versorgung, spezialisierte Zentren und ein Zusammendenken von Pflege und Krankenversorgung. Wir wollen, dass mehr junge Menschen in Medizin und anderen akademischen Gesundheitsberufen, aber auch in Aus-, Fort- und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz ihre Heimat finden und hier bleiben. Dabei gilt es, die Anzahl der Plätze im Medizinstudium, aber auch in allen anderen gesundheitlichen und pflegerischen Berufen konsequent auszubauen.

Wir stärken die Kommunen. Städte, Gemeinden und Landkreise sind das Herz unseres Landes. Dort entscheidet sich, ob Zusammenhalt gelingt. Wir geben den

126 Kommunen Planungssicherheit, mehr Spielräume und schaffen verlässliche Finanzen.
127 Wir stärken das Vertrauen in die kommunalen Räte durch eine Erhöhung der
128 allgemeinen Zuweisungen. Wer Verantwortung vor Ort trägt, soll handlungsfähig sein.

129 **Wir werden die Handlungsfähigkeit des Staates weiter stärken und seine**
130 **Strukturen zukunftsfest ausrichten.** Dabei setzen wir auf ein gutes Zusammenspiel
131 der verschiedenen Ebenen und eine verlässliche Daseinsvorsorge vor Ort. Ziel ist es,
132 gewachsene Strukturen gezielt fortzuentwickeln und so die Voraussetzungen für ein
133 leistungsfähiges, modernes und bürgernahes Gemeinwesen zu sichern. Deshalb
134 möchten wir mehr Vertrauen wagen und den Staat moderner, leistungsfähiger und
135 bürgernäher machen.

136 **Wir stehen für ein weltoffenes, vielfältiges und demokratisches Rheinland-Pfalz.**
137 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen,
138 in den Familien, im Alltag und in unseren Gemeinschaften vor Ort. Wir richten unsere
139 Politik an den Lebensrealitäten unserer Familien aus. Sie sind das Fundament unseres
140 Landes und die jungen Menschen stehen für die gute Zukunft unseres Landes. Sie
141 verdienen verlässliche Rahmenbedingungen, bezahlbaren Wohnraum und
142 Unterstützung in allen Lebensphasen.

143 **Wir gestalten Migration und Integration verantwortungsvoll.** Rheinland-Pfalz ist
144 ein Land, das Zuwanderung braucht. Deshalb stehen wir für Humanität und Ordnung
145 mit klaren Regeln und gelingender Integration. Schutz von Verfolgten und konsequente
146 Rückführungen gehören für uns untrennbar zusammen. Sprache, Arbeit und
147 Anerkennung gemeinsamer Werte sind der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben.

148 **Wir setzen auf Respekt im Umgang, auf Klarheit in der Kommunikation und auf**
149 **Verlässlichkeit im Handeln.** Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und verlässliche
150 Haushaltspolitik, die die gesamten Rahmenbedingungen im Blick hat. CDU und SPD
151 werden das Land gemeinsam führen. Unser Ziel ist ein Land, das weiter zusammenhält
152 – wirtschaftlich stark, sozial gerecht und die Zukunft fest im Blick. Das gelingt auch in
153 angespannten Zeiten, wenn wir unsere Heimat bewahren und zugleich den Mut zur
154 Erneuerung haben. Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern markiert der vorliegende
155 Koalitionsvertrag die Richtung, er legt politische Leitplanken, bedeutende Projekte und
156 die Art der Zusammenarbeit der neuen Regierung dar. Gemeinsam gestalten wir die
157 kommende Wahlperiode als Koalition mit Verantwortung für ein starkes Rheinland-
158 Pfalz.

1. Unsere Verantwortung für verlässliche Bildung, exzellente Wissenschaft und vielfältige Kultur

Bildung

Unsere Kitas und Schulen sind Orte des gemeinsamen Lernens, die das Kind und seine Entwicklung in den Mittelpunkt stellen. Dafür setzen wir auf unsere Fachkräfte mit all ihrer Expertise: die Erzieherinnen und Erzieher, die pädagogischen Fachkräfte und unsere Lehrkräfte in all unseren Schularten. Allen, die mit und für unsere Kinder und Jugendlichen arbeiten, stärken wir den Rücken. Leistung und Bildungsgerechtigkeit sind dabei für uns maßgebliche Leitprinzipien, die untrennbar zusammengehören. Denn Bildung eröffnet jedem und jeder Einzelnen die Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung und befähigt dazu, das eigene Leben selbstbestimmt in verantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Unabhängig von seiner Herkunft fördern und stärken wir jedes Kind, seine Chancen zu nutzen. Zugleich geht der Bildungsauftrag über die reine Wissensvermittlung hinaus: junge Menschen brauchen ein Wertefundament, sie müssen auch über soziale Kompetenzen und Medienkompetenz verfügen, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Zudem ist Demokratiebildung für uns ein essentieller Bestandteil davon.

Früh fördern und verbindliche Grundlagen schaffen

Wir bekennen uns zur Beitragsfreiheit in der Kita ebenso wie zum Prinzip der Trägervielfalt. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung dürfen keine Frage des Geldbeutels sein. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass die Finanzierung für die Kindertagesbetreuung für alle Kinder gesichert ist – und zwar im Regel- wie im inklusiven Bereich. Außerdem bekennen wir uns zur Kindertagespflege und werden auch diese weiterentwickeln. Das Förderwesen für den Ausbau beziehungsweise die Sanierung von Kitas wollen wir bürokratiearm ausgestalten.

Wir werden das KiTa-Gesetz weiterentwickeln und auf Basis der bisherigen Erfahrungen in 2028 novellieren, um noch mehr Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen für Kinder, Eltern und Fachkräfte herzustellen. Dabei werden wir auch die Leitungsdeputate, das Sozialraumbudget und die Kita-Sozialarbeit im Blick behalten.

Wir stärken die Übergänge entlang der Bildungsbiografie und lernen vom Übergang zwischen Kita und Grundschule. Wir überarbeiten die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen in Abstimmung mit der Kita-Praxis, insbesondere mit dem Ziel, das letzte Kita-Jahr mit einem klaren Schwerpunkt auf den sogenannten „Vorläufer-Kompetenzen“ auszugestalten – und zwar auf der Basis verbindlicher Standards. Unser Ziel ist es, unter Wahrung verfassungsrechtlicher Grundsätze eine verbindliche Teilnahme an diesem inhaltlich wichtigen Angebot im letzten Kitajahr sicherzustellen. So wollen wir jedem Kind in Rheinland-Pfalz gleiche Chancen

197 eröffnen, den Schulstart mit besten sprachlichen, numerischen, motorischen und
198 sozialen Grundlagen zu erleichtern.

199 Sprachliche Ausdrucksfähigkeit ist von hoher Bedeutung für individuellen Lernerfolg.
200 Sie soll grundsätzlich bereits vor Eintritt in die Grundschule gewährleistet sein. Daher
201 bauen wir die Sprachförderung deutlich aus – alltagsintegriert und mit zusätzlichen
202 qualifizierten Fachkräften. Dazu weiten wir das Netzwerk der Kitas mit
203 Sprachbeauftragten zunächst auf 1.000 Kitas aus und stellen zudem flächendeckend
204 das Analysewerkzeug SiAb („Sprache im Alltag beobachten“) zur Verfügung.

205 Im Rahmen der KiTa-Gesetz-Novellierung werden wir festlegen, dass die
206 Sprachstandserhebung bei allen Kindern im Alter von 4,5 Jahren verpflichtend erfolgt.
207 Dies soll dabei helfen, Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen. Kinder mit
208 Sprachdefiziten erhalten verbindliche und individuelle Förderung – mit qualifiziertem
209 Personal, alltagsintegrierten Sprachprogrammen und unter Einbindung der Eltern.

210 Wir werden für bessere Rahmenbedingungen in unseren Kitas sorgen und setzen den
211 Weg fort, die bezahlte duale Ausbildung zum/zur Erzieher/-in zur Regel zu machen.

212

213 ***Für verlässliche Grundschulen sorgen***

214 Wir entwickeln in einem Modellprojekt unsere Grundschulen weiter, in Richtung einer
215 rhythmisierten Unterrichtsgestaltung.

216 Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Grundschulen von Aufgaben entlastet werden
217 und damit mehr Zeit für Pädagogik und insbesondere für das Üben und Vertiefen der
218 Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen bleibt. Dazu ermöglichen wir
219 Grundschulen, die mehr Freiraum für die Fokussierung auf die Grundkompetenzen
220 benötigen, die Streichung des Fremdsprachenunterrichts.

221 Wir sichern eine faire und angemessene Vergütung aller Lehrkräfte im Land. Die
222 Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen werden wir stufenweise
223 auf A13 anheben.

224

225 ***Weiterführende Schulen: Differenzierte Wege bei gleichen Chancen eröffnen***

226 In unserem bestehenden gegliederten Bildungssystem ist es unser Ziel, die
227 Leistungsfähigkeit, die Durchlässigkeit, das Aufstiegsversprechen und die
228 Verlässlichkeit miteinander zu verbinden, um jedes Kind bestmöglich zu fördern. Bei
229 uns wird jedem jungen Menschen ermöglicht, den für sich passenden Weg in
230 Ausbildung, Studium und Beruf zu finden. Allgemeine und berufliche Bildung sind
231 dabei gleichwertig und gleich wichtig.

232 Unsere Realschulen Plus sind wie unsere berufsbildenden Schulen unverzichtbar für
233 die Ausbildung der Fachkräfte von morgen. Sie verbinden Theorie und Praxis eng

234 miteinander und leisten somit einen wirksamen Beitrag zur Fachkräftesicherung und
235 Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

236 Die Realschulen Plus stärken wir mit mehr Pädagogik und mehr Möglichkeiten,
237 modern und zielgerichtet zu unterrichten. Deshalb wollen wir mehr Multiprofessionalität
238 ermöglichen, indem wir aufwachsend in Berufsreifeklassen eine zusätzliche
239 pädagogische Fachkraft zur Verfügung stellen.

240 Unsere Gymnasien bereiten Schülerinnen und Schüler auf eine akademische
241 Ausbildung sowie auf verantwortungsvolle Aufgaben in Beruf und Gesellschaft vor. Sie
242 vermitteln nicht nur fundiertes Fachwissen, sondern fördern auch kritisches Denken,
243 Selbstständigkeit und die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge nachzuvollziehen.
244 Durch ein breites Fächerspektrum und vertiefte Lerninhalte schaffen Gymnasien die
245 Grundlage für einen erfolgreichen Berufs- und Lebensweg.

246 Die Förderung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-
247 Fächer) ist uns ein besonderes Anliegen.

248 Wir bekennen uns zum Recht auf Inklusion und dem Erhalt von Förderschulen. Wir
249 wollen den bewährten „Dreiklang“ aus Schwerpunktschulen, Förder- und
250 Beratungszentren sowie Förderschulen weiterentwickeln. Wir sehen, dass wir im
251 Sinne einer möglichst guten individuellen Förderung eines jeden Kindes und der
252 Gleichberechtigung aller Kinder noch weitere Verbesserungen erzielen müssen.

253 Die berufsbildenden Schulen sind zuverlässige Partner der dualen Ausbildung,
254 arbeiten vertrauensvoll mit den Arbeitgebern und der Wirtschaft zusammen und sind
255 ein wichtiger Innovationsmotor. Mit Blick auf die technologische Transformation sowie
256 den hohen Innovations- und Wettbewerbsdruck unserer Wirtschaft kommt der
257 beruflichen Bildung, Fort- und Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu. Deshalb wollen wir
258 die Modernisierung unserer berufsbildenden Schulen forcieren mit Blick auf technische
259 Ausstattung, baulichen Zustand und digitalen Reifegrad sowie den verstärkten Einsatz
260 von Fachpraxislehrkräften.

261

262 ***Leistung sichern – Chancen eröffnen – Schule modern gestalten***

263 Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, selbstbestimmte,
264 demokratische und resiliente Bürgerinnen und Bürger zu werden. Gleichzeitig
265 verfolgen wir das Ziel, die Ausbildungs- beziehungsweise Studierfähigkeit unserer
266 Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

267 Unsere Bildungspolitik orientiert sich daher – neben der Vermittlung von Werten und
268 pädagogischen wie ethischen Prinzipien – auch an Leistungsstandards und der
269 dazugehörigen Förderung. Dazu gehört auch eine moderne Lern- und Prüfungskultur
270 mit nachvollziehbaren Leistungsüberprüfungen. Mit einheitlichen
271 Lernstandserhebungen, erfolgreichen Maßnahmen wie „Keiner ohne Abschluss“ sowie
272 einer frühen Berufsorientierung ab Klasse 7 wollen wir die Ausbildungsfähigkeit
273 stärken und Abbrecherquoten senken.

274 Sprache ist nicht nur der Schlüssel zur Bildung, sondern auch zu Integration und
275 sozialer Teilhabe. Deshalb sichern wir die Sprachfähigkeit aller Kinder, auch die derer,
276 die ohne ausreichende Deutschkenntnisse aus dem Ausland zu uns nach Rheinland-
277 Pfalz kommen. Dazu nutzen wir die bereits bewährte verbindliche Sprachförderung an
278 unseren Schulen und richten dort, wo der Bedarf vorhanden ist und viele Schülerinnen
279 und Schüler noch Deutsch lernen müssen, sogenannte altersgemischte
280 „Kompassklassen“ ein. Moderne Diagnoseinstrumente sowie KI-Sprachassistenten
281 sind dabei Werkzeuge zur Unterstützung. Ziel bleibt, die Kinder und Jugendlichen
282 schnellstmöglich in den Regelunterricht zu integrieren.

283 Wir modernisieren die Lehrpläne und verschlanken sie konsequent im Sinne eines
284 modernen und innovativen Unterrichts. Dazu gehören für uns frühzeitige und
285 individuelle Angebote zur Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen – etwa
286 durch verpflichtende Praktika im Bereich der Dualen Ausbildung (zum Beispiel in
287 Handwerks- oder Pflegeberufen) in der Mittel- und Oberstufe sowie durch Projekt- und
288 Trainingstage oder die bereits bestehenden Praktikumswochen.

289 Das Land reformiert und entbürokratisiert das System der Schulbuchausleihe.
290 Schülerinnen und Schüler der allgemein- und berufsbildenden Schulen, die sich nicht
291 in einer vergüteten Aus- oder Weiterbildung befinden, erhalten Schulbücher und
292 Arbeitshefte künftig analog und ab Klasse fünf zusätzlich digital kostenlos. Damit
293 wollen wir schrittweise beginnen.

294 Wir wollen die Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte weiter ausbauen. Dazu wollen wir
295 dem Fortbildungsbedarf unserer Lehrkräfte noch mehr Rechnung tragen, indem wir
296 moderne und bedarfsgerechte Angebote – auch in digitalen Formaten – über unser
297 pädagogisches Landesinstitut zur Verfügung stellen. Gleichzeitig prüfen wir, ob wir
298 über die curricularen Standards eine Erhöhung des Praxisanteils im Lehramtsstudium
299 ermöglichen können. Dazu gehört auch die Sicherstellung moderner
300 Unterrichtsformate.

301 Wir stehen für ein zukunftsfähiges gemeinsames Lernen und Arbeiten in der Schule.
302 Hierzu zählen vor allem die datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung und die
303 Weiterentwicklung der Lern- und Prüfungskultur. Moderne Schulentwicklung bedeutet
304 dabei, dass wir Daten zielgerichtet erheben und zur Gesamtsteuerung sowie zur
305 individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler nutzen können. Wir benötigen
306 dazu eine 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten ab der 5. Klasse, in der
307 Grundschule eine 1:4-Ausstattung sowie die Ausstattung unserer Lehrkräfte. Deshalb
308 werden wir prüfen, ob wir dazu ein praktikables und finanzierbares Leih- oder
309 Kaufmodell einsetzen können.

310 Wir wollen die Innovationskraft aus der Mitte unserer Schulen nutzen und sie bei ihrer
311 weiteren Entwicklung unterstützen. Dabei praktizieren wir eine Ermöglichungskultur,
312 die dafür den Raum bietet, und greifen weiterhin auf die Erfahrungen der Schulen aus
313 der Initiative „Schule der Zukunft“ zurück.

314 Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Kinder und Jugendlichen kompetent mit Medien
315 umgehen können. Gleichzeitig stehen wir für altersgerechte Regeln im Umgang mit

316 Medien. Die Privat-Handynutzung an Schulen soll während der Unterrichtszeit
317 grundsätzlich nur zu Lehr- und Lernzwecken erfolgen. Im Rahmen von
318 Handlungsempfehlungen des Ministeriums für Bildung zum Umgang mit Smartphones
319 und mobilen Endgeräten wird es eine verbindliche Regelung geben.

320 Wir wollen, dass alle Kinder schwimmen lernen können. Dazu werden wir landesweit
321 sukzessive Schulschwimmzentren nach den Modellen aus Ludwigshafen und Trier
322 auch mit anderen Kommunen weiter aufbauen. Diese Zentren zeichnen sich unter
323 anderem dadurch aus, dass Schwimmlehrkräfte in den Bädern während der
324 Schulzeiten vor Ort sind und so die Wasserzeiten für alle effizienter genutzt sowie die
325 Teilnehmendenzahlen deutlich erhöht werden. Sie setzen dabei auf enge
326 Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulträgern und Badbetreibern. Dort wo keine
327 Wasserflächen vorhanden sind, prüfen wir den Einsatz innovativer Lösungen, wie zum
328 Beispiel Schwimmcontainer.

329 Wir bekennen uns zudem zu den Schulen in freier Trägerschaft und werden den bereits
330 begonnenen Prozess zur Novellierung des Privatschulgesetzes im Sinne dieser
331 grundsätzlichen Wertschätzung fortsetzen.

332 Wir wollen die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion reformieren, um mehr
333 Schulentwicklung und -beratung sowie schulbezogene Dienstleistungen zu
334 ermöglichen. Dies tun wir unter Berücksichtigung der Führungsstrukturen in den
335 Schulen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine verbindliche und kreisübergreifende
336 Schulentwicklungsplanung ein, die die Sozialräume berücksichtigt.

337 In diesem Zusammenhang wollen wir etwa auch die Sechszügigkeit einer IGS dort
338 ermöglichen, wo es sinnvoll und bedarfsgerecht ist. Unsere Integrierten
339 Gesamtschulen sind Orte, an denen gemeinsam gelebt und gelernt wird. Sie sind ein
340 wichtiger Baustein unseres durchlässigen und aufstiegsorientierten Bildungssystems.
341 Sie fördern Vielfalt, stärken den Zusammenhalt und eröffnen jedem einzelnen Kind die
342 Chance, seine individuellen Potenziale zu entfalten, Leistung zu erbringen und
343 erfolgreich seinen eigenen Bildungsweg zu gehen.

344 Den bisher eingeschlagenen Pfad, jedes Jahr konsequent bedarfsgerecht neue Stellen
345 für zusätzliche Lehrkräfte zu schaffen, setzen wir fort.

346 Gewalt, Hass und Hetze haben in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
347 keinen Platz! Kitas und Schulen müssen sichere Orte sein. Deshalb werden wir
348 insbesondere an den Schulen weiterhin konsequent eine Null-Toleranz-Linie bei
349 Gewalt und Bedrohungen durchsetzen. Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus –
350 Schule mit Courage“ bietet Kindern, Jugendlichen und Pädagoginnen und Pädagogen
351 die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst
352 gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Dieses
353 bundesweite Schulnetzwerk ist mittlerweile an über 200 Schulen in Rheinland-Pfalz
354 stark aktiv. An unseren Schulen setzen wir auf wirksame Ordnungsmaßnahmen sowie
355 klare Notfallkonzepte. Dafür nutzen wir unsere Task-Force beim Land, die bei akuten
356 Problemlagen an Schulen schnell intervenieren kann. Sie besteht aus Psychologinnen
357 und Psychologen, Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten sowie Sicherheitskräften.

358 Die Vertrauensstelle beim Pädagogischen Landesinstitut dient darüber hinaus als
359 unabhängige und vertrauliche Anlaufstelle.

360

361 **Wissenschaft**

362 Forschung und Innovation sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres
363 Landes. Wissenschaftlicher Fortschritt prägt zudem die gesellschaftlichen
364 Zukunftsthemen. CDU und SPD sorgen für gute Rahmenbedingungen für eine
365 Wissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Bedeutung bewusst ist. Im nationalen,
366 wie internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe unterstützen wir unsere
367 Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch verlässliche Förder-,
368 Finanzierungs- und Planungsbedingungen. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zur
369 grundgesetzlich verankerten Wissenschaftsfreiheit. Wir bekennen uns zur
370 Grundlagenforschung – von den MINT-Fächern und den Ingenieurs- und
371 Lebenswissenschaften über die Biotechnologie bis hin zu den Gesellschafts-, Geistes-
372 und Kulturwissenschaften. Antisemitismus sowie jede Form von Gewalt und
373 Diskriminierung haben an unseren Hochschulen keinen Platz.

374

375 ***Hochschulen stärken und Freiräume erweitern***

376 Wir bekennen uns zu unserer vielfältigen Hochschullandschaft mit ihren
377 unterschiedlichen Profilbildungen sowie zu den Freien Hochschulen. Wir stärken mit
378 modernen und transparenten Finanzierungsstrukturen die Hochschulautonomie und
379 schaffen Freiräume für Innovation und regionale Leuchttürme, indem wir die Standorte
380 dabei unterstützen, ihre Stärken und ihr Profil zu schärfen. Die Nachhaltigkeit verdient
381 dabei einen besonderen Fokus. Unsere Hochschulen tragen als Arbeitgeber
382 Verantwortung für die wissenschaftlichen Talente von morgen. Wir werden die
383 Leitlinien „Gute Arbeit“ weiterentwickeln, moderne Personalstrukturen schaffen und für
384 transparente Selbstverpflichtungen der Hochschulen entstehen. Insbesondere
385 Belange der Gleichstellung werden dabei berücksichtigt und bestehende Maßnahmen
386 weiterentwickelt.

387 Wir werden bis zum Ende der Legislaturperiode an allen Hochschulen, die dies so
388 beantragen, das System der Globalhaushalte einführen. Mit mehrjährigen
389 Zielvereinbarungen werden wir die Planbarkeit für unsere Hochschulen erhöhen,
390 moderne Verwaltung stärken, bürokratische Berichts- und Antragspflichten abschaffen
391 und ihnen möglichst große Freiheit der eigenen Gestaltung geben.

392 Eine zukunftsfähige bauliche und technische Infrastruktur ist eine wichtige
393 Voraussetzung für wettbewerbsfähige Hochschulen und außeruniversitäre
394 Forschungseinrichtungen. Dazu gehört eine transparente Übersicht über die im Land
395 geplanten Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen eines mehrjährigen
396 Hochschulbauprogramms.

397

398 ***Forschung und Wettbewerbsfähigkeit ausbauen***

399 Wir setzen darauf, dass die Umsetzung neuen Wissens aus unserer Forschung in
400 innovative und nachhaltige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt wird
401 und so einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen leistet.
402 Dafür sind Hochschulen, Forschungsinstitute sowie Ausgründungen aus der
403 Wissenschaft zentral.

404 Wir stärken unsere Hochschulen in ihren profilgebenden Forschungsschwerpunkten
405 von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung. Unser gemeinsames Ziel ist es, den
406 Anteil unseres Bundeslandes bei der Vergabe von Forschungs- beziehungsweise
407 Drittmitteln, insbesondere der Exzellenzinitiative des Bundes, den Förderprogrammen
408 der DFG und bei EU-Mitteln spürbar zu erhöhen. Dafür stellen wir im Rahmen der
409 Forschungsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz ausreichende Mittel bereit, deren
410 Vergabe wettbewerblich erfolgt und an die mögliche Teilnahme an entsprechenden
411 Förderverfahren geknüpft ist. Anschubfinanzierungen (Seed-Mittel) ermöglichen es
412 Fachbereichen, tragfähige Vorarbeiten für größere Drittmittelanträge zu leisten und
413 damit Innovationen von morgen zu entwickeln. Erfolgreiche Einwerbungen sollen
414 belohnt werden.

415 Angelehnt an die Hightech-Agenda des Bundes entwickeln wir eine Hightech-Agenda
416 Rheinland-Pfalz mit den Schwerpunkten Biotechnologie, Lebenswissenschaften
417 (Medizin und Pharmazie), Künstliche Intelligenz und Nachhaltigkeit. Insbesondere in
418 diesen Bereichen werden wir die hier bestehende wissenschaftliche Exzellenz gezielt
419 weiterentwickeln, die Drittmittelinwerbung noch weiter verstärken und dabei auch die
420 Forschungsk Kooperation mit nationalen und internationalen Unternehmen dieser
421 Fachrichtungen ausbauen. Die Weiterentwicklung von Internationalisierungsstrategien
422 in Forschung, Lehre und beim Studierendenaustausch unterstützen wir.

423 Vor allem in der Biotechnologie und den Lebenswissenschaften wollen wir die
424 erfolgreiche Profilierung fortsetzen. Wir werden Mainz und ganz Rheinland-Pfalz als
425 internationalen Standort in der Biotechnologie weiter stärken. Der Erfolg von TRON als
426 Ausgründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ist dabei beispielgebend.
427 Angelehnt an diese Erfolge wollen wir die Gründungskultur im universitären und
428 hochschulischen Bereich mit Gründungsbüros verstärken und den Wissens- und
429 Technologietransfer entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbessern, zum
430 Beispiel durch Scouting-Hubs. Wir stärken die Gründungskompetenz im Studium und
431 entwickeln gezielte Förderangebote, insbesondere für Gründerinnen, weiter.

432

433 ***Studieren verlässlich und sozial gerecht gestalten***

434 Unsere Studierenden sind unsere Fachkräfte und Nachwuchswissenschaftlerinnen
435 und -wissenschaftler von morgen. Die rheinland-pfälzischen Studierendenwerke
436 sorgen dafür, dass Studierende unabhängig von Herkunft oder finanzieller Situation
437 gute Rahmenbedingungen vorfinden. Wir wollen die Studierendenwerke stärken und
438 ihr Leistungsportfolio – Wohnraum, Mensen, psychologische Beratung und soziale

Unterstützung – sichern. Außerdem vereinfachen wir die Beantragung und beschleunigte Vergabe von BAföG-Anträgen, indem wir diese Aufgaben und Verwaltungsstrukturen anpassen. Die Beratung von Studierenden, die einen Abbruch ihres Studiums in Erwägung ziehen, verbessern wir, indem wir neben den Kammern auch alle anderen relevanten Akteure – insbesondere die Arbeitsagentur oder lokale Unternehmen – in die Studienberatung verstärkt einbeziehen. Im Hinblick auf die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte werden wir eine Vizepräsidentschaft für die Studierenden bei überzeugenden Konzepten über die Experimentierklausel ermöglichen. Gemeinsames Lernen und Arbeiten als Kern des Studiums wollen wir stärken und schaffen moderne Lern- und Lehrumgebungen.

Unsere Hochschulen sind für alle da, deswegen sind Barrierefreiheit und Unterstützung für Studierende mit Behinderung und chronischen Krankheiten wichtig.

Frauen in Hochschulen und Wissenschaft voranbringen

CDU und SPD wollen dazu beitragen, die Repräsentation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb weiter zu erhöhen. Frauen und Männer sollen ihre Kompetenzen gleichermaßen einbringen, damit die Hochschulen des Landes innovativ und wettbewerbsfähig bleiben. Sie sollen dort in allen Fächern und auf allen Qualifikationsstufen gleichberechtigt lehren, lernen und forschen können. Förderprogramme, die der Erweiterung von Karrieremöglichkeiten von Frauen an unseren Hochschulen dienen, setzen wir fort.

Duale Studiengänge und Lebenslanges Lernen ausbauen

Wir sorgen dafür, dass das Angebot Dualer Studiengänge nachfrageorientiert ausgebaut wird und machen die Angebote über die duale Hochschule Rheinland-Pfalz sichtbarer. Auch sollen digitale Prüfungsmöglichkeiten ausgebaut werden. An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften bauen wir die Schwerpunktprofessuren aus, um auch dort einen höheren Anteil an Forschungsaktivitäten zu ermöglichen. Wir fördern Lebenslanges Lernen und entwickeln dabei auch das Angebot von singulären hochschulischen Fortbildungsangeboten, die auch zu einer anerkannten Qualifizierung führen können, weiter.

Spitzenmedizin und medizinische Forschung stärken

Die Universitätsmedizin ist das Zentrum für Spitzenmedizin und medizinische Spitzenforschung in Rheinland-Pfalz. Wir stärken die Lebenswissenschaften und die Gesundheitsforschung. Wir werden Grundlagenforschung über frühe Translation zu klinischer Forschung stärken und wissenschaftsgetriebene Innovation in Prävention und Therapie weiter unterstützen. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Hightech Agenda Deutschland. CDU und SPD unterstützen die entwickelte Zweistandort-

478 Lösung, um die Universitätsmedizin baulich und infrastrukturell zu erneuern und
479 krisenresilient aufzustellen. Wir begrüßen den durch „Neustart@UM“ angestoßenen
480 Konsolidierungsprozess der Universitätsmedizin. Es ist notwendig, diesen Weg der
481 wirtschaftlichen Nachhaltigkeit entschlossen weiterzugehen.

482

483 **Kultur**

484 Rheinland-Pfalz ist ein Land voller kultureller Schätze, kreativer Köpfe und lebendiger
485 Orte, an denen Kunst, Theater, Musik und Film die Menschen zusammenbringen. Es
486 ist ein Kulturland, dessen einzigartiges kulturelles Erbe von den Römern über
487 UNESCO-Weltkulturerbestätten, wie beispielsweise die SchUM-Stätten, die
488 Geschichte Europas maßgeblich mitgeprägt hat. Große Landesausstellungen,
489 Festspiele und Festivals bilden das kulturelle Profil unseres Landes ebenso wie
490 Theater und Orchester, Museen, Archive, Bibliotheken und die soziokulturellen
491 Zentren. Unser Land lebt von der hohen künstlerischen Qualität seiner Theater und wir
492 werden das Staatstheater Mainz, die Theater Trier und Koblenz und das Pfalztheater
493 Kaiserslautern weiterhin stärken. Diese Vielfalt wird getragen von vielen Menschen vor
494 Ort – in Laienchören, Theatergruppen, Musikvereinen, Kunstinitiativen, Bands und
495 Programmkinos. Kultur ist dabei identitätsstiftend und verbindet Menschen über alle
496 Altersklassen und Grenzen, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist
497 wesentlich für die ganzheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen
498 die Vielfalt dieser kulturellen Angebote landesweit und flächendeckend bewahren und
499 stärken.

500

501 ***Kultur verlässlich und planbar fördern***

502 Wir werden ein Kulturfördergesetz schaffen, mit dem wir den unterschiedlichen
503 Akteuren einen grundsätzlichen Anspruch auf Unterstützung zusichern und ihnen die
504 verdiente Wertschätzung für ihr kulturelles Engagement entgegenbringen wollen.

505 In diesem Prozess wollen wir auch prüfen, über- und mehrjährige Förderungen zu
506 ermöglichen, um kulturelle Vorhaben verlässlicher unterstützen zu können. Unser Ziel
507 ist, die Beantragung und die Mittelvergabe zu vereinfachen und zu beschleunigen.
508 Auch durch die Einführung vereinfachter Verwendungsnachweise für die
509 Kleinstförderungen.

510 Die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern werden wir auf
511 Bundesebene im Zuge der bevorstehenden Reform der Künstlersozialkasse
512 unterstützen. Landesseitig begleiten wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im
513 Zuge einer schrittweisen Anhebung der Honoraruntergrenzen.

514 Mit Blick auf die Belastungen durch GEMA-Gebühren werden wir uns auf
515 Bundesebene für eine Neuberechnung der gebührenrelevanten Flächenwerte stark
516 machen. Im Hinblick auf die landesseitige Förderkulisse ehrenamtlich getragener
517 Veranstaltungsaktivitäten werden wir – je nach inhaltlicher Zuordnung – eine

518 Finanzierungsstruktur durch den Abschluss eines Pauschalvertrags mit Beiträgen aus
519 den jeweils betroffenen Ressorts (Kultur, Sport, Soziales) schaffen.

520

521 ***Kulturelle Teilhabe und Verantwortung stärken***

522 Wir wollen die kulturelle Bildungslandschaft auf kommunaler Ebene unter anderem mit
523 Kitas und Schulen stärker miteinander vernetzen und sie gezielt unterstützen
524 (Programm Kulturelle Bildungsplanung). Gleichzeitig wollen wir den Zugang zu
525 kultureller Bildung für alle Kinder und jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen
526 Schichten ermöglichen, zum Beispiel durch den kostenlosen Eintritt für unter 18-
527 Jährige in Landesmuseen und eine stärkere Unterstützung der Musikschulen im Land.

528 In Zeiten zunehmender Fremdenfeindlichkeit und der Diskreditierung unserer
529 freiheitlich demokratischen Grundordnung nimmt die Landeszentrale für politische
530 Bildung besonders wichtige Aufgaben wahr. Ihre Arbeit soll durch die Vertiefung ihrer
531 Aufgabenbeschreibung sowie durch eine absichernde Rechtsgrundlage, die sich aus
532 einem klaren parlamentarischen Mandat heraus ergibt, gestärkt werden.

533 Wir stehen für eine klare Haltung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in
534 unserem Land. In diesem Sinne werden wir jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz
535 fördern und die Erinnerungskultur weiter ausbauen. Dazu gehört für uns auch die
536 Verpflichtung, die Besuche von Gedenkstätten der Erinnerungskultur zum Bestandteil
537 des Unterrichtsangebots zu machen.

538 Wir bekennen uns zu den SchUM-Stätten in Mainz, Worms und Speyer als
539 einzigartigem Zeugnis jüdischer Geschichte und kultureller Identität in Europa. Sie
540 stehen für das geistige Zentrum jüdischen Lebens in Mittel- und Osteuropa, deren
541 Bedeutung weit über ihre Entstehungszeit hinausreicht. Ihr Erhalt und ihre
542 Wertschätzung sind für uns Ausdruck von Verantwortung gegenüber der Geschichte
543 und ein klares Bekenntnis zum Schutz jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in
544 Rheinland-Pfalz.

545 Die UNESCO-Welterbestätten in Rheinland-Pfalz und das immaterielle Kulturerbe sind
546 zentrale Zeugnisse unseres historischen Erbes. Wir werden ihren Erhalt stärken, sie
547 noch sichtbarer und auch digital für alle zugänglich machen.

548 Wir wollen die Förderung von Dritten Orten der Begegnung und des kulturellen
549 Austauschs ausbauen und weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang unterstützen
550 wir mit Mitteln aus dem Rheinland-Pfalz-Plan den Aufbau eines landesweiten
551 Netzwerks an Probemöglichkeiten, das Freien Theatergruppen zur Verfügung steht.
552 Die Förderung der Freien Szene, der Kinoprogrammpreis und „Zukunft durch Kultur“
553 werden weiter gestärkt.

554 CDU und SPD wollen die historischen Landesausstellungen in den Landesmuseen
555 weiterentwickeln, um ihre überregionale Strahlkraft zu sichern. Kulturdenkmäler im
556 Landesbesitz wollen wir dauerhaft erhalten und setzen notwendige Bau- und

557 Sanierungsmaßnahmen fort. Das Denkmalschutzgesetz modernisieren und
558 entbürokratisieren wir.

559 CDU und SPD stehen für eine konsequente Restitution von Kulturgütern als Ausdruck
560 unserer historischen Verantwortung.

561 Im Hinblick auf die funktionelle Umwidmung kirchlicher Bauten entwickeln wir ein
562 geeignetes Dialogformat, das gewährleistet, dass alle betroffenen Akteure und deren
563 Perspektiven berücksichtigt und diese in die Entwicklung tragfähiger und sinnvoller
564 Anschlussnutzungskonzepte integriert werden.

2. Unsere Verantwortung für moderne Wirtschaft und Energie, Digitalisierung und Medien

Wirtschaft

Rheinland-Pfalz ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Struktur aus Industrie, kleinen und mittleren Unternehmen, Handwerk, Dienstleistungen, Tourismus und Gaststättengewerbe. CDU und SPD bekennen sich ausdrücklich zur Bedeutung des Industriestandorts Rheinland-Pfalz sowie zur tragenden Rolle des Mittelstands und der kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land. Es ist unser Anspruch, mit einem breiten Mix an wirtschaftspolitischen Maßnahmen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsdynamik, Standortattraktivität und Zukunftsfähigkeit weiter zu stärken. Wir machen uns stark für wirtschaftliches Wachstum, Innovationskraft und gute Arbeit, um so die Voraussetzungen für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Grundlage unseres Handelns sind die Leitprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die unternehmerische Freiheit, Wettbewerb und Eigeninitiative mit klaren staatlichen Leitplanken für fairen Wettbewerb, für soziale Sicherheit und Gemeinwohl verbinden. Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist dabei für uns Garant für gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung, faire Löhne und Tarifbindung.

Wir wollen für unsere Wirtschaft im Ländervergleich die besten Rahmenbedingungen bereitstellen und dies insbesondere durch den Verzicht auf belastende oder einschränkende Maßnahmen erreichen.

Investitionen ermöglichen und Verfahren beschleunigen

Rheinland-Pfalz soll sich weiter zu einem der attraktivsten Standorte für Industrie, Innovationen, Start-ups und Zukunftstechnologien entwickeln. Dazu bündeln wir Förderangebote, straffen bestehende Programme und schaffen insbesondere für größere Ansiedlungen ein professionelles zentrales Ansiedlungsmanagement im Sinne einer Standortgesellschaft Rheinland-Pfalz, die landesweit Beratung und Begleitung für ansiedlungswillige Unternehmen aus einer Hand bieten soll – und zwar von der ersten Standortanfrage über die Flächenidentifikation und -entwicklung bis hin zur Umsetzung von Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben. Dies soll auch zu einer Beschleunigung von Genehmigungsverfahren beitragen.

Ein zentraler Punkt unserer Standortpolitik ist die gezielte Bevorratung geeigneter Gewerbe- und Industrieflächen, um Ansiedlungen, Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen zu beschleunigen. Gleichzeitig stellen wir im ganzen Land Gewerbe-Turboflächen sowie weitere Potenzialflächen bereit, damit Gewerbe- und Industrieflächen schneller geplant und genutzt werden können. Die Landesplanung wird entsprechend weiterentwickelt, unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen. Interkommunale Zusammenarbeit soll durch geeignete Anreize gestärkt werden.

604 ***Transformation der Industrie aktiv gestalten***

605 Die Industrie hat aufgrund ihres hohen Wertschöpfungspotenzials eine herausragende
606 Bedeutung für Wohlstand und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz. Ausgehend von
607 unseren Stärken im Bereich von chemischer, pharmazeutischer, Automobil- und
608 Zuliefererindustrie sowie von Metall- und Elektrounternehmen möchten wir neue
609 Leitmärkte mit neuen Leittechnologien erschließen, insbesondere unter Nutzung
610 unserer starken biotechnologischen sowie unserer IT- und KI-Kompetenzen.
611 Gleichzeitig brauchen wir dabei eine engere Verzahnung von Industrie- und
612 Innovationspolitik. Wenn aus Forschungswissen und technologischen Innovationen
613 neue Wertschöpfung entstehen soll, dann geht das nur in enger Vernetzung von
614 wirtschaftsstarken Industrieunternehmen mit den exzellenten Köpfen aus der
615 Wissenschaft. Wir wollen überdies dazu beitragen, unsere Industrien
616 wettbewerbsfähiger zu machen, indem wir uns auf Bundes- und europäischer Ebene
617 für die Senkung der Energiekosten, insbesondere für energieintensive Unternehmen
618 einsetzen. Wir werden zudem die Potenziale der Sicherheits- und
619 Verteidigungsindustrie, insbesondere im Bereich von Dual-Use-Technologien, durch
620 gezielte Förderung, Vernetzung und Kooperationen im Rahmen der bestehenden
621 Programme stärker erschließen.

622 Für die Dekarbonisierung der Industrie prüfen wir die technischen und wirtschaftlichen
623 Möglichkeiten eines modernen Kohlenstoffmanagements für unvermeidbare
624 Restemissionen, insbesondere von CCS- und CCU-Technologien und werden hierzu
625 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Gleichzeitig entwickeln wir die
626 Wasserstoffstrategie des Landes weiter. Wasserstoff ist eine tragende Säule der
627 industriellen Transformation hin zur Klimaneutralität. Ziel ist eine verlässliche
628 Versorgung insbesondere der energieintensiven Industrie mit klimafreundlichem
629 Wasserstoff. Die Wasserstoffkoordinierungsstelle wird gestärkt und besser in die
630 strategische Steuerung eingebunden.

631 Im Hinblick auf die Frage, ob das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2040 erreicht werden
632 kann, werden wir die im Landesklimaschutzgesetz vorgesehene Überprüfung deutlich
633 vorziehen. Anstatt im Jahr 2031 wollen wir diese bereits im Jahr 2028 vornehmen.
634 Sollte die Überprüfung ergeben, dass die Klimaneutralität bis 2040 nicht erreicht
635 werden kann, werden wir die gesetzlich vorgesehene Anpassung vornehmen.

636 Wir setzen uns für wirtschaftsfreundliche und zugleich sozial ausgewogene
637 Rahmenbedingungen ein. Der bisher im Bildungszeitgesetz vorgesehene
638 Entlastungsmechanismus soll auf alle Branchen und Unternehmensgrößen
639 ausgeweitet und erhöht werden.

640

641 ***Mittelstand durch Innovation und Entlastung stärken***

642 Auch der Mittelstand in unserem Land befindet sich in einer Phase der Transformation.
643 Nachfolge-, Nachwuchs- und Fachkräftesicherungsprobleme, technologische
644 Innovationen wie etwa KI oder 3D-Druck oder auch die Möglichkeiten im Bereich von
645 e-commerce stellen neue Anforderungen an viele kleine und mittelständische
646 Unternehmen. Im Sinne einer wirkungsorientierten Mittelstandspolitik überprüfen wir
647 daher das bestehende Förder- und Unterstützungsangebot für den rheinland-
648 pfälzischen Mittelstand. Wir wollen passgenau und innovativ zur Stärkung der

649 Wettbewerbsfähigkeit der KMU beitragen, insbesondere wenn es um Kompetenzen in
650 den Bereichen technologische Modernisierung, Fachkräftesicherung und moderne
651 Vertriebs- und Managementkonzepte geht.

652 Der Mittelstand ist das Rückgrat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Wir werden den
653 Gang in die Selbstständigkeit sowie Betriebsnachfolgen in enger Zusammenarbeit mit
654 den relevanten Akteuren der Wirtschaft aktiv unterstützen, insbesondere durch
655 verbesserte Vernetzung und gezielte Förderinstrumente. Bei Betriebsübergängen,
656 insbesondere in der Hotellerie und Gastronomie, wollen wir praktikable Lösungen, vor
657 allem beim Übergang von betriebsgebundenen Konzessionen, Lizenzen und
658 Genehmigungen, schaffen.

659 Lebendige Innenstädte sind zentrale Orte der Begegnung, des Handels und der
660 Lebensqualität. Deshalb sind handlungs- und leistungsfähige Kommunen auch so
661 wichtig für einen vitalen Mittelstand. Wir stärken ihre Multifunktionalität und geben den
662 Kommunen die Möglichkeit, attraktive und erlebnisorientierte Räume mit hoher
663 Aufenthaltsqualität zu gestalten.

664 Wir entwickeln die rechtlichen Rahmenbedingungen für verkaufsoffene Sonntage
665 weiter. Dabei halten wir an der bisherigen Anzahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen
666 pro Jahr fest. Künftig sollen zwei dieser Sonntage ohne besonderen Anlass ermöglicht
667 werden. Zudem schaffen wir die Voraussetzung, dass ein verkaufsoffener Sonntag am
668 ersten Wochenende im Dezember stattfinden kann. Gleichzeitig ermöglichen wir
669 Ausnahmen im Ladenöffnungsgesetz für automatisierte Verkaufsformen.

670 Zur Unterstützung von Auszubildenden prüfen wir unter Einbeziehung von Kammern
671 und weiteren Partnern Pilotprojekte zur Schaffung neuer Wohnraumkapazitäten für
672 Azubis, zum Beispiel an Standorten mit Blockunterricht.

673 Wir werden die Kreislaufwirtschaft in Rheinland-Pfalz gezielt stärken und
674 Stoffkreisläufe konsequent schließen, denn die Wiederverwendung von Ressourcen
675 ist zentral für Klima- und Ressourcenschutz. Dazu setzen wir uns auf Bundesebene
676 für eine praxistaugliche Überarbeitung der Ersatzbaustoffverordnung ein. Innovative
677 Verfahren entlang der gesamten Wertschöpfungskette, einschließlich des chemischen
678 Recyclings, sollen anerkannt und gefördert werden. Zudem prüfen wir eine
679 aufgabengerechte Anpassung der Zuständigkeiten nach dem Bundes-
680 Immissionsschutzgesetz.

681

682 ***Fachkräftepotenzial erfolgreich heben***

683 Die Sicherung von Fachkräften ist eine zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche
684 Zukunftsfähigkeit des Landes. Wir werden die in diesem Jahr auslaufende
685 Fachkräftesicherungsstrategie evaluieren und weiterentwickeln. Im Rahmen eines
686 modernen Kampagnen- und Handlungskonzeptes binden wir Arbeitgeber- wie
687 Arbeitnehmervertretungen ein. Gerade auch die Stärkung des Bewusstseins für die
688 Wichtigkeit von Arbeitgeberattraktivität wird dabei von hoher Bedeutung sein. Dabei

689 erstrecken sich unsere Fachkräftesicherungsaktivitäten auf die bessere Ausschöpfung
690 der inländischen Potenziale wie auch auf die berufliche Integration internationaler
691 Fachkräfte.

692 Im Zuge unserer Fachkräftesicherungsstrategie werden darüber hinaus die
693 Berufsorientierung an Schulen weiter stärken und junge Menschen gezielt für
694 zukunftssichere und gesellschaftlich relevante Berufsfelder gewinnen. Dazu gehören
695 für uns frühzeitige und individuelle Angebote zur Berufsorientierung an allen
696 weiterführenden Schulen.

697 Die Förderung überbetrieblicher Bildungsstätten sowie der überbetrieblichen
698 Lehrlingsunterweisung wird auf dem bisherigen hohen Niveau fortgesetzt. Unter
699 Berücksichtigung der Förderung des Bundes streben wir den kostenfreien
700 Meisterabschluss an.

701 Wir bekennen uns zur Bedeutung der Fachkräftezuwanderung.
702 Anerkennungsverfahren werden beschleunigt und vereinfacht, die Welcome-Center
703 gemeinsam mit den Kammern weiterentwickelt. Sprachförderung wird eng mit dem
704 Arbeitsmarktzugang verzahnt. Ziel ist es, internationale Fachkräfte schneller und
705 nachhaltiger in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Rheinland-Pfalz als attraktiven
706 Standort für qualifizierte Zuwanderung weiter zu stärken.

707

708 ***Tourismus und regionale Wertschöpfung stärken***

709 Rheinland-Pfalz, geprägt von einzigartigen Flusslandschaften, Weinbaukulturen,
710 Mittelgebirgen und kulturellem Erbe, ist ein vielfältiges und attraktives Tourismusland.
711 Der Tourismus reicht von Natur-, Wander- und Radtourismus über Wein- und
712 Genusstourismus sowie Gesundheits- und Wellness tourismus bis hin zu Städte-,
713 Kultur- und Geschäftstourismus. Diese Vielfalt bietet die Grundlage für ein
714 ganzjähriges, nachhaltiges Angebot. Unser Anspruch ist ein konsequent
715 qualitätsorientierter Tourismus, der sich an den Bedürfnissen der Gäste ausrichtet und
716 zugleich Wertschöpfung und Lebensqualität im Land stärkt. Rheinland-Pfalz setzt
717 dabei auf hochwertige Angebote, starke regionale Profile und eine zukünftige
718 Weiterentwicklung als wettbewerbsfähiger Tourismusstandort. Die
719 Wirtschaftsstandortmarke „Rheinland-Pfalz Gold“ wollen wir weiterführen und mit
720 Leben füllen.

721 Wir unterstützen daher den Tourismus als Wirtschaftsfaktor, vor allem aber das
722 mittelständische und inhabergeführte Hotel- und Gaststättengewerbe in den Städten
723 ebenso wie im ländlichen Raum im Rahmen unserer aktuellen Tourismusstrategie, die
724 wir evaluieren, weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Im Zuge dessen prüfen
725 wir Möglichkeiten zur weiteren Stärkung des Tourismus, etwa mit Blick auf die
726 Förderquoten.

727 Digitale Tourismusplattformen werden gezielt ausgebaut, um Angebote besser zu
728 vernetzen und die Sichtbarkeit des Tourismusstandorts Rheinland-Pfalz zu erhöhen.

729 Mit einem Landesgaststättengesetz schaffen wir insbesondere für kleinere
730 Gastronomiebetriebe, Dorfkneipen und Straußwirtschaften sowie für das
731 Reisegewerbe praxistaugliche Erleichterungen.

732 Die Bundesgartenschau im UNESCO Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal bietet
733 große Chancen für die touristische Entwicklung der Region. Mit einer verbesserten
734 verkehrlichen Erschließung, insbesondere durch eine welterbekonforme
735 Mittelrheinbrücke, wollen wir den Standort langfristig nachhaltig stärken. Wir werden
736 dazu beitragen, die regionale und überregionale Attraktivität der Bundesgartenschau
737 hervorzuheben und damit auch das damit verbundene wirtschaftliche
738 Wertschöpfungspotential voll auszuschöpfen.

739 Darüber hinaus wollen wir das Format der Landesgartenschauen an veränderte
740 Rahmenbedingungen und die konkreten Bedürfnisse der Kommunen anpassen. Ziel
741 ist es, für die Landesgartenschau 2032 ein zeitgemäßes, niedrighschwelliges und damit
742 grundsätzlich für mehr Städte erreichbares Angebot zu entwickeln. Gemeinsam mit
743 allen an der Umsetzung beteiligten Akteuren werden wir ein neues Konzept erarbeiten,
744 das die Erfahrungen der Praxis aufgreift und Raum für neue Ideen eröffnet. Dazu
745 gehört auch die marketingtechnische Vernetzung von Bundes- und
746 Landesgartenschauen.

747

748 ***Gründungen erleichtern – Innovation beschleunigen***

749 Innovation und Gründungen sind zentrale Treiber für Wachstum und Transformation.
750 Wir werden die Innovationsagentur nach Vorbildern im In- und Ausland zu einer
751 zentralen Plattform für Vernetzung und Beratung weiterentwickeln. Dabei soll sie
752 insbesondere den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gründerszene
753 intensivieren, den Zugang zu Förderangeboten erleichtern und Gründungsprozesse
754 zielgerichtet begleiten.

755 Wir stärken die Vernetzung von Gründerinnen und Gründern mit privaten und
756 institutionellen Kapitalgebern und Investoren, um insbesondere innovativen
757 Geschäftsmodellen und Start-ups den Zugang zu Wagniskapital zu erleichtern.
758 Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für weitergehende steuerliche
759 Anreize zur Mobilisierung von Wagniskapital ein und verbessern gezielt den Zugang
760 zu privatem Beteiligungskapital – insbesondere in späteren Wachstums- und
761 Skalierungsphasen. Gleichzeitig bauen wir Zukunftscluster in Schlüsselbereichen wie
762 Biotechnologie, Bioökonomie, Künstliche Intelligenz, Robotik, Cybersicherheit und
763 Resilienz systematisch aus.

764 Darüber hinaus entwickeln wir eine Rohstoffstrategie für das Land, die zur Sicherung
765 der Rohstoffgewinnung beiträgt und dabei ökonomischen, ökologischen und sozialen
766 Aspekten Rechnung trägt.

767

768 **Energie**

769 Wir verfolgen eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und
770 Klimaschutz ausgewogen berücksichtigt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass
771 Energieversorgung nicht nur eine Frage der Infrastruktur, sondern auch von
772 geopolitischer Bedeutung ist. Internationale Krisen, volatile Märkte und neue
773 Abhängigkeiten erfordern eine Energiepolitik, die flexibel reagieren kann und
774 gleichzeitig langfristige Orientierung bietet.

775 Unser Ziel ist es, die Energieversorgung in Rheinland-Pfalz sicher, resilient und
776 zukunftsfest aufzustellen. Dazu gehört, Abhängigkeiten zu reduzieren, regionale
777 Wertschöpfung zu stärken und die Transformation des Energiesystems verlässlich
778 voranzubringen. Eine wichtige Rolle kommt dabei der Energieagentur Rheinland-Pfalz
779 zu, die als zentrale Kompetenzstelle Kommunen, Unternehmen und Bürger bei der
780 Umsetzung der Energiewende berät und unterstützt.

781 Wir bekennen uns klar zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien als zentralem
782 Pfeiler einer modernen Energieversorgung. Dabei setzen wir auf einen
783 technologischen Ansatz und nutzen die Potenziale aller sinnvollen erneuerbaren
784 Energieträger. Die Photovoltaik wollen wir konsequent ausbauen. Das Land geht dabei
785 als Vorbild voran und stattet seine Liegenschaften mit Photovoltaikanlagen aus. Die
786 Nutzung von Biomasse wird weiter gestärkt, insbesondere durch den Einsatz von
787 Restholz aus dem Wald sowie organischen Reststoffen. Die Potenziale der
788 Wasserkraft werden unter Beachtung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in ihren
789 verschiedenen technischen Alternativen genutzt und ausgebaut, soweit dies
790 ökologisch und wirtschaftlich tragfähig ist. Geothermie soll dort erschlossen werden,
791 wo sie sinnvoll und tragfähig ist. Die Frage der Absicherung in etwaigen
792 Schadensfällen muss klar geregelt sein. Der Ausbau der Windenergie erfolgt unter
793 Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und mit dem Ziel, eine ausgewogene und
794 verträgliche Verteilung der Anlagen im Land zu erreichen. Zusätzliche Potenziale
795 wollen wir auch durch die Nutzung von Flusswärme, insbesondere entlang von Rhein
796 und Mosel, erschließen.

797 Gleichzeitig setzen wir auf einen pragmatischen und technologieoffenen Ansatz, der
798 Raum für Innovationen lässt und notwendige Anpassungen an sich verändernde
799 Rahmenbedingungen ermöglicht. So schaffen wir die Grundlage für eine stabile
800 Energieversorgung und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

801 Bezahlbare Energie ist ein entscheidender Faktor für den Alltag unserer Bürgerinnen
802 und Bürger und für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Wir setzen uns daher auf
803 Bundesebene dafür ein, die Stromsteuer für alle zu senken und so die
804 Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nachhaltig zu stärken. Das entlastet
805 Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger.

806 Die kommunale Wärmeplanung ist ein wesentliches Instrument, um in Deutschland
807 das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die
808 Kommunen auf dem Weg wirksam unterstützt werden.

809 CDU und SPD bekennen sich zum notwendigen Ausbau der Netzinfrastruktur. Dieser
810 liegt in der Verantwortung des Bundes. Das Land Rheinland-Pfalz wird sich hierbei
811 konstruktiv einbringen und den Ausbau aktiv unterstützen. Dazu werden wir den Dialog
812 mit den Netzbetreibern intensivieren, um die Integration erneuerbarer Energien in die
813 Netze zu verbessern und den Ausbau bedarfsgerecht voranzubringen. Auch
814 Speichertechnologien werden dabei stärker berücksichtigt.

815 Mit einem Bürgerenergiegesetz stärken wir die Beteiligung von Bürgerinnen und
816 Bürgern sowie Kommunen an der Energieerzeugung vor Ort und erhöhen die
817 regionale Wertschöpfung.

818 Der Ausbau erneuerbarer Energien wird konsequent fortgesetzt. Wir wollen ein
819 jährliches Zubauziel von 1.500 Megawatt erreichen.

820

821 **Digitalisierung**

822 Die Digitalisierung berührt grundlegende gesellschaftliche Bereiche wie Arbeit,
823 Bildung, Kommunikation und soziale Teilhabe und hat diese tiefgreifend verändert.
824 Technologische Entwicklung muss dem Gemeinwohl dienen. Wir wollen die Chancen
825 nutzen. Deshalb brauchen wir ein digital souveränes Land im europäischen Rahmen
826 und müssen die Bedingungen für digital autonome Bürgerinnen und Bürger schaffen.
827 Wir stärken das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Das Datenschutz- und
828 Transparenzrecht soll innovationsfreundlicher novelliert und überall, wo möglich,
829 vereinfacht und entbürokratisiert werden. Auf dem Weg zur digitalen Souveränität
830 brauchen wir neue digitale europäische Lösungen, denen wir vertrauen können. Das
831 gilt für die grundlegenden Infrastrukturen wie Halbleiter, Netzwerkkomponenten und
832 Rechenzentren ebenso wie für infrastrukturelle Platfordmdienste wie Cloud,
833 Bezahldienste, Authentifizierungen und die vielen sektoralen Plattform- und
834 Softwaremärkte.

835

836 ***Digitalisierung strategisch steuern***

837 Rheinland-Pfalz hat mit der Digitalstrategie „Wir vernetzen Land und Leute“ ein
838 funktionierendes Steuerungsinstrument für den digitalen Wandel geschaffen. Die
839 Strategie wurde durch ein erstes Digitalprogramm mit konkreten Etappenzielen
840 unterlegt, das kontinuierlich fortgeschrieben und an neue Herausforderungen
841 angepasst werden soll. CDU und SPD verankern so Digitalisierung als politische
842 Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern, von Bildung und Gesundheit über
843 Wirtschaft bis hin zu Klimaschutz und gesellschaftlicher Teilhabe.

844 Wir wollen die Digitalisierung konsequent in allen Bereichen des staatlichen Handelns
845 verankern. Deshalb werden neue Gesetze, Verordnungen und
846 Verwaltungsvorschriften einem Digitalcheck unterzogen.

847 **Informations- und Cybersicherheit gewährleisten**

848 Die Sicherheit der digitalen Infrastruktur und der Daten des Landes ist eine zentrale
849 Voraussetzung für einen zukunftsfähigen und resilienten Staat. Informations- und
850 Cybersicherheit verstehen wir als gemeinsame Aufgabe aller Akteure und
851 Verwaltungsebenen. Sie kann nur ressortübergreifend und im engen Schulterschluss
852 über Verwaltungsebenen hinweg wirksam gewährleistet werden. Unser Ansatz basiert
853 auf den drei Säulen Prävention, Detektion und Reaktion, die wir für die
854 Landesverwaltung in einer Cybersicherheitsstrategie bündeln, um die Informations-
855 und Cybersicherheit nachhaltig zu stärken und damit unsere Resilienz zu erhöhen.

856 Wir setzen die Standards und Regelungen des Bundesamts für Sicherheit in der
857 Informationstechnik konsequent um und unterstützen und beraten die Behörden der
858 Landesverwaltung bei der Umsetzung genauso wie die Kommunen und die
859 Unternehmen im Land mit einem besonderen Fokus auf den Mittelstand.

860 Wir verabschieden eine Cybersicherheitsstrategie für das Land und prüfen die
861 Notwendigkeit eines eigenen Cybersicherheitsgesetzes, um klare Zuständigkeiten,
862 verbindliche Standards und erweiterte Fähigkeiten rechtlich abzusichern.

863

864 **Mittel für die Digitalisierung bündeln**

865 Die Digitale Verwaltung ist eine zentrale Querschnittsaufgabe der Landesregierung
866 und ein entscheidender Hebel für einen leistungsfähigen, modernen und bürgernahen
867 Staat über alle Ebenen hinweg. Die Umsetzung soll beschleunigt, Zuständigkeiten
868 sollen stärker gebündelt und verstärkt strategisch gesteuert werden.

869 Mit einem fortentwickelten Digitalbudget soll sichergestellt werden, dass zentrale und
870 ressortübergreifende, aber auch bedeutsame Digitalisierungsprojekte verlässlich
871 finanziert und konsequent umgesetzt werden können.

872

873 **Verwaltung konsequent digitalisieren**

874 Wir unterstützen den Weg zu einer einheitlichen digitalen Infrastruktur für Bund, Länder
875 und Kommunen (Deutschland-Architektur und Digital Infrastructure Stack), um
876 Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. In unseren
877 Umsetzungen binden wir EU-, Bundes- und IT-Planungsratsvorgaben systematisch
878 ein, um interoperable Architekturen, Cloud-Infrastrukturen, Datenräume und KI-
879 basierte Lösungen strategisch und effizient zu bündeln. Zudem identifizieren wir
880 geeignete Einsatzfelder für die EUDI-Wallet im Lichte föderaler und europäischer
881 Entwicklungen und setzen sie gezielt dort um, wo sie Verwaltungsprozesse für
882 Bürgerinnen und Bürger spürbar vereinfacht und einen konkreten Mehrwert bietet.

883 Neben der Bereitstellung von Basis- und Querschnittsdiensten für die Landes- und die
884 Kommunalverwaltung wollen wir die Vielzahl von (kleineren) Fachanwendungen
885 überprüfen. Ein Mittel, diese Fachanwendungen zu standardisieren und die langfristige

886 Pflege der Anwendungen zu gewährleisten, ist die Verwendung einer einheitlichen
887 Low-Code-Plattform. Wir wollen die Möglichkeiten der Bereitstellung einer
888 einheitlichen Low-Code-Plattform für die Landesverwaltung bewerten und bei positiver
889 Bewertung die Bereitstellung einer solchen Plattform vorantreiben.

890 Mit dem Rollout-Programm sorgen wir für eine flächendeckende Bereitstellung digitaler
891 Verwaltungsleistungen in Rheinland-Pfalz. Dazu nutzen wir die bundesweit nach dem
892 „Einer-für-Alle“-Prinzip (EfA-Prinzip) entwickelten Onlinedienste nach und binden
893 diese an kommunale und staatliche Behörden ganzheitlich und medienbruchfrei an.
894 Das Land unterstützt die Kommunen bei der Anbindung, Einführung und dem
895 praktischen Einsatz der Online-Dienste, inklusive einer abgestimmten
896 Umsetzungsplanung und -begleitung. Wir werden den Anteil an flächendeckend
897 ausgerollten EfA-Onlinediensten deutlich erhöhen und damit das Serviceangebot für
898 Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen spürbar verbessern. Wir setzen
899 durchgängige, von der Beantragung bis zum Bescheid komplett digitale Verfahren um
900 und stellen eine medienbruchfreie Anwendung nach dem Ende-zu-Ende-Prinzip
901 sicher.

902 Wir werden das Landesgesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in
903 Rheinland-Pfalz im Rahmen eines Beteiligungsprozesses evaluieren und es an die
904 aktuellen Anforderungen anpassen, so dass digitale Verwaltungsarbeit in Rheinland-
905 Pfalz auf einer modernen rechtlichen Grundlage fußt. Änderungsbedarfe sehen wir
906 insbesondere im Bereich KI, durch Änderungen des Onlinezugangsgesetzes und die
907 Umsetzung der Registermodernisierung, durch eine neue Gewichtung der Digitalen
908 Souveränität und Anforderungen an Informations- und Cybersicherheit.

909

910 ***Once-Only-Prinzip umsetzen***

911 Die Registermodernisierung ist die zentrale Voraussetzung für die Umsetzung des
912 Once-Only-Prinzips und ein Schlüsselprojekt der Föderalen Modernisierungsagenda.
913 Relevante Daten werden nur einmal angegeben und können – unter Wahrung des
914 Datenschutzes – von den Verwaltungen mehrfach genutzt werden. Ziel ist eine
915 effiziente, skalierbare und sichere Registerlandschaft sowie die schrittweise Trennung
916 von Registerführung und Fachverfahren. Wir treiben die Registermodernisierung
917 strukturiert, schrittweise und praxisnah voran und erfüllen dabei konsequent die
918 bestehenden rechtlichen und europäischen Verpflichtungen.

919

920 ***Schlüsseltechnologien gezielt einsetzen***

921 Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, Robotik,
922 Informations- und Kommunikationstechnologien, Photonik sowie Mikro- und
923 Nanoelektronik bieten enormes Potenzial für die Zukunft.

924 Wir wollen die Chancen der Künstlichen Intelligenz für Gesellschaft und Wirtschaft
925 nutzen. Deshalb setzen wir uns für eine maßvolle und risikobasierte Regulierung und

926 Kontrolle der KI-Entwicklung und -Anwendung im europäischen Rahmen ein. Wir
927 werden gemeinsam mit unseren Partnern im Bund und in Europa attraktive
928 Bedingungen für dynamische Innovationen schaffen. Das Wohl und die Autonomie der
929 Menschen sowie die Freiheit unserer demokratischen Gesellschaft sind dabei unser
930 Fokus. Wir setzen auf KI-Sprunginnovationen, darunter branchenspezifische KI-
931 Sprachmodelle, um die Effizienz und Effektivität in verschiedenen Sektoren zu
932 steigern. Der kluge Einsatz neuer Technologien wird als Katalysator für die
933 notwendigen Strukturreformen eine Schlüsselrolle spielen. Das Deutsche
934 Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern, das Fraunhofer-
935 Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik, das Fraunhofer-Institut für
936 Experimentelles Software Engineering und das Max-Planck-Institut für
937 Softwaresysteme sind zentrale Einrichtungen der KI-Forschung mit großer Strahlkraft.
938 Gemeinsam mit den Forschungsbereichen der Universitäten und den Hochschulen für
939 angewandte Wissenschaften besteht ein Forschungsumfeld in den unterschiedlichen
940 Wissenschaftsfeldern, das Anwendung von KI in die breite Anwendung bringt.

941 Künstliche Intelligenz bietet als potenzielle Sprunginnovation auch die Möglichkeit,
942 Verwaltungsprozesse zu beschleunigen und effizienter zu gestalten.

943 Wir wollen in der Landesregierung eine eigene Innovationsmanagement-Einheit
944 (GovLab Rheinland-Pfalz) implementieren, um technologische Innovationen und
945 Innovationen in den Verwaltungs- und Arbeitsprozessen in der Landesverwaltung
946 gezielt zu fördern. Dort werden wir neue Technologien frühzeitig testen und innovative
947 IT-Lösungen vor dem flächendeckenden Einsatz in der Landesverwaltung erproben.
948 Gleichzeitig wollen wir sie auch zur Anlaufstelle machen, um den Bedarf der
949 Verwaltung an interner Organisationsberatung zu decken. Ziel ist es, dass die
950 begleiteten Einheiten die entsprechenden Kompetenzen erwerben, neue digitale Tools
951 und Methoden eigenständig in den Arbeitsalltag integrieren und als Multiplikatorinnen
952 und Multiplikatoren den Kulturwandel in der Landesverwaltung sukzessive
953 mitgestalten.

954 Wir achten bei der Einführung von KI und Automatisierungen stets auf den Einklang
955 mit den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und darauf,
956 dass die menschliche Komponente in der Verwaltung gestärkt wird.

957

958 ***Digitale Kompetenzen stärken***

959 Wir wollen die digitalen Kompetenzen in der Verwaltung gezielt stärken und weiter
960 ausbauen. Dazu setzen wir auf verstärkte Investitionen in Fort- und Weiterbildung, um
961 die Beschäftigten bestmöglich auf die Anforderungen einer modernen, digitalen
962 Verwaltung vorzubereiten, beispielsweise durch die Implementierung verpflichtender
963 Module oder eines eigenen Studienganges (zum Beispiel DACS) an der Hochschule
964 für öffentliche Verwaltung. Gerade mit Blick auf die Verwaltung ist die Deutsche
965 Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer ein wichtiger Ansprechpartner für
966 uns. Sie leistet für die Aus- und Fortbildung in der öffentlichen Verwaltung einen
967 zentralen Beitrag.

968 Den Aufbau digitaler Kompetenzen in der Landesverwaltung wollen wir über die
969 Stärkung der digitalen Weiterbildungsplattform weiter vorantreiben, um
970 sicherzustellen, dass alle Mitarbeitenden über die notwendigen Fähigkeiten verfügen,
971 um die Herausforderungen der digitalen Transformation erfolgreich zu meistern.

972

973 ***Gute Rahmenbedingungen für moderne Rechenzentren schaffen***

974 Angesichts veränderter geopolitischer Rahmenbedingungen muss Deutschland sich
975 neu ausrichten und digital souverän werden. Dies betrifft ganz grundlegend unsere
976 digitalen Infrastrukturen: Festnetz, Mobilfunk, Satellit und Rechenzentren. Rheinland-
977 Pfalz soll ein attraktiver Standort für leistungsfähige, sichere und nachhaltige
978 Rechenzentren werden. Dafür schaffen wir klare und effiziente Planungs- und
979 Genehmigungsverfahren sowie eine verlässliche Anbindung an Strom- und
980 Glasfasernetze. Zugleich setzen wir auf höchste Effizienzstandards, insbesondere
981 durch die konsequente Nutzung von Abwärme, den Einsatz erneuerbarer Energien
982 und intelligente Laststeuerung. Rechenzentren wollen wir zudem systematisch in
983 kommunale Wärme- und Energiekonzepte integrieren, um Synergien zu heben und
984 die regionale Wertschöpfung zu stärken.

985

986 ***Digitale Souveränität stärken***

987 Maßnahmen zur Stärkung der Digitalen Souveränität wollen wir für die
988 Landesverwaltung gesamthaft betrachten. Eine ressortübergreifende Strategie zur
989 Digitalen Souveränität soll Grundlage der Umsetzung von Maßnahmen mit dem Ziel
990 einer strukturierten, konsistenten Stärkung der Digitalen Souveränität der
991 Landesverwaltung werden.

992 Wir wollen die digitale Souveränität konsequent durch den ebenenübergreifenden
993 Einsatz offener Schnittstellen, offener Standards und den gezielten Ausbau von Open-
994 Source-Lösungen stärken. Open Source verstehen wir als strategisches Instrument
995 zur Förderung digitaler Souveränität, technologischer Innovation und leistungsfähiger
996 Basisdienste und wollen sie bei der Auswahl und Entwicklung von IT-Systemen
997 grundsätzlich bevorzugt berücksichtigen.

998 Die Fortentwicklung der Cloud-Infrastruktur für die Landesverwaltung richten wir
999 weiterhin nach länderübergreifenden Standards digital souverän aus. Dort, wo es
1000 wirtschaftlich geboten und zulässig ist, werden wir uns europäischer Cloud-
1001 Dienstleister bedienen. Wir überführen geeignete Fachverfahren in die Cloud-
1002 Infrastruktur, setzen die Bündelung der Kompetenzen im Bereich Cloud fort und bieten
1003 eine zentrale Anlaufstelle bei Fragen rund um das Thema Cloud.

1004 Im Bereich der IT-Arbeitsplätze streben wir die Ablösung von bestehenden
1005 proprietären IT-Arbeitsplatzlösungen an. Dafür wollen wir die Möglichkeiten des
1006 Einsatzes von Open-Source-Produkten schnell vorantreiben und werden dem Zentrum
1007 für digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) beitreten.

1008 ***Leistungsfähigen Landesbetrieb Daten und Information (LDI) weiterentwickeln***

1009 Der LDI ist der zentrale IT-Dienstleister der Landesverwaltung, der den Anforderungen
1010 der Verwaltungsdigitalisierung entsprechend weiterzuentwickeln ist. Eine stetig
1011 voranschreitende Digitalisierung mit einem entsprechenden Aufwuchs an Aufgaben,
1012 die in ihrer Komplexität beständig zunehmen, erfordert eine beständige Anpassung
1013 sowohl der Organisation selbst als auch der benötigten technischen Infrastruktur. Wir
1014 werden IT-Entwicklungsressourcen im LDI bündeln. Wir werden uns im Hinblick auf
1015 die laufende digitale Transformation für eine adäquate Personalausstattung des LDI in
1016 qualitativer und quantitativer Hinsicht einsetzen. Synergien durch die Kooperation mit
1017 Partnern innerhalb und außerhalb der öffentlichen Verwaltung werden wir
1018 vorantreiben.

1019

1020 ***Ausbau der digitalen Netze stärken***

1021 CDU und SPD wollen den Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur
1022 konsequent vorantreiben. Wir wollen den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser
1023 und Mobilfunk entschlossen vorantreiben, insbesondere im ländlichen Raum.

1024 Wir setzen uns beim Bund für regulatorische und gesetzgeberische Vorgaben ein, die
1025 einen Mehrfachausbau zugunsten von Mitnutzung bestehender Infrastrukturen
1026 unattraktiv werden lässt (Anwendung des „Dig-Once“-Prinzips und Open-Access-
1027 Modelle). Den Glasfaserausbau treiben wir mit passgenauen Förderangeboten voran,
1028 für die wir uns auch gegenüber dem Bund stark machen.

1029 Der Glasfaserausbau wird als im überragenden öffentlichen Interesse vorangetrieben.
1030 Versorgungslücken, auch in Einzellagen, sollen ressourcenschonend geschlossen
1031 werden, etwa durch innovative Verlegungsmethoden oder in Ausnahmefällen auch durch
1032 den Einsatz moderner Technologien wie Satellitenlösungen. Gleichzeitig werden
1033 digitale Genehmigungsprozesse konsequent genutzt und Genehmigungen, wo
1034 möglich, vereinfacht.

1035 Das Gigabit-Kompetenzzentrums wird auch in Zukunft Ausbauprojekte eng begleiten,
1036 überwachen und damit kommunale Verwaltungen entlasten.

1037 Für uns steht die tatsächliche mobile Erreichbarkeit und ihre Qualität im Fokus. Wir
1038 wollen, dass die Parameter des Mobilfunk-Monitoring so angepasst werden, dass die
1039 gemessene Versorgung auch der Wahrnehmung vor Ort entspricht. Dazu bieten wir
1040 mit eigenen Messungen auf Landesebene bereits eine empirische Grundlage und
1041 bauen diese aus.

1042 Für besonders schwer zu erschließende Gebiete im ländlichen Raum schaffen wir
1043 innovative Formate, um den Mobilfunkausbau zu beschleunigen. Wir bringen hierfür
1044 relevante Stakeholder wie beispielsweise Stromnetzbetreiber mit
1045 Mobilfunkunternehmen zusammen oder schaffen Austauschformate für ein
1046 koordiniertes und planvolles Vorgehen zwischen Umweltbehörden und
1047 Mobilfunkanbietern.

1048 Wir werden uns gemeinsam mit dem Bund, der Bundesnetzagentur und weiteren
1049 relevanten Stakeholdern dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz frühzeitig und pilothaft
1050 dabei sein wird, wenn es um die Frage diskriminierungsfreier, regionaler Kupfer-DSL-
1051 Netz-Abschaltungen geht.

1052 Insbesondere mit Blick auf den künftigen Standard 6G soll Rheinland-Pfalz in der
1053 Forschung und in der Anwendung auch weiterhin eine Vorreiterrolle spielen. Hierbei
1054 werden wir Forscherinnen und Forscher, Unternehmen und Organisationen im Feld
1055 gezielt unterstützen.

1056 Wir haben eine starke anwendungsorientierte Mobilfunkforschung in Rheinland-Pfalz
1057 dank guter Rahmenbedingungen an Universitäten, Hochschulen und sonstigen
1058 Forschungseinrichtungen.

1059

1060 **Medien**

1061 Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiger und lebendiger Medienstandort mit starken
1062 regionalen Strukturen und engagierten Akteurinnen und Akteuren. Ein leistungsfähiger
1063 öffentlich-rechtlicher Rundfunk, starke und regional verankerte private
1064 Rundfunkveranstalter und in allen Landesteilen präsente Zeitungsverlage sichern
1065 Arbeitsplätze und leisten einen zentralen Beitrag zu demokratischer Teilhabe und
1066 gesellschaftlichem Zusammenhalt.

1067 Vielfältige und unabhängige Medien sind ein demokratisches Kernversprechen:
1068 Zugang zu verlässlichen Informationen, Bildung und kulturelle Teilhabe für alle.
1069 Rheinland-Pfalz trägt hier als Vorsitzland der Rundfunkkommission eine besondere
1070 Verantwortung. Es ist unser gemeinsames Ziel, gute Bedingungen für private und
1071 öffentlich-rechtliche Medien zu schaffen – gerade in einer zunehmend von wenigen
1072 Plattformkonzernen dominierten digitalen Öffentlichkeit. Wer in Europa Geld verdienen
1073 möchte, für den gelten europäische Regeln und Werte. Deshalb treiben wir den
1074 Digitale Medien-Staatsvertrag voran, um Medienvielfalt und fairen Wettbewerb zu
1075 sichern, die Sichtbarkeit und Refinanzierung journalistischer Inhalte zu stärken und
1076 freie Kommunikationsräume auch in Zukunft zu gewährleisten. Auf europäischer
1077 Ebene werden wir uns dafür einsetzen, unsere europäischen Regeln und Werte
1078 selbstbewusst gegenüber den Plattformen einzufordern und durchzusetzen.

1079 KI ist zum Alltagsgegenstand der Menschen geworden. Die Kompetenz dazu, diese
1080 Technik gezielt nutzen und hinterfragen zu können, ist daher eine zentrale. Diese
1081 Entwicklung gestalten wir aktiv mit. Gleichzeitig braucht es umso mehr unabhängigen
1082 Journalismus, der differenzierte Betrachtungen auf Sachverhalte und zuverlässige
1083 Quellen für Bürgerinnen und Bürger zur Orientierung und Weiterentwicklung anbietet.

1084 Das duale Mediensystem hat sich bewährt, deshalb werden wir dieses System
1085 erhalten und weiterentwickeln. Dabei müssen beide Säulen des dualen Systems Raum
1086 für Entwicklung haben. Auf eine sinnvolle Balance zwischen öffentlich-rechtlichem
1087 Rundfunk und privaten Medien werden wir daher achten. In Rheinland-Pfalz haben wir

1088 dabei ganz besonders auch die vielen regionalen und lokalen Medien im Blick. Ihre
1089 Arbeit vor Ort ist wesentlich für die Demokratie. Die bestehenden Regionalfenster und
1090 Drittsendezeiten leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag für Regionalität und
1091 Meinungspluralismus.

1092 Presseverlage in Deutschland stehen enorm unter Druck. Umso wichtiger ist es, die
1093 vielfältige Presselandschaft in Rheinland-Pfalz zu unterstützen. Wir führen daher die
1094 zielgerichtete Förderung der digitalen Transformation von Presseverlagen in
1095 Rheinland-Pfalz fort.

1096 Wir stehen zur Beitragsfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ein starker
1097 öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht eine unabhängige und verlässliche
1098 Finanzierung. Gleichzeitig muss der Rundfunkbeitrag bezahlbar bleiben, um
1099 Akzeptanz zu finden. Effizienzsteigerungen, Strukturreformen und Kooperationen
1100 sichern Beitragsstabilität. Wir werden weiterhin Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit sowie
1101 Transparenz einfordern und uns aktiv in die Weiterentwicklung des Verfahrens zur
1102 Ermittlung und Festlegung des Rundfunkbeitrages einbringen.

1103 Wir setzen auf mehr Zusammenarbeit und Partnerschaft des öffentlich-rechtlichen
1104 Rundfunks auch mit privaten Medien. Dort, wo rechtliche Rahmenbedingungen die
1105 notwendige vertiefte Zusammenarbeit derzeit noch erschweren, setzen wir uns auch
1106 beim Bund für Anpassungen ein.

1107 Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts – unabhängig
1108 von Alter und Herkunft. Sie stärkt die demokratische Resilienz der Menschen
1109 gegenüber Desinformation und Extremismus jeglicher Art. Wir wollen Rheinland-Pfalz
1110 zum Impulsgeber für Medienkompetenz und digitale Bildung machen. Daher wollen wir
1111 den eingeschlagenen Prozess einer gemeinsamen Medienkompetenzstrategie
1112 konsequent fortsetzen. Ziel ist es, bestehende und neue Maßnahmen besser zu
1113 bündeln, stärker zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. So entsteht ein klarer
1114 Rahmen mit gemeinsamen Zielen und Standards, der die Medienkompetenz im Land
1115 durch niedrigschwellige Angebote nachhaltig stärkt und öffentlich wahrnehmbar macht.

1116 Die Angebote der Orte der medialen Teilhabe der Medienanstalt Rheinland-Pfalz sollen
1117 im Land ausgebaut werden, denn sie sind Anlaufstellen und Begegnungsstätten:
1118 niedrigschwellig und mittendrin in den Innenstädten von Rheinland-Pfalz. Gemeinsam
1119 mit Multiplikatoren wie den Digitalbotschafterinnen und -botschaftern und den Offenen
1120 Kanälen bilden sie ein Netzwerk, das bei der Umsetzung der
1121 Medienkompetenzstrategie in der Fläche unterstützt.

1122 Kinder und Jugendliche sind – ebenso wie Erwachsene – im Netz zunehmend
1123 Desinformation, Hass und Hetze sowie nicht gekennzeichneten KI-Inhalten
1124 ausgesetzt. Es ist eine zentrale gesellschaftliche und staatliche Aufgabe,
1125 Minderjährige vor schädlichen Medieninhalten und Interaktionsrisiken zu schützen.
1126 Jugendmedienschutz braucht klare gesetzliche Regelungen und konsequente
1127 Durchsetzung im digitalen Raum.

1128 CDU und SPD sprechen sich für strengere Regeln für soziale Medien aus, um Kinder
1129 und Jugendliche besser zu schützen, ohne sie komplett aus der digitalen Welt
1130 auszuschließen. Ein zentrales Element ist ein gestuftes Modell nach Alter, bei dem
1131 Kinder unter 14 Jahren soziale Medien gar nicht nutzen dürfen. Für Jugendliche bis 16
1132 Jahre sollen spezielle Jugendversionen ohne Suchtmechanismen und algorithmische
1133 Empfehlungen gelten. Zudem sprechen sich CDU und SPD für verpflichtende
1134 Alterskontrollen und eine klarere Verantwortlichkeit und Haftung der Plattformen für
1135 schädliche Inhalte aus. Ziel ist es, Risiken wie Manipulation, Sucht oder
1136 problematische Inhalte zu begrenzen und gleichzeitig die digitale Teilhabe junger
1137 Menschen zu erhalten. Hierfür soll der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in gutem
1138 Zusammenwirken mit europäischen Regelungen fortgeschrieben werden. Im Lichte
1139 dessen soll auch jugendschutz.net als gemeinsames Kompetenzzentrum von Bund,
1140 Ländern und Landesmedienanstalten für den Schutz von Kindern und Jugendlichen
1141 im Internet strukturell gestärkt werden.

1142 Der Medienstandort Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch seine Vielfalt aus, und wir
1143 sind bereits Heimat für viele Kreative. Deswegen ist die Dachmarke „media made in
1144 RLP“ mehr als ein Slogan. Wir sehen es als unseren Auftrag an, die vorhandenen
1145 Rahmenbedingungen für die Medien im Land bedarfsgerecht weiter auszubauen: von
1146 Infrastruktur bis Inhalteproduktion. Den mit der bereits beauftragten
1147 Medienstandortstudie Rheinland-Pfalz begonnenen Prozess setzen wir fort. Im Lichte
1148 der Studienergebnisse werden wir auch prüfen, inwieweit die Förderinstrumente des
1149 Landes für die gesamte Kreativ- und Medienbranche bestmöglich koordiniert werden
1150 können.

1151 CDU und SPD wollen den Standort durch attraktive Rahmenbedingungen für
1152 Medienunternehmen sowie durch die Förderung von Innovation, Ausbildung und
1153 Nachwuchs im Medienbereich erhalten und weiter stärken, beispielsweise die Content
1154 Convention als das Schaufenster des Medienstandorts Rheinland-Pfalz oder das
1155 Filmfestival in Ludwigshafen, welches aus Rheinland-Pfalz die Filmszene bereichert
1156 und weit über die Region hinaus Anerkennung findet. Die Medienförderung RLP soll
1157 weiterentwickelt werden, denn in Rheinland-Pfalz ist nicht die Mediengattung, sondern
1158 der Inhalt entscheidend – hier werden Games und Audiovisuelles wie Film
1159 gleichermaßen gefördert. CDU und SPD wollen daher die Medienförderung gezielt
1160 weiterentwickeln und damit den Medienstandort nachhaltig stärken. Ein besonderer
1161 Fokus liegt dabei auf den Zukunftsbereichen Games und Film, um Innovation,
1162 Kreativität und Wertschöpfung im Land weiter auszubauen. Dank vieler Hochschulen
1163 und kreativer Studiengänge im Land und erfolgreicher Unternehmen soll das Potenzial
1164 im Land bleiben. Dafür wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen und auch
1165 Gamesförderung innerhalb der Medienförderung weiter ausbauen.

3. Unsere Verantwortung für gute Arbeit, einen fairen Sozialstaat, eine zuverlässige Gesundheit und Pflege

Arbeit

Die Arbeitswelt verändert sich. Treiber dafür sind insbesondere der demografische Wandel, die fortschreitende Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und der Weg zur Klimaneutralität. Diese Entwicklungen wirken auf alle Branchen und verändern Qualifikationsanforderungen sowie Beschäftigungsstrukturen nachhaltig. Das hat unter anderem zur Folge, dass die Suche nach Fachkräften für Unternehmen zunehmend schwieriger wird. Gleichzeitig gibt es weiterhin Menschen, die von diesen Entwicklungen bislang nicht profitieren und trotz der steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften keine Beschäftigung finden.

Wir sehen in diesen Entwicklungen erhebliche Chancen für die Beschäftigten und für die Unternehmen und wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern die zentralen Herausforderungen entschlossen angehen. Wir wollen die Sozialpartnerschaft stärken. Für uns sind Mitbestimmung und Tarifbindung wichtig. Unser zentrales Ziel ist es, gute Arbeit für alle Menschen in Rheinland-Pfalz zu sichern. Diese soll fair bezahlt, sozial abgesichert und zukunftsfest gestaltet sein.

Der Einsatz für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen den Übergang in reguläre Arbeitsverhältnisse durch Beratung und Qualifizierung sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik sichern. Instrumente wie das Kurzarbeitergeld sind dabei wichtig. Gleichzeitig achten wir darauf, zusätzliche Bürokratie für Beschäftigte und Arbeitgeber zu vermeiden.

Wir bekennen uns zu Tariflöhnen und zum Mindestlohn als wichtige Grundlage für faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Er trägt dazu bei, Arbeit angemessen zu entlohnen und zugleich verlässliche Rahmenbedingungen für Beschäftigte und Unternehmen zu sichern.

Faire Löhne durch starke Tarifbindung sichern

Wir werden das Landestariftreuegesetz Rheinland-Pfalz weiterentwickeln und an den bundeseinheitlichen Rahmen eines Bundestariftreuegesetzes angeschlossen ausgestalten. Dabei stärken wir Tariftreue als Leitprinzip der öffentlichen Auftragsvergabe und stellen sicher, dass tarifliche Arbeitsbedingungen auch für nicht tarifgebundene Unternehmen maßgeblich sind. Das bestehende Mindestentgeltsystem entwickeln wir zu einer zielgerichteten Lösung für tariflose Bereiche fort. Bewährte branchenspezifische Regelungen, insbesondere im ÖPNV/SPNV, sichern wir und gestalten sie zugleich zukunftsfähig. Unser Ziel ist damit im Gesamten ein klar strukturiertes, praktikables und rechtssicheres Vergabesystem, das faire Wettbewerbsbedingungen und gute Arbeit gewährleistet.

1204 ***Arbeitsmarkt zukunftsfest aufstellen***

1205 Der Ovale Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung hat sich als wichtiges Format
1206 des partnerschaftlichen Dialogs etabliert genauso wie der Transformationsrat.

1207 Die Fachkräftestrategie Rheinland-Pfalz stellt eine wichtige Grundlage zur Sicherung
1208 und Gewinnung von Fachkräften dar, die wir an sich verändernden Anforderungen des
1209 Arbeitsmarkts anpassen, um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken.

1210 CDU und SPD wollen den systematischen Ausbau digitaler Kompetenzen weiter
1211 vorantreiben. Ziel ist es, Menschen in allen Lebensphasen fit für die Anforderungen
1212 der digitalen Arbeits- und Lebenswelt zu machen. Hier setzen wir einen Schwerpunkt
1213 auf die Beschäftigungspotenziale von Frauen in der IT und auf die gezielte Förderung,
1214 um ihren Anteil in diesen Zukunftsbereichen nachhaltig zu erhöhen.

1215

1216 ***Mehr Menschen in Beschäftigung bringen***

1217 Wir wollen das Beschäftigungspotenzial in Rheinland-Pfalz gezielt steigern, indem wir
1218 bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit insbesondere ältere Arbeitnehmerinnen
1219 und Arbeitnehmer, Frauen, Langzeitarbeitslose, Geflüchtete mit Bleibeperspektive,
1220 Menschen mit Behinderung sowie Fachkräfte aus dem Ausland eine Beschäftigung
1221 aufnehmen können. Dabei kommt dem öffentlichen Dienst eine besondere
1222 Vorbildfunktion zu. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz
1223 Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren können und schaffen dafür verlässliche
1224 Rahmenbedingungen, die beides ermöglichen.

1225 CDU und SPD sehen es als zentrale Aufgabe, Menschen ohne Berufsabschluss
1226 bessere Perspektiven zu eröffnen und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig
1227 zu stärken. Ziel ist es, allen die Möglichkeit zu geben, auch später im Leben einen
1228 Abschluss nachzuholen und beruflich voranzukommen. Mit einer Landesinitiative zur
1229 Nachqualifizierung werden wir Beschäftigte gezielt auf ihrem Weg zu einem
1230 anerkannten Abschluss unterstützen.

1231

1232 ***Perspektiven für junge Menschen aufzeigen***

1233 Gute Arbeit für junge Menschen bedeutet faire Einstiegschancen, eine qualifizierte
1234 Ausbildung und verlässliche berufliche Perspektiven. CDU und SPD wollen dafür
1235 sorgen, dass alle Jugendlichen ihre Entwicklungs- und Berufschancen nutzen können.
1236 Dabei setzen wir auf Unterstützung bei der Berufsorientierung sowie der Suche nach
1237 einer Ausbildung beziehungsweise Arbeit. Außerdem wollen wir die Angebote weiter
1238 stärken, die fehlende oder ergänzende Qualifikationen und Kompetenzen vermitteln
1239 können. Ziel ist es, Übergänge im Bildungs- und Berufsleben zu erleichtern und Brüche
1240 in Bildungsbiografien zu vermeiden. Wir wollen die Zusammenarbeit von Schulen,
1241 Berufsschulen, Kammern, Betrieben und Weiterbildungsträgern weiter stärken. Dies
1242 gilt insbesondere für die Jugendberufsagenturen und individuelle Beratungs- und

1243 Coachingangebote. Ziel ist es, alle jungen Menschen auf dem Weg in Ausbildung und
1244 zum erfolgreichen Berufsabschluss bestmöglich zu unterstützen und zugleich mehr für
1245 Berufe mit Zukunftschancen zu gewinnen. Ergänzend sollen flexible und
1246 unterstützende Ausbildungsangebote geschaffen werden, damit jeder und jede den
1247 Abschluss im passenden Tempo erreichen kann.

1248

1249 ***Duale Ausbildung als Erfolgsmodell stärken***

1250 Die Duale Ausbildung ist Ausdruck der sozialen Verantwortung unserer Wirtschaft und
1251 leistet einen bedeutenden Beitrag zur Fachkräftesicherung am Standort Rheinland-
1252 Pfalz. Sie verbindet auf einzigartige Weise Theorie und Praxis, indem sie Lernen im
1253 Betrieb mit schulischer Bildung kombiniert. Auszubildende profitieren dabei von einer
1254 festen Vergütung sowie flexiblen Gestaltungsmöglichkeiten, die individuelle Interessen
1255 und Stärken berücksichtigen. Sie bietet hervorragende Karrierechancen, da
1256 praxisnahe Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt besonders gefragt sind. Gleichzeitig
1257 genießt sie eine hohe gesellschaftliche Anerkennung. Nicht zuletzt kann die Duale
1258 Ausbildung auch als Sprungbrett in die Selbstständigkeit dienen, indem sie wichtige
1259 Kenntnisse und Erfahrungen für die eigene Unternehmensgründung vermittelt. Damit
1260 ist die Duale Ausbildung ein zentraler Erfolgsfaktor und ein wichtiger
1261 Wettbewerbsvorteil für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Dazu gehören die
1262 Unterstützung der berufsbildenden Schulen, der überbetrieblichen Ausbildungszentren
1263 und der Handwerkskammern sowie die gezielte Förderung von Verbundausbildungen,
1264 um attraktive und praxisnahe Ausbildungsbedingungen zu sichern.

1265

1266 ***Gesundheit in der Arbeitswelt schützen***

1267 Viele Beschäftigte profitieren von den Möglichkeiten des Homeoffice, zugleich gilt es,
1268 neue Belastungen wie Arbeitsverdichtung, ständige Erreichbarkeit oder soziale
1269 Isolation im Blick zu behalten. Wir wollen deshalb die psychische Gesundheit der
1270 Beschäftigten stärker in den Fokus rücken. Klar ist dabei: Arbeitsschutz dient den
1271 Menschen und ist ein wichtiger Bestandteil moderner Arbeitsbedingungen.

1272 Die Gefährdungsbeurteilungen am Arbeitsplatz sollen unter geschlechtsspezifischen
1273 Besonderheiten weiterentwickelt werden. Rheinland-Pfalz unterstützt außerdem die
1274 Initiative des Bundes beim Mutterschutz in der Selbstständigkeit.

1275

1276 ***Wandel der Arbeit sozial gestalten***

1277 CDU und SPD begleiten Beschäftigte und Betriebe im Wandel der Arbeitswelt und
1278 unterstützen sie durch gezielte Förderungen und Arbeitsmarktprojekte. Dabei ist unser
1279 Ziel, Unternehmen und Beschäftigte zu unterstützen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu
1280 erhalten und auszubauen.

1281 Die Transformationsagentur gibt Unternehmen und Beschäftigten wichtige
1282 Orientierung bei Beratungs- und Unterstützungsangeboten, erklärt Transformation und
1283 Trends und unterstützt Regionen beim Auf- und Ausbau von Netzwerken sowie bei der
1284 Fördermittelakquise. Mit den Transformationsbegleitern vor Ort werden Beschäftigte,
1285 insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen dabei unterstützt, die Folgen des
1286 Wandels für ihre eigene berufliche Situation einzuordnen, davon ausgehend
1287 persönliche Weiterbildungsbedarfe zu erkennen und passende Zugänge zu
1288 Qualifizierung und Förderung zu nutzen.

1289 Mit der Verknüpfung und der engen Zusammenarbeit zwischen den Angeboten des
1290 Landes und den Vorhaben der Partnerinnen und Partner gestalten wir die
1291 Transformationsprozesse mit. Betriebs- und Personalräte unterstützen wir nicht nur
1292 hier bei ihrer wichtigen Arbeit und stärken dafür zudem die Technologieberatungsstelle
1293 TBS Rheinland-Pfalz gGmbH.

1294 Wir bekennen uns zu einer starken Mitbestimmung als wichtigen Baustein für eine
1295 gelingende Transformation der Arbeitswelt. Angesichts von Digitalisierung, Künstlicher
1296 Intelligenz und dem Wandel zur Klimaneutralität kommt es darauf an, Veränderungen
1297 im Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen verantwortungsvoll zu
1298 gestalten. Deshalb unterstützen wir eine zeitgemäße Weiterentwicklung des
1299 Betriebsverfassungsrechts, das die Mitbestimmung an die Anforderungen der
1300 Arbeitswelt der Zukunft anpasst. Wir stehen für die konsequente Strafverfolgung der
1301 Behinderung von Betriebsratsarbeit.

1302

1303 ***Lebenslanges Lernen stärken***

1304 Wissen und Kompetenzen bleiben der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und
1305 soziale Teilhabe, aber auch und gerade für die Sicherung von Beschäftigung und
1306 wirtschaftlichem Erfolg und der Stärkung unseres demokratischen Zusammenlebens.
1307 CDU und SPD setzen dafür gezielt auf die Stärkung der Angebote der allgemeinen
1308 Weiterbildung. Die in Rheinland-Pfalz bestehende plurale Weiterbildungslandschaft
1309 mit den kommunal verankerten Volkshochschulen, den anerkannten
1310 Weiterbildungsorganisationen mit ihrem zivilgesellschaftlichen Hintergrund und den
1311 wissenschaftlichen Weiterbildungen, als zentrale Einrichtungen der Weiterbildung sind
1312 dabei unsere wichtigen Partner, die bedarfsgerecht und verlässlich finanziell
1313 ausgestattet werden.

1314 Rheinland-Pfalz ist das Land der zweiten und dritten Chance. Angebote zur
1315 Alphabetisierung, zur Grundbildung und zum Spracherwerb werden wir verstetigen. Im
1316 Bereich Grundbildung unterstützen wir die Vermittlung digitaler Kompetenzen
1317 weiterhin. Wir stellen auch weiterhin sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen
1318 Schulabschluss zu einem späteren Zeitpunkt nachholen können.

1319 Wir wollen Weiterbildungsangebote stärken und weiterentwickeln. Dabei setzen wir
1320 gerade mit Blick auf die ländlichen Räume auf digitale Formate und moderne
1321 Lernformen, die flexibles und ortsunabhängiges Lernen ermöglichen. Mobile Angebote

1322 und eine bessere Erreichbarkeit sichern den Zugang zur Weiterbildung für alle
1323 Menschen in Stadt und Land.

1324

1325 **Soziales**

1326 Rheinland-Pfalz ist das Land des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität über die
1327 Generationen hinweg. CDU und SPD wollen den Bürgerinnen und Bürgern dabei zur
1328 Seite stehen, sich weiterhin füreinander engagieren zu können. Selbstbestimmtes
1329 Leben und Teilhabe in allen Lebensphasen ist in Rheinland-Pfalz von höchstem Wert
1330 und für uns selbstverständlich.

1331 Wir stehen ein für soziale Sicherheit. Unser soziales Netz gibt Menschen Halt. Gerade
1332 in Zeiten, in denen sich vieles verändert, ist das besonders wertvoll, weil es Ängste
1333 nimmt und Vertrauen stärkt.

1334 Dazu gehört, dass sich jede und jeder darauf verlassen kann, im Alter wohnortnah und
1335 verlässlich gut unterstützt und gepflegt zu werden. Gemeinschaftliche Wohnformen,
1336 insbesondere für ältere Menschen, wollen wir weiter stärken, weil Gemeinschaft, Nähe
1337 und gegenseitige Unterstützung in jedem Alter wichtig sind. Menschen mit
1338 Behinderungen sollen von Anfang an mitten in unserer Gesellschaft selbstbestimmt
1339 leben können. Bestehende Barrieren werden wir konsequent abbauen und
1340 umfassende Teilhabe ermöglichen.

1341 Der Kampf gegen Armut ist und bleibt eines unserer zentralen politischen Ziele. Wir
1342 wollen Teilhabe für alle sichern und Menschen in schwierigen Lebenssituationen sowie
1343 von Armut betroffene Menschen bestmöglich unterstützen. CDU und SPD in
1344 Rheinland-Pfalz treten entschieden gegen Einsamkeit, Armut und soziale
1345 Ausgrenzung ein. Sie setzen auf starke Nachbarschaften, generationenübergreifende
1346 Angebote und verlässliche Hilfen vor Ort.

1347

1348 ***Selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen***

1349 Seniorinnen und Senioren sind ein aktiver und bedeutender Teil unserer Gesellschaft.
1350 Sie geben Wissen weiter, übernehmen Verantwortung in Familien und
1351 Gemeinschaften und prägen das gesellschaftliche Miteinander. Diese Leistungen und
1352 ihre gesellschaftliche Bedeutung wollen wir auch weiterhin unterstützen und die guten
1353 Rahmenbedingungen im Land sichern, damit ein aktives, selbstbestimmtes und
1354 gesundes Leben im Alter möglich bleibt. Dafür ist uns die Landesseniorenvertretung
1355 Rheinland-Pfalz ein wichtiger Ansprechpartner. Wir setzen uns aktiv gegen
1356 Altersdiskriminierung und Einsamkeit ein und treten dafür ein, dass ältere Menschen
1357 Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben und echte Teilhabe am gesellschaftlichen
1358 Leben möglich ist.

1359

1360 ***Neue Wohnformen im Alter fördern***

1361 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und älter. Der Trend zu alternativen Wohnformen
1362 im Alter ist auch eine Reaktion auf diese tiefgreifenden gesellschaftlichen
1363 Veränderungen. Insbesondere die Nachfrage nach gemeinschaftlichen Wohnformen,
1364 barrierefreiem Wohnen und Wohn-Pflege-Angeboten nimmt stetig zu, denn auch im
1365 höheren Lebensalter wollen Menschen möglichst lange selbstbestimmt und
1366 eigenständig in ihrer vertrauten Umgebung leben und zugleich ihre sozialen
1367 Beziehungen zur Familie, zu Freunden und zur Nachbarschaft aufrechterhalten.
1368 Wohnformen mit Unterstützungsangeboten spielen dabei eine wichtige Rolle, und wir
1369 werden wohnortnahe Wohn-Pflege-Projekte für ältere Menschen weiter begleiten und
1370 Ansätze des inklusiven Wohnens, die die Mehrgenerationenperspektive im Quartier
1371 und im ländlichen Raum beinhalten, wie zum Beispiel „WohnPunkt RLP – Wohnen mit
1372 Teilhabe“, unterstützen.

1373

1374 ***Digitale Teilhabe für alle Generationen eröffnen***

1375 CDU und SPD wollen, dass auch ältere Menschen sicher und selbstbestimmt von der
1376 Digitalisierung profitieren. Die Digitalbotschafterinnen und -botschafter in Rheinland-
1377 Pfalz leisten einen wichtigen Beitrag, um insbesondere älteren Menschen digitale
1378 Kompetenzen zu vermitteln. Wir entwickeln das Netzwerk der Digitalbotschafterinnen
1379 und -botschafter weiter.

1380

1381 ***Verlässliche Beratungslandschaft sichern***

1382 Wir setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer starken und
1383 verlässlichen Beratungslandschaft ein, die noch besser auf die Bedürfnisse der
1384 Menschen ausgerichtet ist. Wir unterstützen niedrigschwellige Orte für Beratung,
1385 Elternbildung, Begegnung und frühe Hilfen und vernetzen sie konsequent mit der
1386 Jugendhilfe und der Gesundheits- und Sozialberatung, um frühzeitig Unterstützung zu
1387 bieten und Hilfen aus einer Hand zugänglich zu machen.

1388

1389 ***Armut vorbeugen und konsequent bekämpfen***

1390 Wir wollen Armut wirksam verhindern und stellen dabei frühzeitige Unterstützung
1391 sowie gezielte Prävention in den Mittelpunkt. Ein zentraler Baustein ist der Erhalt der
1392 lokalen Servicestellen in den Kommunen zur Armutsprävention und Sozialplanung, die
1393 Prävention mit integrierter Planung verknüpfen, die Strukturen vor Ort stärken und die
1394 Zusammenarbeit engagierter Akteurinnen und Akteure fördern. Auch die Angebote der
1395 Schuldner-, Energie- und Suchtberatung, der Wohnraumsicherung sowie Hilfen in
1396 sozialen Notlagen werden bedarfsgerecht weiterentwickelt. Wir würdigen das große
1397 Engagement der Tafeln und weiterer ehrenamtlicher Initiativen. Angesichts signifikant

1398 höherer Energie-, Sach- und Betriebskosten werden wir die Fördermittel an den
1399 Landesverband Tafel e.V. verdoppeln.

1400 Wir behalten insbesondere die Situation der alleinerziehenden Mütter und Väter im
1401 Blick, die überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind. Grundsätzlich stellt Armut
1402 gerade für Kinder und Jugendliche eine belastende Situation dar und ist häufig mit
1403 gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden. Wir werden das bestehende
1404 Förderprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut verstetigen und
1405 zielgerichtet weiterentwickeln.

1406

1407 ***Wohnungslosigkeit entgegenreten***

1408 Wohnungslosigkeit ist eine der sichtbarsten und drängendsten Formen von Armut.
1409 Deshalb setzen wir frühzeitig an, um den Verlust von Wohnraum möglichst zu
1410 verhindern. Mit inzwischen acht Fachberatungsstellen zur Wohnraumsicherung
1411 besteht ein wichtiges, präventiv wirkendes Unterstützungsnetz, das Menschen
1412 rechtzeitig erreicht und ihnen hilft, ihre Wohnung zu erhalten.

1413 Wir sehen im „Housing First“-Ansatz einen erfolgreichen neuen Weg in der Obdach-
1414 und Wohnungslosenhilfe. An mittlerweile fünf Standorten wird er erfolgreich umgesetzt
1415 und wir werden ihn verstetigen und in die Regelförderung überführen. Ziel ist es,
1416 „Housing First“ schrittweise bedarfsgerecht in weiteren Ober- und Mittelzentren zu
1417 etablieren und so noch mehr Menschen einen nachhaltigen Weg aus der
1418 Wohnungslosigkeit zu ermöglichen.

1419

1420 ***„Clearingstellen Krankenversicherung“ stärken***

1421 CDU und SPD sehen in den „Clearingstellen Krankenversicherung“ einen wichtigen
1422 Baustein für eine bessere medizinische Versorgung und einen wirksamen Beitrag zur
1423 Armutsbekämpfung. An mittlerweile vier Standorten unterstützen sie Menschen ohne
1424 Krankenversicherungsschutz. Diese wichtige Arbeit wollen wir stärken, die Angebote
1425 bedarfsgerecht weiterentwickeln und prüfen, ob zusätzliche Standorte eingerichtet
1426 werden müssen. So wird sichergestellt, dass noch mehr Menschen Zugang zu
1427 medizinischer Versorgung erhalten und niemand zurückgelassen wird.

1428

1429 ***Selbsthilfe und Ehrenamt als starke Säule sichern***

1430 In Rheinland-Pfalz gibt es rund 3000 Selbsthilfegruppen zu Hunderten von Themen –
1431 von Angsterkrankungen bis Zöliakie. Selbsthilfe unterstützt Menschen, sich
1432 gegenseitig zu stärken, zu informieren und nach Lösungen zu suchen. Gemeinsam
1433 können sie so zur individuellen Verbesserung der Lebenssituation beitragen. Ein
1434 großer Teil der Unterstützungsangebote für Menschen mit Krankheiten oder in
1435 schwierigen Lebensphasen lebt vom Einsatz ehrenamtlicher Selbsthilfegruppen. Sie
1436 leisten eine wertvolle Unterstützung für Betroffene und Angehörige. Diese wollen wir

1437 weiter stärken. Die Landschaft der Selbsthilfegruppen in Rheinland-Pfalz ist vielfältig
1438 und sie leisten, genau wie die vier Selbsthilfe-Kontaktstellen, eine wertvolle
1439 Unterstützung für Betroffene und Angehörige, die wir weiter stärken wollen.

1440

1441 ***Wirksame Drogen- und Suchthilfepolitik stärken***

1442 Der Konsum von Drogen birgt erhebliche gesundheitliche Risiken. Diesen wollen wir
1443 auch zukünftig entschieden entgegentreten. In der Drogen- und Suchthilfe leisten die
1444 niedrigschwelligen Beratungs- und Präventionsangebote eine wichtige Aufgabe. Wir
1445 wollen sie stärken und weiterentwickeln, um eine zeitgemäße Form der Hilfe zu
1446 ermöglichen. Die zentrale Bedeutung von Rehabilitation und Therapie als
1447 unverzichtbaren Säulen einer wirksamen Drogen- und Suchthilfepolitik und die hier
1448 qualitativ hochwertigen Angebote der Rehaeinrichtungen werden ausdrücklich
1449 gewürdigt.

1450

1451 ***Arbeit der oder des Opferbeauftragten weiterentwickeln***

1452 Der Opferbeauftragte der Landesregierung leistet wertvolle Hilfe und Unterstützung für
1453 die Betroffenen schwerer Straftaten. CDU und SPD in Rheinland-Pfalz setzen sich
1454 dafür ein, die Rolle der oder des Opferbeauftragten weiter zu stärken. Dazu gehört
1455 auch eine angemessene Einbindung in die Gremien der Stiftung Opferschutz,
1456 insbesondere im Kuratorium und im Vorstand. So wird sichergestellt, dass die Belange
1457 der Opfer noch wirksamer berücksichtigt und die Unterstützungsstrukturen im Land
1458 gezielt weiterentwickelt werden können.

1459

1460 ***Unsere inklusive Gesellschaft stärken***

1461 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderungen
1462 selbstverständlich miteinander leben, lernen und arbeiten. Deshalb stärken wir die
1463 Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Wir werden
1464 den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
1465 evaluieren und konsequent weiterentwickeln. Wir stärken die Selbstvertretung von
1466 Menschen mit Behinderungen. Auch der Behinderten- und Rehabilitationssport sowie
1467 Special Olympics leisten einen wertvollen Beitrag zur Inklusion.

1468 CDU und SPD unterstützen zudem die wichtige Arbeit der oder des
1469 Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der
1470 kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. Die Arbeit der
1471 unabhängigen Monitoringstelle gibt wichtige Hinweise für bestehendes und neues
1472 Landesrecht.

1473 Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben in
1474 Rheinland-Pfalz weiter stärken. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung
1475 nehmen eine wichtige und vielfältige Rolle bei der Arbeitsmarktintegration wahr. Wir

1476 wollen Unternehmen dazu ermutigen, vom Budget für Arbeit mehr Gebrauch zu
1477 machen, und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt stärken. Wir streben an, die
1478 Zahl der Inklusionsbetriebe zu erhöhen. Zugleich werden die Integrationsfachdienste
1479 gestärkt, die insbesondere junge Menschen beim Übergang in das Berufsleben
1480 begleiten und unterstützen. Bei der Arbeitsmarktintegration nehmen wir unsere
1481 Vorbildfunktion sehr ernst. Wir behalten das Ziel einer Beschäftigungsquote von
1482 mindestens sechs Prozent von Menschen mit Behinderung für die Landesverwaltung
1483 bei und intensivieren unsere Bemühungen. Wir streben weitere „Budget für Arbeit“-
1484 Stellen im Landesdienst an.

1485 Das gesetzlich festgeschriebene Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit
1486 Behinderung ist unsere Richtschnur. Die Sicherung eines ungehinderten Zugangs zum
1487 Wohnungsmarkt werden wir zusammen mit den Trägern der Eingliederungshilfe bei
1488 der Bedarfsermittlung und der Gesamtplanung berücksichtigen.

1489

1490 **Gesundheit**

1491 Wir wollen die gute und verlässliche Gesundheitsversorgung im Land dauerhaft
1492 sichern. Im Mittelpunkt steht dabei der Anspruch, dass alle Menschen im Land gut und
1493 schnell medizinische Hilfe bekommen – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder im
1494 ländlichen Raum leben. Gute Versorgung darf keine Frage des Wohnorts, des Alters,
1495 des Geldbeutels oder der Mobilität sein. Dafür braucht es ein Gesundheitswesen, das
1496 nah an den Menschen ist, verlässlich funktioniert und den Anforderungen einer älter
1497 werdenden Gesellschaft gerecht wird. Dazu gehören starke medizinische Strukturen,
1498 ausreichend Personal und moderne Angebote. Nur so bleibt die
1499 Gesundheitsversorgung auch in Zukunft für alle erreichbar und zuverlässig.

1500

1501 ***Fachkräfte im Gesundheitsbereich sichern***

1502 Ein zentraler Punkt für eine auch in Zukunft verlässliche Gesundheitsversorgung ist
1503 die Sicherung der Fachkräfte im Gesundheitswesen. Gute Versorgung gibt es nur mit
1504 den Menschen, die sie Tag für Tag leisten. Wir werden wirksame Maßnahmen in den
1505 medizinischen, pharmazeutischen, pflegerischen und den sonstigen Heilberufen
1506 stärken und ausbauen. Wir wollen ungenutzte personelle Ressourcen im
1507 medizinischen Bereich besser nutzen. Dafür verbessern wir die Datenlage zu allen in
1508 Rheinland-Pfalz tätigen Ärztinnen und Ärzten, evaluieren das Maßnahmenpaket
1509 „Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung“ und entwickeln
1510 gemeinsam mit den relevanten landes- und berufspolitischen Akteuren ein Programm
1511 „Start, Stay, Comeback“ mit zielgerichteten Instrumenten zur Gewinnung von
1512 Ärztinnen und Ärzten. Ergänzend setzen wir gezielte Anreize zur (Wieder-)Aufnahme
1513 beruflicher Tätigkeiten, etwa durch Programme wie den Hebammenbonus. Zudem
1514 beschleunigen wir die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und wahren gleichzeitig
1515 die hohen Qualitätsstandards der deutschen Ausbildung. Dazu setzen wir verstärkt auf

1516 Digitalisierung und entwickeln bestehende Programme, wie das Erfolgsmodell
1517 Fallmanagement, weiter.

1518 Außerdem wollen wir gute und faire Arbeitsbedingungen, attraktive
1519 Ausbildungsmöglichkeiten sowie eine leistungsgerechte Vergütung in allen
1520 Heilberufen. Wir erwarten, dass den Menschen, die hier jeden Tag fleißig ihre Arbeit
1521 verrichten, respektvoll gegenübergetreten wird. Wir wollen Leiharbeit auf ein absolutes
1522 Minimum begrenzen.

1523 Wir sichern ausreichend Studien- und Ausbildungsplätze für medizinische und
1524 therapeutische Berufe. Außerdem bekennen wir uns zur Schulgeldfreiheit der
1525 Heilberufe. Die Pflege-Ausbildungsplätze bauen wir in Rheinland-Pfalz bedarfsgerecht
1526 aus und reduzieren die Ausbildungsabbrüche. Wer die dreijährige Ausbildung nicht
1527 schafft, soll die Möglichkeit haben, einen Abschluss als Assistenzkraft zu bekommen.
1528 Wir werden die Fachkräftekampagne „#WerPflegtBewegt“ auf alle Gesundheitsberufe
1529 (einschließlich Assistenzberufe) ausdehnen. Außerdem setzen wir auf die
1530 Kompetenzerweiterung der Pflegeberufe auf Bundesebene.

1531 Wir bauen zusätzliche Medizinstudienplätze signifikant für Rheinland-Pfalz aus. Unter
1532 Berücksichtigung der bereits vereinbarten zusätzlichen 50 Medizinstudienplätze am
1533 Medizincampus Koblenz sowie den bis zu 80 privaten Medizinstudienplätzen an der
1534 Medical School Kaiserslautern werden wir weitere Studienplätze durch einen Aus- und
1535 Aufbau von Satellitenstandorten im Land, Kooperationsprojekten und auch unter
1536 Zuhilfenahme europäischer Partner-Universitäten schaffen, um so das Ziel von
1537 zusätzlich 200 Studienplätzen zu erreichen.

1538 Wir sorgen auch für ausreichenden Fachkräftenachwuchs im pharmazeutischen
1539 Bereich. Der bereits geplante Neubau der Pharmazie an der Johannes-Gutenberg
1540 Universität Mainz und die Kapazitätserweiterung der Studienanfänger um mindestens
1541 50 Prozent (gemäß geplanter Approbationsordnung) wird schnellstmöglich umgesetzt
1542 und die dafür erforderlichen Ressourcen sichergestellt.

1543

1544 ***Guten Zugang zu Leistungen und mehr Zeit für die Menschen gewährleisten***

1545 CDU und SPD wollen eine Gesundheitsversorgung, zu der alle Bürgerinnen und
1546 Bürger den gleichen Zugang haben. Wer krank ist, soll schnell und unkompliziert die
1547 Behandlung bekommen, die er braucht. Dazu wollen wir eine Gesundheitsversorgung
1548 mit kurzen Wegen, klaren Strukturen und ergänzend digitale Angebote, die den
1549 Zugang erleichtern, ohne persönliche Versorgung zu ersetzen. Durch gezielte
1550 Patientensteuerung, Digitalisierung, multiprofessionelle Teams in Arztpraxen und
1551 konsequenten Bürokratieabbau wollen wir dem Ärztezeitmangel begegnen und mehr
1552 Zeit für die Menschen erreichen.

1553 Wir unterstützen ausdrücklich die zentrale Rolle der Hausarztpraxen bei der Steuerung
1554 der Inanspruchnahme fachärztlicher ambulanter Leistungen. Gemeinsam mit der
1555 Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir die Nummer 116117 zum zentralen

1556 Steuerungsinstrument ausbauen. So sollen Patientinnen und Patienten ganz zielgenau
1557 die beste Versorgung finden.

1558 Wir unterstützen gezielt Pilot- und Modellprojekte mit innovativen
1559 Versorgungskonzepten auch für den ländlichen Raum. Außerdem unterstützen wir
1560 Ärztenetze als regionale Zusammenschlüsse, um die Abstimmung bei komplexen
1561 Krankheitsbildern zu erleichtern und die medizinische Versorgungsqualität zu erhöhen.
1562 Darüber hinaus können sie als Betreibergesellschaft von Medizinischen
1563 Versorgungszentren fungieren. Dabei wollen wir kommunale Initiativen zur Ansiedlung
1564 von Ärztinnen und Ärzten stärker koordinieren. Durch praktische
1565 Handlungsempfehlungen stärken wir die Rolle kommunaler Träger beim Wunsch nach
1566 der Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren. CDU und SPD stellen die
1567 Patientenversorgung über wirtschaftliche Interessen. Wir sprechen uns gegen rein
1568 renditeorientierte fachfremde Finanzinvestoren im Gesundheits- und Pflegewesen aus
1569 und prüfen auch auf Bundesebene ein Verbot.

1570 Wir wollen mehr Zeit für die Menschen. Daher reduzieren wir Bürokratie in Praxen und
1571 Einrichtungen und stärken die Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe auf
1572 Augenhöhe. Außerdem erweitern wir Kompetenzen nicht-ärztlicher Heilberufe
1573 verantwortungsvoll, um durch klare Delegation und Kooperation Ärztinnen und Ärzte
1574 zu entlasten. Wir erkennen alle Heilmittelerbringer als gleichwertigen Teil der
1575 Versorgung an. Wir setzen dabei auf multiprofessionelle Teams, das Modellprojekt
1576 HÄPPI des Hausärzteverbandes ist dabei beispielgebend. Einen besonderen Fokus
1577 legen wir auf die Akzeptanz sowie den Kompetenzausbau bei digitalen Lösungen und
1578 eine dadurch zu erreichende Arbeitsentlastung der Fachkräfte.

1579 CDU und SPD halten an der persönlichen Begegnung als Grundlage der
1580 medizinischen Versorgung fest, wollen aber zugleich telemedizinische Angebote als
1581 ergänzendes Instrument ausbauen.

1582

1583 ***Vor-Ort-Apotheken stärken***

1584 Die Vor-Ort-Apotheken sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil einer
1585 flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Wir unterstützen daher die zeitnahe
1586 Erhöhung des Packungsfixumbetrags im Apothekenhonorar entsprechend der
1587 Bundeskoalitionsvereinbarung. Wir werden mit dem Programm „Generationswechsel
1588 Landapotheke“ Investitionen im Zuge von Apothekenübernahmen in
1589 strukturschwachen Regionen zeitlich begrenzt einmalig fördern.

1590

1591 ***Würdevolle Begleitung am Lebensende ermöglichen***

1592 Die lange tabuisierten Themen Sterben, Tod und Trauer betreffen jeden Menschen.
1593 Dass wir den Menschen heute ein Sterben in Würde ermöglichen, verdanken wir der
1594 Hospizbewegung, die sich mit großem ehrenamtlichen Engagement für das Entstehen
1595 einer palliativen und hospizlichen Kultur eingesetzt haben. Auch heute ist Hospizarbeit

1596 ohne das Ehrenamt nicht denkbar. Wir stärken die hospizliche und palliative
1597 Versorgung und unterstützen dabei besonders die Arbeit von Ehrenamtlichen. Wir
1598 setzen uns im Bereich der Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung für Kinder
1599 (Kinder-SAPV) für eine bundesländer-übergreifende Versorgungsmöglichkeit ein. Wir
1600 streben die Einrichtung einer Professur für Palliativmedizin an.

1601 Die Evaluation des Bestattungsgesetzes findet drei Jahre nach dem Inkrafttreten statt.

1602

1603 ***Psychotherapeutische Versorgung ausbauen***

1604 Wir wollen den Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung verbessern und die
1605 Wartezeiten für Therapieplätze spürbar verkürzen; dies gilt vor allem für schwere und
1606 akute Fälle sowie für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen. CDU und SPD
1607 fördern zudem frühzeitige Prävention und niedrigschwellige Hilfsangebote.

1608 Dabei fordern wir vom Bund eine verlässliche und angemessene finanzierte
1609 Weiterbildung nach dem Psychotherapiestudium und ausreichend
1610 Weiterbildungsplätze in allen Versorgungsbereichen.

1611

1612 ***Gesundheit durch Vorsorge stärken***

1613 Prävention und Gesundheitsförderung sollen stärker in den Mittelpunkt rücken. Es geht
1614 darum, Krankheiten möglichst zu vermeiden, früh zu erkennen und Menschen dabei
1615 zu unterstützen, gesund zu bleiben – im Alltag, in der Schule, im Beruf und im Alter.
1616 Gute Gesundheitsvorsorge wirkt sich auf das gesamte Leben aus, deshalb soll sie
1617 auch im Alltag präsent sein.

1618 Wir bekennen uns daher zu den Zielen der Präventionsgesetzgebung. CDU und SPD
1619 möchten die Primärprävention in allen Altersstufen und Lebenslagen stärken und
1620 bauen niedrigschwellige und aufsuchende Angebote aus, insbesondere auch in sozial
1621 benachteiligten Quartieren. Prävention sind auch zielführende Impfkampagnen und
1622 Programme für Bewegung, seelische Gesundheit, Programme gegen Einsamkeit und
1623 für gesunde Ernährung, auch über die Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Wir
1624 bauen die Prävention in der Pflege systematisch aus.

1625

1626 ***Nichtraucherschutz weiterentwickeln***

1627 Wir erkennen die erheblichen Gesundheitsgefahren durch Rauschmittelkonsum –
1628 insbesondere für Minderjährige – ausdrücklich an und stellen den Jugendschutz in den
1629 Mittelpunkt unserer Drogen- und Präventionspolitik. Wir novellieren das
1630 Nichtraucherschutzgesetz und nehmen auch E-Zigaretten, Vapes und Cannabis-
1631 Rauch-Produkte in den Geltungsbereich auf. Der räumliche Geltungsbereich wird auf
1632 Kinderspielplätze erweitert.

1633

1634 ***Gesundheitsforschung und zielgruppengerechte Versorgung stärken***

1635 Wir reduzieren den Gender-Health-Gap weiter und rücken frauenspezifische Medizin
1636 und Forschung in den Fokus. Wir verankern das Thema in medizinischer und
1637 pflegerischer Ausbildung. Dabei nehmen wir neben Gesundheit insbesondere die
1638 Bereiche Prävention, Forschung, Beratung und Aufklärung in den Blick, die die Vielfalt
1639 weiblicher Lebens- und Krankheitsrealitäten abbilden.

1640 Wir sichern die vertrauliche und anonyme Spurensicherung landesweit und verbessern
1641 die Zusammenarbeit von Medizin, Polizei und Beratung.

1642 CDU und SPD suchen den Dialog mit Krankenhäusern, um in allen Landesteilen eine
1643 Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten. Wir erhalten die
1644 Struktur zur Schwangerschaftskonfliktberatung.

1645 Wir wollen Paare mit unerfülltem Kinderwunsch stärker unterstützen und den Zugang
1646 zu reproduktionsmedizinischen Behandlungen weiter verbessern. Dazu werden wir die
1647 finanzielle Förderung um eine weitere Behandlung ausweiten.

1648 Wir erkennen den hohen Bedarf an Unterstützung für junge Menschen an. Wir setzen
1649 uns dafür ein, dass das medizinische, sozial-psychologische und kinder- und
1650 jugendpsychiatrische System nach den Bedarfen angepasst wird. Jugendliche mit
1651 somatischen Erkrankungen brauchen ein zeitnahes, altersadäquates Hilfs-, Reha- und
1652 Teilhabeangebot. Angebote für junge Pflege sollen ausgebaut werden. Organisationen
1653 und Verbände, die sich für chronische erkrankte und beeinträchtigte Kinder und
1654 Jugendliche einsetzen, werden unterstützt.

1655 Wir wollen die Versorgung von Menschen mit seltenen Erkrankungen sowie
1656 chronischen Krankheiten, wie zum Beispiel Rheuma, Diabetes, chronischen
1657 Schmerzen oder Long-Covid nachhaltig verbessern. Die Post-Covid-Ambulanzen
1658 leisten einen zentralen Beitrag zur Versorgung von Patientinnen und Patienten mit
1659 komplexen Long-Covid-Erkrankungen durch interdisziplinäre Diagnostik und
1660 koordinierte Behandlung. Diese Strukturen wollen wir weiter stärken und durch eine
1661 verlässliche sowie bedarfsgerechte Finanzierung ausbauen. Wir haben dabei auch
1662 ME/CFS im Blick.

1663 Eine flächendeckende geburtshilfliche Versorgung ist für uns von besonderer
1664 Bedeutung. Wir verbessern die Förderung von Hebammen-Kreißsälen und
1665 Hebammen-Zentralen und führen einen Hebammenbonus als einmaligen Zuschuss
1666 für die Aufnahme der Selbstständigkeit ein.

1667

1668 ***Organspende weiter fördern***

1669 Wir setzen uns für die Förderung der Organspende ein. Organspende bedeutet
1670 gelebte Solidarität und Mitmenschlichkeit: Jede einzelne Spende kann Leben retten.
1671 Dennoch warten in Deutschland weiterhin viele Menschen dringend auf ein passendes
1672 Organ. Deshalb befürworten wir die Einführung der Widerspruchslösung. Demnach gilt

1673 jede Person als potenzielle Organspenderin oder potenzieller Organspender, sofern
1674 sie oder er nicht ausdrücklich widerspricht.

1675 ***Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Pflege voranbringen***

1676 Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung für die medizinische Forschung und
1677 für Effizienzgewinne. Wir treiben außerdem die Digitalisierung im Gesundheitswesen
1678 und der Pflege konsequent voran. Dies geht nur mit einer Vernetzung von
1679 Versorgungseinrichtungen durch digitale Lösungen. Wir nutzen die verbesserte
1680 Datenverfügbarkeit zum systematischen Ausbau der Versorgungsforschung und
1681 Public Health Forschung in Rheinland-Pfalz. Klar ist dabei für uns: erfolgreiche
1682 Digitalisierung wird nur gelingen, wenn ausschließlich und für alle der gleiche gesetzte
1683 Standard der Europäischen Datenschutzgrundverordnung gilt. Wir gewährleisten so
1684 einen Schutz sensibler Gesundheitsdaten.

1685

1686 ***Resilienten Öffentlichen Gesundheitsdienst sichern***

1687 Versorgungssicherheit bedeutet auch Krisenfestigkeit. Ein modernes
1688 Gesundheitssystem muss so aufgestellt sein, dass es auch unter Belastung stabil
1689 bleibt – sei es durch Pandemien, regionale Engpässe oder strukturelle Veränderungen.

1690 Wir prüfen, welche Kompetenzen, die bisher auf verschiedene andere
1691 Landesbehörden verteilt sind, in einem Landesgesundheitsamt gebündelt werden
1692 können.

1693 Wir stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst unserer Kommunen nachhaltig und
1694 wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass dort Ausstattung, Personal und
1695 Arbeitsbedingungen verbessert werden.

1696

1697 ***Gesundheitswirtschaft ausbauen***

1698 Rheinland-Pfalz ist ein führender Standort für Gesundheitswirtschaft, Medizin- und
1699 Biotechnologie und Pharmaunternehmen, den wir durch gezieltes Zusammendenken
1700 von Innovation und Forschung weiterentwickeln wollen. Dafür wollen wir
1701 Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Gesundheitssektor nachhaltig sichern. Wir
1702 stärken den Transfer von Forschung in die praktische Anwendung und vernetzen dafür
1703 Wissenschaft, Wirtschaft und Versorgung systematisch.

1704

1705 ***Starke Krankenhäuser sichern***

1706 Rheinland-Pfalz hat eine leistungsstarke Krankenhausstruktur. Wir setzen die
1707 Krankenhausreform des Bundes konsequent um und haben dabei das ganze Land im
1708 Blick. Dabei sichern wir eine wohnortnahe Grundversorgung in Stadt und Land und
1709 bündeln Leistungen dort, wo Qualität und Spezialisierung erforderlich sind. Regional

1710 gefundene Lösungen, die diesem Anspruch genügen, werden in diesem Rahmen
1711 berücksichtigt. Wir sichern gleichzeitig Erreichbarkeit und schnelle Hilfe im Notfall.

1712 Klinikinfrastrukturen müssen modernisiert und krisenfest, nachhaltig und klimaresilient
1713 aufgebaut werden. Das Land kommt seiner Investitionspflicht durch eine Erhöhung der
1714 Investitionsquote im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung nach. Wir prüfen
1715 eine weitere Stärkung der pauschalen Investitionsmittel sowie eine Reduzierung der
1716 Eigenbeteiligung der Träger. Damit wollen wir eine Brücke bauen, bis zum Greifen der
1717 bundesweiten Krankenhausstrukturreform.

1718 Gleichzeitig wollen wir die Versorgung stärker als Ganzes betrachten. Für Patientinnen
1719 und Patienten ergibt es häufig keinen Unterschied, ob eine Behandlung ambulant oder
1720 stationär erfolgt – entscheidend ist, dass Wege gut funktionieren, Übergänge
1721 reibungslos sind und niemand im System verloren geht. In sektorenübergreifenden
1722 Regiokliniken bündeln wir daher wohnortnah stationäre und ambulante Angebote und
1723 schaffen Anlaufstellen für Alltagsnotfälle. Regiokliniken sollen auch Angebote der Tages-
1724 , Kurzzeit- und Übergangspflege vorsehen können. Dazu wollen wir Modellprojekte
1725 fördern.

1726 Bei einem Notfall zählt jede Minute: Wir wollen gemeinsame Leitstellen, eine bessere
1727 digitale Vernetzung von Rettungsdienst und Krankenhäusern sowie klare
1728 Zuständigkeiten bei den Notaufnahmen, um eine bessere Patientensteuerung zu
1729 erreichen (zum Beispiel virtuelles Ein-Tresen-Modell).

1730 Das Landeskrankenhaus ist ein bedeutsamer Akteur für die psychiatrische Versorgung
1731 im Land. Wir werden das Errichtungsgesetz neufassen und die Governance
1732 weiterentwickeln.

1733

1734 **Pflege**

1735 Unser Ziel ist es, Pflege stärker im Quartier zu verankern, etwa durch Förderung neuer
1736 Wohnformen, vernetzter Angebote und einer neuen integrierten Versorgung vor Ort.
1737 Hierbei sollen Modellprojekte auch für Demenz-Wohngemeinschaften und im Bereich
1738 der Pflege junger Menschen ermöglicht werden.

1739 Mit regional organisierter Quartierspflege stärken wir die Versorgung für
1740 Pflegebedürftige und machen den Pflegeberuf attraktiver. CDU und SPD unterstützen
1741 die Entwicklung ambulanter Pflegemodelle wie z. B. Pflegezeit-Modelle. Außerdem
1742 setzen wir uns dafür ein, dass weitere Berichtspflichten in der Pflege abgebaut werden,
1743 um auch in diesem wichtigen Bereich durch Bürokratieabbau mehr Zeit für die
1744 Menschen zu ermöglichen.

1745 Wir prüfen, wie wir die pflegerische Versorgung durch den Ausbau von Kurzzeitpflege,
1746 Tagespflege und Verhinderungspflege weiter verbessern können. Außerdem stärken
1747 wir pflegende Angehörige und sichern die ambulante und stationäre Versorgung. Dies
1748 schließt die junge Pflege, Kinderpflege, Intensivpflege und psychosoziale,

1749 aufsuchende Pflege ein. Wir wollen Vernetzungsmöglichkeiten von Young-Carern
1750 schaffen und für ihren Lebensalltag sensibilisieren.

1751 CDU und SPD vereinfachen die Möglichkeiten der Suche nach stationären
1752 Pflegeplätzen durch die Einführung eines digitalen Pflegeplatzfinders.

1753

1754 ***Zukunft der Landespflegekammer klären***

1755 Pflege braucht eine starke Stimme, die den tatsächlichen Willen der
1756 Pflegefachpersonen im Land vertritt. Wir werden die Diskussion um die
1757 Landespflegekammer aufgreifen und eine transparente, neutrale und
1758 diskriminierungsfreie Abstimmung zur Zukunft der Landespflegekammer auf den Weg
1759 bringen. Sollte in dieser Abstimmung eine Mehrheit gegen die Beibehaltung der
1760 Landespflegekammer votieren, werden wir das Heilberufsgesetz ändern, um so die
1761 Auflösung der Kammer zu vollziehen.

1762

1763 ***Pflegeinfrastruktur stärken***

1764 Alle Menschen sollen auch im Alter so lange wie möglich und so gut wie möglich in
1765 ihrem vertrauten Umfeld leben können. Wir wollen auf die sich verändernden
1766 Bedürfnisse reagieren und die daran ausgerichtete Pflegeinfrastruktur
1767 weiterentwickeln. Die Kommunen übernehmen eine Schlüsselrolle bei der
1768 Sicherstellung der pflegerischen Daseinsvorsorge. Wir werden sie bei der integrierten
1769 Sozialplanung weiter unterstützen. Dies umfasst Empfehlungen für das Verfahren der
1770 Pflegestrukturplanung und zur Weiterentwicklung der Angebotsstruktur genauso wie
1771 Vernetzungsangebote, bessere Planungsdaten und Hinweise zu
1772 Steuerungsmöglichkeiten. Den gesamten Sozialraum in den Blick zu nehmen, ist
1773 zentral für unsere Sozialpolitik, deren Ziel es ist, ein selbstbestimmtes Leben im Alter
1774 zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Kommunen, den Trägern der freien
1775 Wohlfahrtspflege und den vielen ehrenamtlich Tätigen wollen wir daran arbeiten. Sie
1776 alle leisten dafür einen zentralen Beitrag.

1777 Die Pflegestützpunkte sichern wir als wohnortnahe Beratungsstellen. Ihre Arbeit wird
1778 verlässlich abgesichert, insbesondere durch eine auskömmliche und planbare
1779 Finanzierung der Beratungs- und Koordinierungskräfte im Rahmen einer
1780 pauschalierten Betrachtung. Zugleich wird die aufsuchende Beratung weiter gestärkt.
1781 Die Anzahl der Fachkräfte GemeindeschwesterPlus werden wir verdoppeln und
1782 regional ausgewogen über das ganze Land verteilen, um noch mehr Menschen
1783 frühzeitig zu erreichen und individuell zu unterstützen.

1784 CDU und SPD entwickeln gemeinsam mit Kommunen, Pflegekassen und der Freien
1785 Wohlfahrtspflege die Altenhilfe sowie die Beratung im Vor- und Umfeld der Pflege
1786 bedarfsgerecht, digital, verlässlich und bürgernah weiter und erproben sozialräumliche
1787 Ansätze, bei denen Leistungen verschiedener Träger rechtskreisübergreifend aus
1788 einer Hand erbracht werden.

1789 Wir nehmen die Pflegebedürftigen und ihr soziales Umfeld in den Blick. Wir werden
1790 prüfen, welche Modellprojekte dazu beitragen können, pflegende Angehörige im Alltag
1791 wirksam zu entlasten. Pflegeeinrichtungen, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen
1792 sollen sich auch weiter auf Augenhöhe begegnen. Dafür leisten die Beratungs- und
1793 Prüfbehörde und die Ombudsstelle einen wichtigen Beitrag.

4. Unsere Verantwortung für starke Landwirtschaft und Weinbau und den Schutz von Natur, Umwelt und Klima

Rheinland-Pfalz ist ein Land, das in besonderer Weise von seiner Landschaft, seiner landwirtschaftlichen Prägung und der engen Verbindung zwischen Mensch und Natur lebt. Unsere Kulturlandschaften sind über Generationen hinweg entstanden, mit harter Arbeit, verantwortungsvoller Bewirtschaftung und einem tief verankerten Verständnis für Nachhaltigkeit und Naturschutz.

Diese Entwicklung ist untrennbar mit den Menschen und Akteuren verbunden, die unser Land prägen: mit unseren Landwirtinnen und Landwirten, den Winzerinnen und Winzern, den Forstbetrieben, den Landfrauen, der Landjugend, den Jägerinnen und Jägern sowie den zahlreichen Verbänden und Organisationen, die sich im Naturschutz und Umweltschutz engagieren, wie beispielsweise im NABU und BUND. Sie alle tragen auf ihre Weise Verantwortung für unsere Natur und unsere Heimat. Ihr Engagement, ihre Erfahrung und ihre Perspektiven sind unverzichtbar für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes.

Diese gewachsene Verbindung ist zugleich Auftrag für die Zukunft. Wir wollen bewahren, was unser Land stark macht, und gleichzeitig die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch kommende Generationen in einem ökologisch intakten, wirtschaftlich erfolgreichen und lebenswerten Rheinland-Pfalz leben können.

Unser gemeinsamer Ansatz ist dabei klar: Wir verbinden Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebensmittelsicherheit mit wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Verantwortung und regionaler Wertschöpfung. Dabei setzen wir auf Kooperation und Verlässlichkeit.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist weit mehr als ein Wirtschaftszweig. Sie sichert unsere Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, prägt unsere Kulturlandschaften und lokalen Feste und trägt damit entscheidend zur Identität und Lebensqualität unseres Landes bei. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe wirtschaften verantwortungsvoll, denken in Generationen und haben ein ureigenes Interesse daran, Wasser, Boden und Natur als Grundlage ihrer Arbeit zu schützen.

Gerade in Zeiten globaler Krisen und zunehmender Unsicherheiten gewinnt die regionale Lebensmittelproduktion an Bedeutung. Versorgungssicherheit, Qualität und Herkunft werden für Verbraucherinnen und Verbraucher immer wichtiger. Gleichzeitig stehen unsere Betriebe unter einem erheblichen wirtschaftlichen Druck.

Ziel von CDU und SPD ist eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich tragfähig und ökologisch verantwortungsvoll ist. Dazu gehören auch faire Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sowie faire Erzeugerpreise. Regionale Produkte wollen wir stärker sichtbar machen.

1833 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund in den Verhandlungen mit der Europäischen
1834 Ebene eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der gemeinsamen
1835 Agrarpolitik (GAP) sowie der Entwicklung ländlicher Räume des Mehrjährigen
1836 Finanzrahmens (MFF) 2028-2034 sicherstellt. Dabei sollen ausreichend Mittel für
1837 Direktzahlungen und für Programme zur nachhaltigen Stärkung ländlicher Räume
1838 gesichert werden. Insbesondere ganzheitliche Ansätze wie LEADER gewährleisten
1839 langfristige Planungssicherheit. Gleichzeitig stärken wir die Zukunft unserer Betriebe
1840 konkret vor Ort: mit der Fortführung der Hofnachfolge, einer Niederlassungsprämie mit
1841 Investitions- und Absatzförderung sowie einer konsequenten Unterstützung von
1842 Junglandwirten und Jungwinzern.

1843 Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) sind tragende Säulen der
1844 Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz. Mit Aufgaben in Berufsbildung, Forschung, Beratung,
1845 Förderung, Ernährung und Bodenordnung sowie Leuchtturmprojekten stehen sie für
1846 Leistungsfähigkeit, Praxisnähe und Innovation, auch über das Land hinaus. Zudem
1847 unterstützen wir auch weiterhin die dezentrale landwirtschaftliche Ausbildung.

1848 Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit unserer Agrarverwaltung
1849 führen wir zunächst eine umfassende Aufgabenkritik mit dem Ziel durch, unter
1850 Beteiligung der betroffenen Akteure die Struktur zu verbessern sowie Doppelstrukturen
1851 abzubauen und moderner aufzustellen. Digitale Verfahren sollen zum Standard
1852 werden. Wir schaffen eine zentrale digitale Plattform für Anträge, Meldungen,
1853 Genehmigungen, Fachinformationen, Förderanträge und Dokumentationspflichten,
1854 mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen, damit mehr Zeit für die eigentliche Arbeit auf den
1855 Höfen bleibt. Darauf aufbauend entwickeln wir die Agrarverwaltung strukturell weiter –
1856 auf Basis des Bewährten, mit Zukunftsfokus und Präsenz in der Fläche. Die Einheit
1857 von Schule, Beratung, Forschung, Versuchswesen und ländlicher Entwicklung bleibt
1858 erhalten.

1859 Unser Ziel ist es, Rheinland-Pfalz zu einem starken Standort für digitale Landwirtschaft
1860 und Weinbau weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, dass die regionalen
1861 Fachzentren, Forschungseinrichtungen und Modellbetriebe noch enger kooperieren,
1862 damit neue Technologien schneller in den Betrieben ankommen. Mit Blick auf die
1863 nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels in der Landwirtschaft wollen wir die
1864 Entwicklung von klimaangepassten Pflanzensorten, innovativen Anbauverfahren oder
1865 Präzisionslandwirtschaft und -weinbau mit dem Einsatz von Drohnen und neuen
1866 Mitteln im Pflanzenschutz unterstützen. Schließlich hat Rheinland-Pfalz bei der
1867 Entwicklung von Pflanzenschutzmitteln eine besondere Stärke, die wir weiter
1868 ausbauen wollen.

1869 Innovation und Nachhaltigkeit in Land- und Forstwirtschaft machen
1870 Flurbereinigungsmaßnahmen und Investitionen in landwirtschaftliche Infrastruktur
1871 (Wirtschaftswege, Bewässerung, Frostberegnung etc.) erforderlich. Dabei werden wir
1872 die Verfahren gezielt beschleunigen, effizienter gestalten und damit eine spürbare
1873 Senkung der Kosten für die Beteiligten herbeiführen.

1874 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf regionale Wertschöpfung. Kurze Wege
 1875 zwischen Erzeugern und Verbrauchern stärken nicht nur die Wirtschaft vor Ort,
 1876 sondern auch das Vertrauen in die Qualität unserer heimischen Lebensmittel. Wir
 1877 unterstützen gezielt Absatzmärkte, Direktvermarktung und neue Vertriebswege. In
 1878 öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Behördenkantinen und Mensen sollen
 1879 regionale Produkte verstärkt eingesetzt werden.

1880 Die rheinland-pfälzische Vieh-, Milch- und Fleischwirtschaft ist ein wichtiger Baustein
 1881 des Lebensmittelangebots, der Wertschöpfungsketten und Nährstoffkreisläufe. Um
 1882 Transportzeiten für Schlachtvieh zu reduzieren, werden wir die Voraussetzungen für
 1883 mobile und regionale Schlachtungen prüfen. Die Leistungen der Weidetierhaltung für
 1884 den Erhalt von artenreichem Grünland und Landschaftspflege wollen wir gezielt
 1885 stärken. Im Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen werden wir zudem die Organisation
 1886 der Fleischschau sowie die dafür erhobenen Gebühren in den Blick nehmen. Unser
 1887 Ziel ist es, die Voraussetzungen für landeseinheitliche, transparente Gebühren zu
 1888 schaffen.

1889 Gleichzeitig steht Rheinland-Pfalz für eine große Vielfalt hochwertiger regionaler und
 1890 damit auch nachhaltiger Erzeugnisse – von Getreide, Obst und Gemüse bis hin zu
 1891 weiteren Sonderkulturen. Mit der Pfalz als dem größten Gemüsegarten Deutschlands
 1892 kommt unserem Land eine besondere Bedeutung für die Versorgung mit frischen,
 1893 regionalen Lebensmitteln zu. Diese Vielfalt heimischer Wertschöpfung können nur
 1894 durch verlässliche und ausgewogene Wettbewerbsbedingungen gesichert werden. Die
 1895 Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Landwirtinnen und Landwirte
 1896 aus dem gesamten Land ihre hochwertigen, regional erzeugten Produkte erfolgreich
 1897 am Markt platzieren können. Deshalb setzen wir uns für Änderungen im Kartellrecht
 1898 ein, um die Position der landwirtschaftlichen Erzeuger zu verbessern. Ein weiterer
 1899 wichtiger Baustein ist für uns die Förderung kurzer Lieferketten und der
 1900 Direktvermarktung. Regionale Vermarktungsstrukturen, Hofläden, Wochenmärkte
 1901 sowie digitale Angebote bieten Chancen, Erzeuger und Verbraucher näher
 1902 zusammenzubringen und zusätzliche Wertschöpfung im ländlichen Raum zu sichern.
 1903 Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher bewusste
 1904 Kaufentscheidungen treffen können.

1905 Die rasante Ausbreitung der Schilf-Glasflügelzikade als eine ernsthafte Bedrohung für
 1906 unsere heimische Landwirtschaft nehmen wir ernst. Deshalb werden wir uns bei der
 1907 EU und dem Bund für Fördermittel zur Schaffung eines Forschungsschwerpunkts bei
 1908 der Entwicklung praxistauglicher Bekämpfungsstrategien stark machen. Nur durch die
 1909 enge Zusammenarbeit von Forschung, Beratung und Praxis kann es gelingen, dieser
 1910 Gefahr entgegenzutreten.

1911 Die Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz erfordert eine Anpassung des
 1912 rheinland-pfälzischen Landesjagdgesetzes. Diese Änderungen werden wir unter
 1913 Einbindung der berechtigten Interessen der unmittelbar Betroffenen, insbesondere der
 1914 Jagdausübungsberechtigten und der Forst- und Landwirtschaft für einzelne
 1915 entscheidende und praxisrelevante Anpassungen nutzen. Die ausstehende
 1916 Landesjagdverordnung werden wir zeitnah erarbeiten und praxisgerecht ausgestalten.

1917 Wir wollen pädagogische Angebote zur Vermittlung verlorengegangenen Wissens und
1918 fehlender Erfahrungen aus der Landwirtschaft mit dem Landesprogramm „Lernort
1919 Bauernhof“ gemeinsam mit den Akteuren der Landwirtschaft unterstützen. Sie sind
1920 ideale Orte, um Kindern und Jugendlichen die Herkunft, Erzeugung und Verarbeitung
1921 von Lebensmitteln und einer tiergerechten Tierhaltung anschaulich zu vermitteln. Als
1922 außerschulische Lernorte geben sie frühzeitig ein realistisches Bild von moderner
1923 Landwirtschaft und vermitteln ein Verständnis für Natur, Umwelt und Ernährung.

1924

1925 **Weinbau**

1926 Der Weinbau ist ein Markenzeichen unseres Landes, sowohl wirtschaftlich, kulturell
1927 als auch touristisch. Rheinland-Pfalz steht wie kein anderes Bundesland für Qualität,
1928 Vielfalt und Tradition im Weinbau.

1929 Wir werden die Winzerinnen und Winzern gezielt stärken. Eine landesweite
1930 Marketingkampagne für Wein aus Rheinland-Pfalz und den Weintourismus soll neue
1931 Impulse setzen und bestehende Stärken besser sichtbar machen. Gleichzeitig
1932 ermöglichen wir in Zusammenarbeit mit den DLRs einen runden Tisch, der die Themen
1933 klimaangepassten Weinbau, ökologische Innovation, regionale Wertschöpfung,
1934 Weintourismus und neue Vermarktungsformen zielführend verbindet.

1935 Bürokratische Hürden werden wir abbauen. Den Erlass für Brauchtumsfahrten
1936 überprüfen wir. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für
1937 Nebenerwerbswinzerinnen und -winzer zum Betreiben einer Straußwirtschaft
1938 angepasst. Auch eine Verlängerung und Flexibilisierung der jährlichen
1939 Öffnungszeiträume im Gaststättenrecht prüfen wir.

1940 Wir wollen in Rheinland-Pfalz ein Landesprogramm zur Förderung der
1941 Rotationsbranche im Weinbau einführen. Dafür werden wir als Übergangslösung bis zur
1942 neuen GAP-Förderperiode Prämien in Höhe von 2.500 Euro pro Hektar und Jahr,
1943 begrenzt auf maximal drei Hektar je Betrieb, gewähren. Die Steil- und
1944 Steilstagenförderung werden wir verdoppeln und wir setzen uns für den Erhalt der
1945 Weinsektorenprogramme auf europäischer Ebene ein

1946 Gleichzeitig unterstützen wir den Wechsel zu klimaangepassten Alternativkulturen
1947 konzeptionell und im Rahmen bestehender Umstrukturierungsinstrumente.

1948

1949 **Forsten**

1950 Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland. Fast 43 Prozent unserer
1951 Landesfläche sind bewaldet. Unser Wald erfüllt vielfältige Funktionen und ist eine
1952 zentrale Ressource: Er ist Lebensraum einer artenreichen Flora und Fauna, er filtert
1953 unsere Luft, produziert Sauerstoff und bindet Kohlendioxid, er schützt vor
1954 Naturgefahren und reguliert den Wasserhaushalt, er dient unserer Erholung und ist

1955 Urlaubsziel, mit seiner Holzproduktion sichert er aber auch Einkommen und
1956 Arbeitsplätze.

1957 Gleichzeitig steht unser Wald durch den Klimawandel unter erheblichem Druck: Hitze,
1958 anhaltende Trockenperioden und Schädlingsbefall, insbesondere durch den
1959 Borkenkäfer, haben in den vergangenen Jahren zu massiven Schäden und
1960 großflächigen Waldverlusten geführt. Viele Bestände sind geschwächt, und die
1961 natürliche Regeneration wird zunehmend erschwert. Diese Entwicklung zeigt deutlich,
1962 wie wichtig aktives Waldmanagement durch forstliche Bewirtschaftung und gezielte
1963 Anpassungsmaßnahmen ist.

1964 Holzverwendung und Aufforstung sind unverzichtbar für die CO₂-Speicherung und die
1965 Transformation hin zum Klimaschutz. Wir werden den Umbau zu klimaresilienten
1966 Mischwäldern beschleunigen und den Wald stärker wirtschaftlich nutzen sowie den
1967 Holzbau weiterhin fördern. Die Waldentwicklungsziele werden wir wissenschaftlich
1968 prüfen und bei Bedarf neugestalten. Die stoffliche Nutzung von Holz, einschließlich der
1969 Bereitstellung von Nadelholz für die heimische Säge- und Bauindustrie, hat für uns
1970 Priorität. Restholz werden wir energetisch nutzen. Für Flurbereinigungsverfahren im
1971 Wald setzen wir uns ein.

1972 Zur Vorsorge vor Flächen- und Waldbränden werden regional geeinte und präventive
1973 Maßnahmen weiterentwickelt. Im Staatswald soll das Land dabei Vorbild sein. Mit
1974 starker Forschung wollen wir unsere Waldwirtschaft noch leistungsfähiger machen. Wir
1975 fördern die enge Kooperation aller Waldbesitzerinnen und -besitzer, der
1976 Forschungsanstalt für Waldökonomie und Forstwirtschaft, des Holzbau-Clusters
1977 Rheinland-Pfalz und des Klimabündnisses. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für
1978 Hauberggenossenschaften werden wir, mit dem Ziel der Modernisierung, prüfen.

1979 Das Gemeinschaftsforstamt erhalten wir, um Staats-, Kommunal- und Privatwald
1980 gemeinsam in den Blick zu nehmen. Wir setzen uns für eine Klarstellung ein, dass das
1981 Betreten des Waldes unabhängig von Ort und Anlass auf eigene Gefahr erfolgt.
1982 Gleichzeitig stärken wir den Landesbetrieb Forsten Rheinland-Pfalz und würdigen die
1983 Arbeit der Forstwirtinnen und Forstwirte sowie aller Beschäftigten im Wald
1984 ausdrücklich. Dafür schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen, investieren in gute
1985 Arbeitsbedingungen und unterstützen eine moderne sowie leistungsfähige
1986 Forstverwaltung. Die Zentralstelle der Forstverwaltung (ZdF) entwickeln wir weiter, um
1987 die Forstverwaltung Rheinland-Pfalz bei der digitalen Modernisierung ihrer
1988 Arbeitsprozesse zu begleiten und eine verlässliche Unterstützung für die praktische
1989 Arbeit in Forstämtern und Revieren zu gewährleisten.

1990

1991 **Natur- und Umweltschutz**

1992 Der Schutz unserer Natur und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind grundlegende
1993 Voraussetzungen für Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt
1994 unserer Heimat. Rheinland-Pfalz mit seinen vielen Wäldern und Kulturlandschaften

1995 steht für eine Umweltpolitik, die schützt, ohne zu blockieren, und zugleich so gestaltet,
1996 dass unsere heimische Land- und Forstwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt.

1997 Wir setzen uns für eine praxisgerechte und flexible Anwendung der
1998 Wiederherstellungsverordnung der Natur ein und fordern von der EU und dem Bund
1999 verlässliche Finanzierungsinstrumente.

2000 Unser Leitbild ist ein kooperativer Naturschutz, der Naturschutz und Landwirtschaft in
2001 Einklang bringt. Denn wir sind überzeugt: Dauerhaft erfolgreich kann Naturschutz nur
2002 gemeinsam mit den Menschen vor Ort sein. Deshalb stärken und entwickeln wir den
2003 „Schulterschluss Artenvielfalt“ gezielt weiter und geben regionalen Verbünden mehr
2004 Möglichkeit, Maßnahmen im Agrar-, Umwelt- und Klimaschutz eigenständig zu
2005 initiieren und umzusetzen. Das schafft Akzeptanz, erhöht die Wirksamkeit und stärkt
2006 die Verantwortung in den Regionen. Durch die gezielte Weiterentwicklung und eine
2007 bessere Organisation stärken wir den Natur- und Umweltschutz. Wir evaluieren die
2008 Naturschutzstationen und wollen sie schrittweise stärken. Ergänzend setzen wir auf
2009 innovative produktionsintegrierte Kompensation (PIK), die insbesondere kleineren
2010 Betrieben zusätzliche Einkommensperspektiven eröffnen kann. Dafür werden wir die
2011 Landeskompensationsverordnung entsprechend weiterentwickeln. Das
2012 Landesprogramm „Aktion Grün“ für aktiven Natur- und Artenschutz wird evaluiert. Ziel
2013 sind effizientere Umweltprogramme, die sich ergänzen und gemeinsam einen
2014 größeren Mehrwert schaffen. Ebenso setzen wir uns weiterhin für den Moorschutz
2015 sowie für die Fortführung des Bundesprogramms „Natürlicher Klimaschutz“ ein.

2016 Unsere Naturparke, der Nationalpark Hunsrück-Hochwald und das
2017 Biosphärenreservat Pfälzerwald sind herausragende Beispiele für die erfolgreiche
2018 Verbindung von Naturschutz, regionaler Tourismusentwicklung und Umweltbildung –
2019 wir werden sie weiterentwickeln. Der Nationalpark hat sich seit seiner Gründung zu
2020 einem Ort entwickelt, an dem sich unberührte Natur, Artenvielfalt und nachhaltige
2021 Entwicklung verbinden. Er ist Rückzugsraum für seltene Tier- und Pflanzenarten,
2022 Lernort für Umweltbildung und zugleich ein Impulsgeber für die wirtschaftliche
2023 Entwicklung der gesamten Region.

2024 Die Stiftung Natur und Umwelt wollen wir im Sinne eines modernen und kooperativen
2025 Naturschutzes weiterentwickeln und, wo notwendig, neu ausrichten. Dabei legen wir
2026 Wert auf eine ausgewogene und praxisnahe Beteiligung aller relevanten Akteure.
2027 Naturschutz, Landwirtschaft und Verwaltung arbeiten auf Augenhöhe zusammen. Als
2028 verlässliche Partner tragen sie gemeinsam Verantwortung für den Schutz und die
2029 nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

2030 Eine Aufgabenkritik im Bereich der Umweltverwaltung werden wir konsequent
2031 vornehmen. Unser Ziel ist eine moderne und leistungsfähige Umweltverwaltung, die
2032 Genehmigungsverfahren beschleunigt, klare Verantwortlichkeiten schafft,
2033 Investitionen erleichtert und zugleich hohe Umweltstandards wahrt. Dabei setzen wir
2034 ausdrücklich nicht auf den Aufbau neuer Strukturen, sondern die gezielte
2035 Weiterentwicklung und bessere Organisation der bestehenden Umweltverwaltung.
2036 Fachkompetenz, Vollzug, Digitalisierung und Steuerungsfähigkeit wollen wir enger

2037 verzahnen und effizienter zusammenführen. Durch die gezielte Bündelung von
2038 Aufgaben schaffen wir mehr Tempo, Klarheit und Verlässlichkeit. Das gilt zum Beispiel
2039 auch für die Zuständigkeiten bei Genehmigungen nach dem Bundes-
2040 Immissionsschutzgesetz. Aktivitäten im Bereich der Umweltverwaltung werden wir
2041 evaluieren und effizient bündeln. Hierbei setzen wir auf die langfristige
2042 Zusammenarbeit mit Landbewirtschaftern und regionalen Verbänden.

2043 Als Grundlage für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie
2044 verlässliche Entscheidungsgrundlagen für Wirtschaft, Kommunen und Naturschutz
2045 setzen wir stärker auf ein konsequent datenbasiertes Handeln. Dabei werden wir
2046 vorhandene wissenschaftlich basierte Datenbestände systematisch nutzen und
2047 zusammenführen. Ziel ist eine belastbare und einheitliche Datengrundlage zum
2048 Artenvorkommen, die Verfahren vereinfacht, Planungen beschleunigt und allen
2049 Beteiligten mehr Transparenz und Verlässlichkeit bietet.

2050 Wir wollen durch ein konsequentes Flächenrecycling neue Räume für Wohnen,
2051 Gewerbe, soziale Infrastruktur und kommunale Daseinsvorsorge schaffen. Dafür
2052 nutzen wir gezielt die Entwicklungspotenziale von Altlastenflächen, kontaminierten
2053 Konversionsflächen, ehemaligen Gewerbe- und Industriearealen sowie innerörtlichen
2054 Brachflächen und erschließen diese systematisch. Mit einer besseren Verzahnung
2055 ermöglichen wir eine nachhaltige Innenentwicklung und geben unseren Kommunen
2056 neue Perspektiven, ohne zusätzliche Flächen zu verbrauchen.

2057

2058 ***Tierschutz konsequent verbessern***

2059 CDU und SPD stehen für einen wirksamen Tierschutz und unterstützen die vielen
2060 ehrenamtlich engagierten Menschen, die sich dem Wohl der Tiere verpflichtet fühlen.
2061 In Rheinland-Pfalz hat der Tierschutz einen hohen Stellenwert und ist als Staatsziel in
2062 der Landesverfassung verankert. Tiere werden als Mitgeschöpfe geachtet. Diesem
2063 Anspruch folgend wird ein ausgewogener Ansatz verfolgt, der den Schutz wildlebender
2064 Tiere mit den berechtigten Interessen von Landwirtschaft, Weidetierhaltung und
2065 ländlichen Räumen in Einklang bringt. Der Tierschutzbeirat berät die Landesregierung
2066 in zentralen Fragen und bündelt dabei fachliche Expertise sowie ehrenamtliches
2067 Engagement. Seine Einbindung in relevante Entscheidungsprozesse wird auch künftig
2068 sichergestellt. Der Tierschutzbericht der Landesregierung dient weiterhin als wichtiges
2069 Instrument, um Fortschritte und Handlungsbedarfe transparent aufzuzeigen.
2070 Ergänzend werden vorbildliche Projekte und besonderes Engagement im Umgang mit
2071 Tieren auch künftig durch die Verleihung des Tierschutzpreises gewürdigt. Zudem
2072 werden wir die Unterstützung für unsere Tierheime weiter fortsetzen und unterstützen
2073 sie damit in ihrer wichtigen Arbeit bei der Aufnahme und Versorgung von Tieren. Auf
2074 Bundesebene unterstützen wir die Bemühungen um eine bundesweite
2075 Katzenschutzverordnung, um unkontrollierte Vermehrung einzudämmen und Tierleid
2076 wirksam zu verhindern. Unsere wissenschaftlich geführten Zoos unterstützen wir
2077 weiterhin im Sinne des Artenschutzes, der Umweltbildung und der internationalen

2078 Erhaltungszuchtprogramme. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz bedrohter
2079 Arten und zur Sensibilisierung für den verantwortungsvollen Umgang mit Tieren.

2080

2081 ***Artenschutz und Artenmanagement aktiv organisieren***

2082 Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine zentrale Aufgabe unserer Umweltpolitik
2083 und Voraussetzung für stabile Ökosysteme. Dabei gilt es, sowohl neu entstehende
2084 Herausforderungen, insbesondere durch invasive Arten, als auch bestehende
2085 Konflikte im Zusammenleben von Mensch und Tier mit klaren, rechtssicheren und
2086 praxisnahen Lösungen zu begegnen.

2087 Deshalb gehen wir regionale Herausforderungen im Artenschutz, insbesondere bei
2088 regional problematischen Arten wie zum Beispiel bei der Saatkrähe, dem Biber oder
2089 der Großen Drüsenameise sowie bei gelisteten invasiven Arten, wie zum Beispiel bei
2090 der Nutria oder der asiatischen Hornisse, aktiv an. Dazu gehört auch der Erlass von
2091 Allgemeinverfügungen. Zum Schutz von Weidetieren und der Akzeptanz vor Ort
2092 entwickeln wir einen Managementplan für den Umgang mit dem Wolf, der die
2093 bestehenden bundesrechtlichen Möglichkeiten konsequent ausschöpft. Dazu gehört
2094 auch ausdrücklich die rechtssichere Entnahme von Problemtieren.

2095 Unser Ziel ist ein ausgewogenes Artenschutzmanagement, das den Schutz der
2096 Biodiversität mit praktikablen Lösungen für die Menschen in den betroffenen Regionen
2097 verbindet. Die Jägerinnen und Jäger betrachten wir als zentrale Partner. Sie tragen
2098 Verantwortung für den Erhalt eines wertvollen Kulturgutes und leisten durch Hege,
2099 Pflege, Lebensraumgestaltung und Bestandsregungen wichtige Beiträge für den
2100 Natur- und Artenschutz.

2101

2102 ***Wasser nachhaltig managen***

2103 Wasser ist eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen. Trockenheit, Starkregen,
2104 Flächenbrände und vor allem Hochwasser lehren uns, dass wir aktives
2105 Wassermanagement betreiben, Gewässer steuern und mit Wasser bewusst umgehen
2106 müssen. Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen deutlich, dass wir Wasser als
2107 strategische Ressource für die Zukunft unseres Landes begreifen müssen.

2108 Wir fördern die Gründung und prüfen die Verbindlichkeit von Zweckverbänden zur
2109 Gewässerunterhaltung von der Quelle bis zur Mündung, damit Oberlieger eines
2110 Gewässersystems und Unterlieger gemeinsam ihr Wassermanagement betreiben. Wir
2111 werden den Zukunftsplan Wasser umsetzen und weiterentwickeln, den Hochwasser-
2112 und Starkregenschutz weiter ausbauen und die Aktion Blau Plus fortführen. Durch die
2113 stärkere Zurückhaltung und Steuerung von Regenwasser beugen wir – zusammen mit
2114 dem Hochwasserschutz und der Flutvorsorge – den Folgen von
2115 Extremwetterereignissen vor. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für eine
2116 Elementarschadenspflichtversicherung ein.

2117 Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden
2118 Trinkwasserversorgung hat für uns höchste Priorität und wird angesichts wachsender
2119 Herausforderungen weiter an Gewicht gewinnen. Die Verantwortung hierfür liegt
2120 maßgeblich bei den Kommunen, die wir in ihrer zentralen Rolle gezielt stärken und
2121 unterstützen. Das Land Rheinland-Pfalz begleitet die kommunalen Aufgabenträger
2122 verlässlich und partnerschaftlich und unterstützt sie im Rahmen bestehender
2123 Strukturen bei der Sicherung einer nachhaltigen und zukunftsfesten
2124 Wasserversorgung. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung der zahlreichen
2125 Kläranlagen im Land, auch im Hinblick auf den Gewässer- und Gesundheitsschutz.
2126 Der Schutz der Grundwasserressourcen sowie die weiterhin konsequente
2127 Überwachung von Schadstoffeinträgen sind für uns von sehr hoher Bedeutung. Zur
2128 Ausweisung von Wasserschutzgebieten verbessern wir landesweit die
2129 geohydrologische Datenbasis.

2130 Zur Klimaanpassung können landwirtschaftliche Bewässerungsverbände erforderlich
2131 sein. Wir werden entsprechende Bestrebungen unterstützen und ein Konzept für eine
2132 nachhaltige Nutzung von Oberflächen- und Grundwasser für landwirtschaftliche
2133 Beregnungszwecke erarbeiten. Die aus dem Wassercent im Bereich der
2134 landwirtschaftlichen Nutzung vereinnahmten Gelder sollen zweckgebunden für
2135 ressourcenschonende Bewässerungsprojekte, am Beispiel bestehender
2136 Beregnungsverbände, in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen.

2137 Bestehende Möglichkeiten, um die Bewirtschaftung von Flächen in Schutzgebieten zu
2138 unterstützen, wollen wir konsequent nutzen. Wir erkennen an, dass zusätzliche
2139 Auflagen in Schutzgebieten umfassend honoriert werden müssen, und setzen uns für
2140 eine einkommenswirksame Entschädigung ein. Dabei gilt für uns das
2141 Verursacherprinzip: Wenn zusätzliche Anforderungen entstehen, müssen die damit
2142 verbundenen Kosten von denjenigen getragen werden, die diese Auflagen
2143 veranlassen.

2144

2145 **Klimaschutz**

2146 Wir bekennen uns zu konsequentem Klimaschutz, der soziale Gerechtigkeit,
2147 wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und kommunale
2148 Handlungsfähigkeit miteinander vereint. Die Bewahrung der Schöpfung ist uns ein
2149 gemeinsamer Auftrag.

2150 Schon heute spüren wir die Auswirkungen des Klimawandels sehr deutlich und
2151 ergreifen Maßnahmen zur Klimawandelanpassung. Wir bekennen uns zu dem Ziel der
2152 Klimaneutralität und wollen einen weiteren starken Ausbau der Erneuerbaren
2153 Energien.

2154 Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, wollen wir neben dem weiteren Ausbau
2155 der Windkraft und Photovoltaik stärker als bisher auch die energetische Nutzung von
2156 Biomasse, Wasserkraft und Geothermie forcieren. Ein innovatives

2157 Kohlenstoffmanagement kann ergänzend für unvermeidbare Restemissionen für die
2158 energieintensive Industrie den Weg zur klimaneutralen Produktion ebnen.

2159 Wir verstehen Klimaschutz auch als Chance für Innovation, Wertschöpfung und bei
2160 der Schaffung von Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir gezielt
2161 Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, Speichertechnologien, Kreislaufwirtschaft
2162 sowie klimaneutrale Produktionsverfahren fördern und den Technologietransfer
2163 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken. Dabei setzen wir auf Lösungen und
2164 verlässliche Rahmenbedingungen, die Investitionen sowohl privater als auch
2165 öffentliche Investoren ermöglichen. Gleichzeitig gestalten wir die Transformation so,
2166 dass sie sozial ausgewogen ist und neue Perspektiven für Beschäftigung und
2167 Qualifizierung eröffnet.

2168 Wir werden die Voraussetzung schaffen, den Geltungsbereich der
2169 Naturparkverordnung Pfälzerwald auf bewaldete Flächen zu beschränken und so im
2170 nördlichen Teil des aktuellen Geltungsbereichs entlang der A6 die Genehmigung von
2171 Windkraftanlagen nicht mehr generell auszuschließen. Der Status als UNESCO-
2172 Biosphärenreservat darf dabei nicht gefährdet werden.

2173 Neben der Emissionsminderung werden wir die Anpassung an die Folgen des
2174 Klimawandels vorantreiben. Dazu gehören ein modernes Wassermanagement sowie
2175 konsequenter Hochwasser- und Hitzeschutz. Gemeinsam mit unseren Städten und
2176 Gemeinden wollen wir den Herausforderungen des Klimawandels begegnen. Wir
2177 setzen auch weiter auf die Förderung konkreter Projekte für den Klimaschutz und zur
2178 Klimawandelfolgenanpassung. Zur Unterstützung der Kommunen entwickeln wir den
2179 Kommunalen Klimapakt (KKP) weiter.

5. Unsere Verantwortung für ein sicheres Land, einen leistungsfähigen Rechtsstaat, moderne Infrastruktur, lebendige Kommunen sowie Bauen und Wohnen

Wir stehen für ein sicheres und lebenswertes Rheinland-Pfalz. Der Schutz von Bürgerinnen und Bürgern ist eine Kernaufgabe staatlichen Handelns und bildet die Grundlage für Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stehen für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine moderne, verlässliche Sicherheitsarchitektur. Eine gut ausgestattete Polizei, eine leistungsfähige Justiz sowie ein starker Brand- und Katastrophenschutz sorgen für Sicherheit und schnelle Hilfe im Alltag wie in Ausnahmesituationen. Kriminalität und Extremismus treten wir entschlossen entgegen – auch durch den gezielten Einsatz moderner Technologien

Starke Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens. Sie gestalten und schaffen Daseinsvorsorge und Lebensqualität vor Ort, ermöglichen Teilhabe und sind erste Ansprechpartner für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Ebenso leisten Sport und Ehrenamt einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt und zur Identität unseres Landes. Diese gelebte Verantwortung verdient Anerkennung und verlässlichen Rückhalt. Wir wollen diese tragenden Säulen unserer Gesellschaft weiter stärken und verlässlich unterstützen.

Innere Sicherheit

Polizei stärken und zukunftsfähig aufstellen

Eine leistungsfähige, gut ausgestattete und attraktive Polizei ist das Rückgrat unserer inneren Sicherheit. Wir streben eine Steigerung der Kopfzahl auf 10.500 Polizistinnen und Polizisten an. Die Nachwuchsgewinnung sichern wir durch eine jährliche Einstellung von bis zu 500 Polizeianwärterinnen und -anwärtern nachhaltig ab. Die Zahl der Studienplätze an der Hochschule der Polizei werden wir entsprechend anpassen und zugleich die Anerkennung externer Studienabschlüsse erleichtern. Zudem schaffen wir zusätzliche Stellen für Spezialistinnen und Spezialisten, insbesondere in den Bereichen Cybercrime, Digitale Forensik und IT.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wir durch flexible Arbeitszeitmodelle und einen verlässlichen Wechselschichtdienst verbessern sowie gesundes Arbeiten fördern. Zugleich entlasten wir den polizeilichen Vollzugsdienst von sachfremden Aufgaben.

Die Leistungen unserer Polizeibeamtinnen und -beamten verdienen besondere Anerkennung. Deshalb werden wir die Polizeizulage – wie auch die Feuerwehr- und die sogenannte „Gitterzulage“ – auf Bundesniveau anheben. Zudem prüfen wir, wie das Zulagenwesen insgesamt mit stärkeren Leistungsanreizen ausgestaltet werden kann.

2218 Auch der Kommunale Vollzugsdienst ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer
2219 Sicherheitsarchitektur und wird von uns gestärkt. Dazu professionalisieren wir
2220 gemeinsam mit den Kommunen die Ausbildung, zentralisieren und bündeln
2221 Beschaffungsprozesse und bauen die interkommunale Zusammenarbeit aus. So wird
2222 die Polizei spürbar entlastet.

2223 Den Frauenanteil in Führungspositionen bei der Polizei wollen wir gezielt erhöhen.
2224 Zudem stärken wir die Vielfalt in der Polizei und unterstützen hierbei auch die Arbeit
2225 der landesweiten Ansprechstelle LSBTI* zu queeren Themen.

2226 Fort- und Weiterbildungen bauen wir systematisch aus und verankern sie durch die
2227 Definition verbindlicher Anforderungen in einem Strategieprozess „Zukunftsvision
2228 Polizei 2040“. Den Direkteinstieg in die Kriminalpolizei erhalten wir aufrecht.

2229 Die Anwendungserweiterung von Bodycams, Tasern und elektronischen Fußfesseln
2230 überprüfen wir entsprechend dem Stand der Technik mit dem Ziel, ihre rechtssichere
2231 und praxistaugliche Nutzung auszubauen.

2232 Die Digitalisierung der Polizei treiben wir konsequent voran. Alle Dienststellen der
2233 rheinland-pfälzischen Polizei werden wir flächendeckend mit moderner und
2234 leistungsfähiger IT ausstatten und die Cybersicherheit der Dienststellen stärken. Die
2235 Onlinewache als niedrigschwellige digitale Anlaufstelle der Polizei für Bürgerinnen und
2236 Bürger entwickeln wir konsequent weiter. Wir bauen gezielt eigenes digitales Know-
2237 how auf, beispielsweise durch die Einrichtung einer Innovationswerkstatt, und treiben
2238 mit dem Projekt „Mobiles Arbeiten in der Polizei“ vernetztes und digitales Arbeiten
2239 voran.

2240 Wir nehmen den Zustand des Gebäudebestands der Polizei weiter in den Blick und
2241 wollen daher zielgerichtet Kapazitäten insbesondere im Bereich des Bauunterhalts für
2242 den sicherheitsrelevanten Liegenschaftsbereich der Polizei ausbauen. Hierzu setzen
2243 wir auf partnerschaftliche Vereinbarungen zwischen dem LBB und der
2244 Liegenschaftsverwaltung der Polizei.

2245 Die Umsetzung der automatisierten Datenanalyse wollen wir durch digitalsouveräne,
2246 bevorzugt nationale, Lösungen voranbringen. Dabei wollen wir auch den Abgleich
2247 rechtmäßig erhobener Daten zwischen Behörden ermöglichen. Den Rechtsrahmen für
2248 den Einsatz von Künstlicher Intelligenz wollen wir in Behörden mit Sicherheitsaufgaben
2249 erweitern. Darüber hinaus schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen, um den
2250 Einsatz von Videoschutzanlagen in Angsträumen oder an Orten mit auffälliger
2251 Kriminalität, auch unter Nutzung von KI, in Zusammenarbeit mit unseren Kommunen
2252 zu ermöglichen.

2253 Sicherheit im digitalen Raum ist für uns ein zentraler Bestandteil moderner Innenpolitik.
2254 Deshalb setzen wir uns für die rechtssichere Speicherung von IP-Adressen ein und
2255 unterstützen entsprechende Bundesinitiativen. Zudem schaffen wir die
2256 Voraussetzungen dafür, dass erhobene Mautdaten zur Bekämpfung schwerster
2257 Straftaten genutzt werden können. Die Früherkennung potenziell gefährlicher
2258 Personen werden wir gezielt ausbauen. Die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität

2259 bleibt auch weiterhin ein Schwerpunkt polizeilicher Arbeit, den wir unter anderem durch
2260 die Intensivierung der Vermögensabschöpfung weiter stärken wollen.

2261 Auch die Verkehrssicherheitsarbeit werden wir ausbauen. Dabei orientieren wir uns an
2262 der Leitstrategie „Vision Zero“, die das Ziel verfolgt, die Zahl der Verkehrstoten und
2263 Schwerverletzten langfristig auf null zu senken. Hierbei setzen wir auch verstärkt auf
2264 den Einsatz von Mono-Cams zur Ahndung verbotswidriger Handynutzung am Steuer.

2265 Der Schutz von Einsatzkräften vor Übergriffen hat für uns höchste Priorität und bleibt
2266 eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir werden daher mit aller Konsequenz und der
2267 gebotenen Härte gegen solche Straftaten vorgehen.

2268 Wir werden die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten überprüfen.

2269

2270 ***Für verlässlichen Brand- und Katastrophenschutz sorgen***

2271 Der Brand- und Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz wird in hohem Maße vom
2272 ehrenamtlichen Engagement einer Vielzahl von Menschen aus allen Teilen der
2273 Gesellschaft getragen. Dieses Engagement verdient unsere besondere Anerkennung
2274 und Unterstützung. Deshalb werden wir das Ehrenamt weiter stärken. Hierfür sind die
2275 Ergebnisse der Ehrenamtsstudie Feuerwehr eine wichtige Erkenntnisquelle. Den
2276 gemeinsamen Auswertungsprozess mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem
2277 Landesfeuerwehrverband setzen wir fort.

2278 Als sichtbares Zeichen der Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement im
2279 Brandschutz werden wir die Regelungen für Auszeichnungen und Ehrenzeichen in
2280 Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband grundsätzlich überarbeiten. Dazu
2281 gehört für uns die Einführung einer Ehrung für 50-jährige Mitgliedschaft genauso wie
2282 die Ergänzung der Ehrungen um eine Dankesprämie, für die das entsprechende
2283 Finanzvolumen vom Land zur Verfügung gestellt wird.

2284 Um die Nachwuchsgewinnung langfristig zu sichern, werden wir die Gründung von
2285 Bambini-Feuerwehren intensiv unterstützen. Zudem werden wir mit einer Förderung
2286 des Führerscheinerwerbs von Ehrenamtlichen in der Feuerwehr sowie bei den
2287 Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz dazu beitragen, junge Menschen dauerhaft
2288 an den von ihnen geleisteten Dienst zu binden. Darüber hinaus wollen wir verstärkt
2289 Frauen für die Feuerwehren gewinnen.

2290 Das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz entwickeln wir als hochmodernes
2291 Übungs- und Kompetenzzentrum weiter. Den geplanten Ausbau auf 300
2292 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten
2293 auf 50.000 Lehrgangsteilnehmendentage setzen wir konsequent fort. Zudem prüfen
2294 wir die dezentrale Ausbildung.

2295 Die Zulage für Beamtinnen und Beamte der Feuerwehr wollen wir gemeinsam mit der
2296 Polizeizulage erhöhen. Damit soll den besonderen Belastungen und Risiken
2297 Rechnung getragen werden.

2298 Ein leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz lebt von Schnelligkeit,
2299 koordinierter Zusammenarbeit und guter Abstimmung. Auf Landesebene werden wir
2300 regelmäßig behördenübergreifende Übungen durchführen und die bewährte
2301 Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen auf hohem Niveau fortführen.

2302 Beschaffungen werden wir erleichtern, beschleunigen und Kosten senken. Deshalb
2303 sorgen wir dafür, dass das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz künftig
2304 Sammelbestellungen durchführt und gebündelte Ausschreibungen sowie einheitliche
2305 Beschaffungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Entlastung der Kommunen
2306 ermöglicht. Auf rheinland-pfälzische Sondervorschriften für Feuerwehrfahrzeuge
2307 verzichten wir.

2308 Um die finanzielle Ausstattung der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz
2309 nachhaltig zu stärken, soll künftig ein höherer Teil der Einnahmen aus der
2310 Feuerschutzsteuer unmittelbar in Förderpauschalen für die Kommunen fließen, bei
2311 gleichzeitiger Sicherstellung der Ausbildung. Bei der pauschalierten Förderung
2312 berücksichtigen wir künftig auch Risikoklassen als weiteres Kriterium.

2313 Wir wollen die bedarfsgerechte und zukunftsfähige Entwicklung unserer Feuerwehren
2314 vor Ort unterstützen. Deshalb begleiten wir die Kommunen bei der Feuerwehrbedarfs-
2315 und Entwicklungsplanung eng durch das Landesamt für Brand- und
2316 Katastrophenschutz, um eine sachgerechte Umsetzung im Rahmen der jeweiligen
2317 Möglichkeiten sicherzustellen. Feuerwehrgerätehäuser sollen zudem verstärkt in
2318 Modulbauweise und auf Basis von Musterfeuerwehrhäusern gebaut und modernisiert
2319 werden.

2320 Ein wirksamer Bevölkerungsschutz erfordert eine leistungsfähige Warn- und
2321 Vorsorgeinfrastruktur. Das Sirennennetz werden wir weiter ausbauen, die
2322 Eigenvorsorge stärken und kritische Infrastrukturen bestmöglich absichern. Das
2323 Hochwassermelde- und -warnsystem übertragen wir auf das Landesamt für Brand-
2324 und Katastrophenschutz.

2325 Auch eine verlässliche luftgestützte Notfallversorgung ist wesentlicher Bestandteil der
2326 Daseinsvorsorge – insbesondere im ländlichen Raum, wo Wege häufig weit sind.
2327 Deshalb stellen wir die Versorgung mit Rettungshubschraubern auf Grundlage der
2328 Versorgungssicherheit und unter Berücksichtigung der Einsatzzahlen sicher und
2329 entwickeln sie bedarfsgerecht weiter.

2330

2331 ***Verfassung entschlossen schützen***

2332 Der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat für uns höchste
2333 Priorität. Deshalb stellen wir den Verfassungsschutz personell und sachlich
2334 leistungsfähig und zukunftsfest auf. Mit Spezialistinnen und Spezialisten sowie
2335 moderner Analysetechnik sorgen wir für eine effektive und zeitgemäße
2336 Aufgabenerfüllung. Zur Stärkung der Resilienz des Verfassungsschutzes soll die
2337 Leitung nicht mehr als politischer Beamter eingestuft werden. Ebenso prüfen wir die

2338 Weiterentwicklung bestehender Kompetenzen ergebnisoffen, um eine effektive Arbeit
2339 sicherzustellen. Wir werden die Organisation des rheinland-pfälzischen
2340 Verfassungsschutzes weiterentwickeln, dem im Sinne des Schutzes unserer
2341 Demokratie und mit Blick auf Verfassungsfeinde von rechts, links und aus dem
2342 religiösen Extremismus eine herausragende Bedeutung zukommt – dabei stellt der
2343 Rechtsextremismus gegenwärtig eine besonders große Gefahr dar. Um
2344 extremistischen Entwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken und Radikalisierung zu
2345 verhindern, werden wir die Präventionsarbeit gezielt ausbauen und nachhaltig stärken.

2346 Um die ressort- und behördenübergreifende Abstimmung zu stärken, richten wir einen
2347 Sicherheitsrat des Landes unter Beteiligung von Landesregierung,
2348 Sicherheitsbehörden, Zivilschutzorganisationen, kommunaler Spitzenverbände und
2349 Landeskommmando der Bundeswehr ein.

2350

2351 ***Sicherheit und Verteidigung stärken***

2352 Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sind zentrale Voraussetzungen für Frieden,
2353 Freiheit und Stabilität in unserem Land. Rheinland-Pfalz trägt dabei als verlässlicher
2354 Partner in der Mitte Europas besondere Verantwortung und bleibt auch künftig ein
2355 bedeutender Standort der Bundeswehr sowie ein zentraler Pfeiler für die
2356 Sicherheitsarchitektur Deutschlands und der NATO. Den Soldatinnen und Soldaten,
2357 die sich Tag für Tag in den Dienst unseres Landes stellen, gebühren großer Dank und
2358 Anerkennung. Mit seiner Infrastruktur, seiner Lage und der Verzahnung militärischer
2359 und ziviler Strukturen leistet unser Land einen wesentlichen Beitrag zur
2360 Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte. Die Bundeswehr
2361 genießt unsere vollumfängliche Unterstützung, auch bei der Reaktivierung von
2362 Liegenschaften und stillgelegten Kasernen – wie etwa in Kusel. Die Umsetzung des
2363 Operationsplans Deutschland begleiten und unterstützen wir aktiv, unter anderem
2364 durch die Stärkung logistischer Drehscheiben und resilienter Infrastruktur. Erweiterte
2365 Möglichkeiten der zivil-militärischen Zusammenarbeit wollen wir fördern, auch zur
2366 Stärkung des Zivilschutzes. Dabei werden wir auch weiterhin eng und vertrauensvoll
2367 mit dem Landeskommmando Rheinland-Pfalz der Bundeswehr als wichtigem Partner
2368 zusammenarbeiten.

2369 Wir stehen fest zur transatlantischen Partnerschaft. Die US-Stationierungstreitkräfte
2370 sind für unser Land von herausragender nicht nur sicherheitspolitischer, sondern auch
2371 wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Sie sind Ausdruck einer über
2372 Jahrzehnte gewachsenen engen Freundschaft und prägen die Regionen in
2373 besonderer Weise. Gemeinsam mit den Stationierungsgemeinden setzen wir uns für
2374 gute Standortbedingungen ein. Zugleich unterstützen wir die Atlantische Akademie in
2375 Kaiserslautern als zentrale Institution in diesem Bereich.

2376 **Rechtsstaat**

2377 Ein leistungsfähiger Rechtsstaat erfordert eine gut ausgestattete Justiz. Wir stellen
2378 eine verlässliche personelle Ausstattung bei Richterinnen und Richtern,
2379 Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ebenso wie im 2. und 3. Einstiegsamt auf
2380 Grundlage einer bedarfsgerechten Personalplanung sicher. Zudem entwickeln wir eine
2381 verbesserte Strategie zur Nachwuchsgewinnung und modernisieren die juristische
2382 Ausbildung, um sie stärker interdisziplinär und digital zu gestalten.

2383 Wir prüfen die Einrichtung weiterer Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie einer
2384 spezialisierten rechtsmedizinischen Begutachtungsstelle zur Unterstützung von
2385 Gerichten, Vollzug und Staatsanwaltschaften bei psychiatrischen Fragestellungen. Für
2386 Hass und Hetze ist in unserer Gesellschaft kein Platz. Deshalb sagen wir auch digitaler
2387 Gewalt den Kampf an.

2388 In der laufenden Wahlperiode werden wir uns mit einer möglichen Weiterentwicklung
2389 der Landesverfassung befassen. In diesem Zusammenhang wollen wir bestehende
2390 Regelungen im Lichte gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Entwicklungen
2391 daraufhin überprüfen, ob und inwieweit sich ein Bedarf für Anpassungen oder
2392 Ergänzungen ergibt.

2393 Auch die Ausbildung zum Gerichtsvollzieher wollen wir attraktiver gestalten. Zudem
2394 werden wir die Voraussetzungen schaffen, um Gerichtsvollziehern die eigenständige
2395 Nutzung polizeilicher Erkenntnisse zu ermöglichen.

2396 Wir stärken unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst und
2397 erhöhen die Attraktivität des Berufs insgesamt. Dazu gehört auch eine angemessene
2398 Vergütung, insbesondere für belastende Dienste. Analog zur Polizeizulage werden wir
2399 auch die sogenannte „Gitterzulage“ anheben.

2400 Der Schutz von Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeitern steht an oberster Stelle.
2401 Deshalb werden wir die Schutzausrüstung sowie die Ausbildung regelmäßig an
2402 aktuelle Anforderungen anpassen und weiterentwickeln.

2403 Eine moderne Justiz braucht moderne Dienststellen. Deshalb sorgen wir für eine
2404 zeitgemäße Ausstattung und schaffen die Voraussetzungen für effiziente und
2405 leistungsfähige Arbeitsabläufe. Bereits angestoßene Baumaßnahmen bei Gerichten
2406 und im Justizvollzug treiben wir konsequent voran.

2407 Die Digitalisierung der Justiz und den elektronischen Rechtsverkehr bauen wir aus.
2408 Durch den gezielten Ausbau moderner technischer Möglichkeiten beschleunigen wir
2409 Gerichtsverfahren und steigern die Effizienz unserer Justiz. Für entsprechende
2410 bundesrechtliche Initiativen werden wir uns aktiv einsetzen oder sie konstruktiv
2411 unterstützen. Die IT-Sicherheitsarchitektur unserer Justizbehörden stärken wir
2412 fortlaufend und passen sie kontinuierlich an neue Bedrohungslagen an.

2413 Um effektiv auf junge Straftäterinnen und -täter einzuwirken und kriminellen Karrieren
2414 frühzeitig entgegenzuwirken, bauen wir die Häuser des Jugendrechts gezielt aus und

2415 ergänzen sie durch moderne Präventionsangebote, zum Beispiel für
2416 kriminalitätsgefährdete Kinder und Jugendliche.

2417

2418 **Infrastruktur**

2419 Die Gestaltung moderner und leistungsfähiger Mobilität ist eine zentrale Aufgabe. Ziel
2420 ist es, eine zukunftsfähige und verlässliche Mobilität für alle Menschen und
2421 Unternehmen sicherzustellen, unabhängig davon, ob sie in urbanen oder ländlichen
2422 Räumen leben und arbeiten. Den notwendigen Wandel in Richtung klimafreundlicher
2423 Mobilität gestalten wir aktiv mit dem Ziel, Bezahlbarkeit, Verlässlichkeit und
2424 Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden.

2425 Im Mittelpunkt stehen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch
2426 der Pendlerinnen und Pendler, die auf funktionierende und verlässliche
2427 Verkehrsangebote angewiesen sind. Der Wandel der Mobilität erfordert passgenaue
2428 und attraktive Lösungen über alle Verkehrsträger hinweg. Dazu gehört ein intelligenter
2429 Mobilitätsmix aus öffentlichem Verkehr, On-Demand-Angeboten, Bürgerbus- und
2430 Rufbusangeboten sowie neuen Technologien wie autonomem und datengestütztem
2431 Verkehr, die sinnvoll miteinander verknüpft werden. Dabei bleibt das Auto, gerade in
2432 einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz, auch künftig ein wichtiger Bestandteil der
2433 Mobilität.

2434 Mobilität ist zugleich ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Für
2435 unsere Unternehmen ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur in allen Regionen
2436 ein wichtiger Standortfaktor, etwa bei Ansiedlungen und Investitionsentscheidungen.
2437 Deshalb soll sie konsequent modernisiert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.
2438 Intelligente Technologien und innovative Ansätze tragen dazu bei, die Mobilität weiter
2439 voranzubringen und neue Maßstäbe zu setzen.

2440 Verkehr und Mobilität sollen künftig stärker integriert gedacht, besser vernetzt und
2441 effizient gesteuert werden, um ein leistungsfähiges und zukunftsorientiertes
2442 Gesamtsystem zu schaffen.

2443 Die Sanierung von Straßen und Brücken hat höchste Priorität und folgt unseren
2444 mobilitätspolitischen Leitlinien. Wir werden die Kriterien für den Straßenausbau
2445 anpassen, um insbesondere ländliche Räume stärker zu berücksichtigen und setzen
2446 verstärkt auf frühzeitige Instandsetzung. Zudem werden wir die Kriterien der
2447 Einstufung von Landes- und Kreisstraßen prüfen. Die auf Rheinland-Pfalz entfallenden
2448 Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans begleiten wir konstruktiv.

2449 Wir stärken den Landesbetrieb Mobilität durch einen Ausbau der Planungskapazitäten
2450 und eine verstärkte Vorratsplanung sowie durch die kontinuierliche Modernisierung
2451 des Fuhrparks zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Betriebsdienst. Wo
2452 sinnvoll, werden private Leistungserbringer in den Planungs- und Umsetzungsprozess
2453 eingebunden.

2454 Verkehrslärm, insbesondere Flug-, Bahn- und Straßenlärm, belastet die Menschen im
2455 Land vielerorts. Wir setzen uns aktiv für eine Reduzierung des Lärms ein. Dazu
2456 definieren wir eine zuständige Stelle, die sämtliche Belange zum Thema Verkehrslärm
2457 bündelt und die zentrale Ansprechstelle für von Verkehrslärm Betroffene darstellt. Wir
2458 wollen die rechtssichere Einführung von Tempo 30 in Städten und Gemeinden
2459 erleichtern und so die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessern.

2460 Das Baustellenmanagement soll länderübergreifend besser koordiniert werden, um
2461 Verkehrsflüsse zu verbessern und Belastungen für Wirtschaft und Pendler zu
2462 reduzieren. Zudem setzen wir uns beim Bund dafür ein, das Angebot an LKW-
2463 Stellplätzen entlang von Autobahnen und Bundesstraßen auszubauen.

2464 Wir wollen den PKW-Führerschein für junge Menschen günstiger machen. Das Land
2465 übernimmt dazu die Verwaltungsgebühren für alle Erstanmelderinnen und
2466 Erstanmelder unter 25 Jahren aus Rheinland-Pfalz und unterstützt Initiativen des
2467 Bundes zur weiteren Reduzierung der Führerscheinkosten.

2468 Verkehrsübungsplätze leisten einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit. Daher
2469 soll ihre Einrichtung auf bereits versiegelten und stillgelegten Flächen erleichtert
2470 werden, um bestehende Flächen effizient zu nutzen.

2471 Rheinland-Pfalz braucht ein leistungsfähiges, verlässliches und gut vernetztes
2472 Schienennetz. Als Flächenland mit vielen ländlichen Räumen und gleichzeitig starken
2473 wirtschaftlichen Zentren ist die Bahn ein zentraler Baustein für Mobilität und
2474 wirtschaftliche Entwicklung. Unser Anspruch ist ein Schienennetz, das die Menschen
2475 im Alltag zuverlässig unterstützt und die Regionen besser miteinander verbindet. Dazu
2476 gehören ein attraktiver Takt, moderne und barrierefreie Bahnhöfe sowie schnelle und
2477 direkte Verbindungen zwischen den Oberzentren und in die ländlichen Räume. Ziel ist
2478 zudem eine stärkere Anbindung der rheinland-pfälzischen Oberzentren an den
2479 Fernverkehr, einschließlich einer verbesserten direkten Fernverkehrsverbindung für
2480 die Stadt und die Region Trier.

2481 Wir setzen im Schienenverkehr auch auf die Reaktivierung von Strecken und legen
2482 dabei den Fokus auf wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen, die auf Grundlage der
2483 Nutzen-Kosten-Untersuchung Vorrang haben, wobei ergänzend auch Aspekte im
2484 Sinne der Funktionsfähigkeit kritischer Infrastruktur berücksichtigt werden können. Der
2485 Bund ist hierbei in jedem Fall einzubinden.

2486 Die Elektrifizierung von Bahnstrecken wird dort vorangetrieben, wo sie wirtschaftlich
2487 sinnvoll ist. Ergänzend prüfen wir den Einsatz alternativer Antriebstechnologien wie
2488 batterieelektrische Lösungen.

2489 Bahnhöfe werden, wo geeignet, zu Mobilitätshubs weiterentwickelt, um den einfachen
2490 Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsträgern zu ermöglichen. Im Bahnverkehr
2491 hat die Sicherheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Reisenden oberste
2492 Priorität. Dazu wird eine zentrale Sicherheitsdatenbank auf Landesebene eingerichtet,
2493 in der alle Übergriffe auf Beschäftigte und sicherheitsrelevante Vorfälle verpflichtend
2494 erfasst werden. So entsteht ein transparentes Lagebild, das es ermöglicht, Betroffene

2495 besser zu unterstützen. Soweit möglich, werden wir die durchgängige
2496 Doppelbesetzung im SPNV ausweiten.

2497 Entlang der Schiene treiben wir den Aufbau digitaler Infrastrukturen voran, um vor
2498 allem Leistungsfähigkeit und Steuerung des Bahnverkehrs zu verbessern. Wir
2499 unterstützen die Bemühungen des Bundes, durch eine Verstärkung der digitalen
2500 Steuerungsmöglichkeiten im Schienenverkehr die Kapazität, Pünktlichkeit und
2501 Effizienz des Schienennetzes spürbar zu steigern. Die Lärmsanierung, insbesondere
2502 im Mittelrheintal, wird in enger Abstimmung mit der Deutschen Bahn und dem Bund
2503 fortgesetzt. Gleichzeitig setzen wir uns beim Bund für die Umsetzung einer
2504 Alternativstrecke für den Güterverkehr ein, um das Mittelrheintal nachhaltig zu
2505 entlasten.

2506 Das Nahverkehrsgesetz und der Landesnahverkehrsplan werden zeitnah evaluiert.
2507 Dabei sollen auch die bestehenden Finanzierungsstrukturen, Tarifmodelle sowie
2508 Marketingmaßnahmen überprüft und weiterentwickelt werden.

2509 Wir setzen uns beim Bund für eine verlässliche Finanzierung und den Ausbau der
2510 Wasserstraßen sowie für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Wir
2511 fordern den Bund auf, die Moselschleusen prioritär auszubauen und eine
2512 Resilienzstrategie aufzusetzen, um den reibungslosen Betrieb unserer
2513 Binnenschifffahrt zu gewährleisten. Zudem setzen wir uns beim Bund für eine zügige
2514 Umsetzung der Abladeoptimierung im Mittelrheintal ein, um die Leistungsfähigkeit und
2515 Zuverlässigkeit der Binnenschifffahrt weiter zu stärken.

2516 Unsere Häfen sind wichtige Knotenpunkte, die die Verkehre auf dem Wasser, der
2517 Schiene und der Straße miteinander verbinden. Unsere rheinland-pfälzischen
2518 Binnenhäfen ermöglichen einen effizienten Güterumschlag und spielen für die
2519 Wirtschaft eine Schlüsselrolle in der Logistik. Wir werden ihre Anbindung an andere
2520 Verkehrsträger weiter stärken und auch künftig in unsere Hafeninfrastruktur
2521 investieren. Gemeinsam mit dem Bund fördern wir Kaimauern und Landstromanlagen.

2522 Wir bekennen uns ausdrücklich zum Radverkehr und seiner zentralen Rolle für eine
2523 moderne, klimafreundliche und vernetzte Mobilität. Es ist ein besonders
2524 kostengünstiges, umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Verkehrsmittel und
2525 vor allem auf kurzen und mittleren Strecken für viele Menschen in Rheinland-Pfalz von
2526 zentraler Bedeutung für ihre Alltagsmobilität. Wir werden den Ausbau von
2527 Radinfrastruktur (Fahrradwege, Fahrradschnellwege, Stellplätze etc.) weiter
2528 entschlossen vorantreiben und bei Infrastrukturplanungen sicherstellen, dass auch die
2529 Bedürfnisse von Radfahrenden konsequent Berücksichtigung finden. Mit einem
2530 Radverkehrsgesetz schaffen wir dafür klare Zuständigkeiten und schnellere
2531 Genehmigungsverfahren.

2532 Der Flughafen Hahn ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Rheinland-Pfalz. Wir werden
2533 ihn beihilfekonform finanziell unterstützen, um seine langfristige Sicherung und
2534 Weiterentwicklung, auch mit Blick auf seine Bedeutung für die Resilienz der
2535 Infrastruktur sowie für Wirtschaft und Logistik, zu gewährleisten.

2536 **Kommunen**

2537 Unsere Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens und der Ort, an dem
2538 staatliches Handeln für die Bürgerinnen und Bürger konkret und unmittelbar erfahrbar
2539 wird. Deshalb setzen wir uns für starke, handlungsfähige Kommunen und eine
2540 verlässliche Finanzausstattung ein.

2541 Die zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden
2542 vereinbarte Studie zur Analyse struktureller Defizite sowie zur Entwicklung der Jugend-
2543 und Sozialhilfekosten werden wir fortführen.

2544 Zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger werden wir die Straßenausbaubeiträge
2545 schrittweise abschaffen.

2546 Wir werden die kommunalen Förderprogramme deutlich reduzieren, konsequent
2547 digitalisieren und vereinfachen. Damit verringern wir administrative Aufwände und
2548 setzen verstärkt auf pauschale Ansätze, ohne dabei das Fördervolumen zu reduzieren.

2549 Zudem schaffen wir eine Experimentierklausel für Kommunen, um ihnen in Einzelfällen
2550 Abweichungen von gesetzlichen Regelungen zu ermöglichen. Wir unterstützen die
2551 Kommunen bei der Digitalisierung und Vereinfachung ihrer Verwaltungsprozesse und
2552 treiben deren Umsetzung gezielt voran.

2553 Im Rahmen einer Kommission werden wir innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge
2554 erarbeiten, wie eine moderne öffentliche Aufgabenwahrnehmung auf Landes- und
2555 kommunaler Ebene gestaltet werden kann. Dabei werden wir die Aufgaben der
2556 öffentlichen Verwaltung einer kritischen Überprüfung unterziehen, mit dem Ziel,
2557 Doppelzuständigkeiten abzubauen, Aufgabenwahrnehmung qualitativ zu sichern und
2558 Bürokratie spürbar zu reduzieren. Die Kommunalen Spitzenverbände laden wir ein,
2559 aktiv an diesem Prozess mitzuwirken. Freiwillige Gebietsänderungswünsche und
2560 kommunale Zusammenschlüsse werden wir unterstützen und konstruktiv begleiten.
2561 Die interkommunale Zusammenarbeit werden wir weiter ausbauen, gezielt fördern und
2562 dauerhaft verstetigen.

2563 Für Nachwuchskräfte in der öffentlichen Verwaltung sichern wir auch künftig eine
2564 bestmögliche Aus- und Weiterbildung. Die Hochschule für öffentliche Verwaltung
2565 werden wir zukunftsfähig weiterentwickeln.

2566 Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ländlichen Raum zu stärken und Orte der
2567 Begegnung zu erhalten, werden wir ein Dorfkneipenprogramm auf den Weg bringen.

2568 Als Grundlage für eine vorausschauende, nachhaltige und an den Bedürfnissen der
2569 Regionen ausgerichtete Planung bringen wir ein Landesentwicklungsprogramm V auf
2570 den Weg. Zudem werden wir die Struktur der Planungsgemeinschaften zeitgemäß
2571 gestalten. Mit Blick auf eine nachhaltige Flächennutzung gilt für uns der Grundsatz
2572 „Innen- vor Außenentwicklung“ mit dem Ziel, Flächenverbrauch zu begrenzen.

2573 Bei der Städtebauförderung vollziehen wir den Ausbau der Bundesmittel von Seiten
2574 des Landes nach. Auch das Stadtdörfer-Programm wollen wir fortsetzen.

2575 CDU und SPD sehen im Bezirksverband Pfalz, seinen Einrichtungen sowie im
2576 Bezirkstag - dem Parlament der Pfalz - herausgehobene Institutionen der regionalen
2577 Mitbestimmung und der interkommunalen Zusammenarbeit. Der Bezirksverband Pfalz
2578 ist daher ein besonders wichtiger Partner für die Entwicklung der Pfalz, dessen
2579 Unterstützung wir fortführen werden.

2580 Unsere Landeshauptstadt Mainz ist nicht zuletzt dank bedeutender Innovationen im
2581 Bereich der Biotechnologie auch ein internationales Aushängeschild für unser
2582 Bundesland. Wir werden die Landeshauptstadt deshalb auch weiterhin bei ihrer
2583 Entwicklung besonders unterstützen.

2584

2585 ***Wiederaufbau im Ahrtal als Aufgabe von herausragender Bedeutung fortsetzen***

2586 Der Wiederaufbau nach der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal und im Norden
2587 des Landes im Jahr 2021 ist eine Aufgabe von herausragender Bedeutung und bleibt
2588 Ausdruck unserer solidarischen Verantwortung. Die Ereignisse haben sich in unser
2589 kollektives Gedächtnis eingebrannt und bewegen uns bis heute. Sie haben tiefe
2590 Spuren hinterlassen – bei den Menschen, die Angehörige verloren haben, deren
2591 Zuhause zerstört wurde oder deren Existenzgrundlage von einem Moment auf den
2592 anderen wegbrach. Zugleich hat sich in diesen Tagen, Wochen und Monaten gezeigt,
2593 wie stark der Zusammenhalt in unserem Land ist. Den vielen, oft ehrenamtlichen
2594 Helferinnen und Helfern aus ganz Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet sind wir zu
2595 großem Dank verpflichtet.

2596 Gemeinsam mit den betroffenen Kommunen treiben wir den Wiederaufbau weiterhin
2597 mit Nachdruck voran und unterstützen dabei, die Infrastruktur vor Ort zukunftsfest und
2598 resilient neu zu gestalten. Dabei behalten wir stets die Bedürfnisse der Menschen im
2599 Blick – von Hilfe bis hin zu langfristigen Perspektiven für Wohnen, Arbeiten und Leben
2600 im Ahrtal. Unser Ziel ist es, den Menschen im Ahrtal eine verlässliche Perspektive zu
2601 geben und die Region dauerhaft und nachhaltig zu stärken.

2602

2603 ***Beste Bedingungen für Ehrenamt und Sport sichern***

2604 Ehrenamtliches Engagement verdient verlässliche Unterstützung und praxistaugliche
2605 Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir den bürokratischen Aufwand für
2606 Sportvereine und Ehrenamtliche konsequent und spürbar reduzieren und Verfahren
2607 vereinfachen. Dazu gehören insbesondere vereinfachte und digitalisierte
2608 Förderverfahren – von der Antragstellung bis zum Verwendungsnachweis. Zugleich
2609 stärken wir die finanzielle Unterstützung für Trainerinnen und Trainer sowie
2610 Übungsleitungen. Die Ehrenamtskarte werden wir erhalten, weiterentwickeln und das
2611 Angebot attraktiver gestalten.

2612 Unsere Feste, Veranstaltungen und das vielfältige Vereinsleben sind Ausdruck von
2613 Gemeinschaft und Lebensfreude in Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir die

2614 bestehenden Regelungen für Veranstaltungen im Polizei- und
2615 Ordnungsbehördengesetz überprüfen und, soweit erforderlich, anpassen.

2616 Wir wollen für eine starke und zukunftsste Sportförderung in Rheinland-Pfalz sorgen.
2617 Deshalb werden wir die gesetzlichen Grundlagen modernisieren und dabei Verfahren
2618 beschleunigen und eine schnellere Umsetzung ermöglichen. Die bisherige
2619 Unterscheidung zwischen allgemeiner Sport- und Schulsportförderung werden wir im
2620 Interesse des Sports vereinheitlichen. Im Sinne eines Sport-Paktes werden wir zudem
2621 mehr Mittel für die Sportförderung zur Verfügung stellen.

2622 Ein leistungsfähiger Spitzensport braucht eine starke Nachwuchsförderung und
2623 verlässliche Strukturen. Wir stärken gezielt die Förderung von
2624 Nachwuchssportlerinnen und -sportlern und bauen die frühzeitige Talentsuche weiter
2625 aus. Den begonnenen Prozess zur Entwicklung einer Leistungssportstrategie setzen
2626 wir mit Nachdruck fort. Talente unterstützen wir gezielt auf ihrem Weg zu Olympischen
2627 und Paralympischen Spielen. Eine deutsche Bewerbung um Olympische und
2628 Paralympische Spiele unterstützen wir ausdrücklich.

2629 Eine moderne Sportinfrastruktur ist Voraussetzung für erfolgreiche
2630 Leistungsentwicklung und attraktive Trainingsbedingungen.

2631 Wir stärken den Spitzensport in Rheinland-Pfalz durch gezielte Investitionen in
2632 leistungsfähige Strukturen und moderne Trainingsbedingungen. Dazu treiben wir die
2633 Weiterentwicklung von Bundesstützpunkten und Landesleistungszentren voran und
2634 verbessern die Rahmenbedingungen für Athletinnen und Athleten sowie Trainerinnen
2635 und Trainer. Dabei wollen wir auch Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes
2636 nutzen.

2637 Aus dem Rheinland-Pfalz-Plan ergeben sich darüber hinaus weitere Möglichkeiten für
2638 die Kommunen zur Sanierung von Sportstätten. Bei anderen Bundesförderungen für
2639 den Sport setzen wir uns dafür ein, dass eine Kombination von Landes- und
2640 Bundesfördermitteln grundsätzlich ermöglicht wird.

2641 Die Landesinitiative „Land in Bewegung“ setzen wir in enger Zusammenarbeit mit den
2642 Sportbünden fort und entwickeln sie weiter, um Sport und Bewegung im Alltag der
2643 Menschen in Rheinland-Pfalz zu stärken.

2644 Wir unterstützen Prävention und Schutzkonzepte im Sport, insbesondere gegen
2645 sexualisierte Gewalt, und setzen uns für deren verbindliche Umsetzung ein.

2646

2647 ***Klare Regeln fürs Glücksspiel weiterentwickeln***

2648 Wir setzen auf ein zielgenaues Glücksspielrecht, das wirksamen Jugend- und
2649 Verbraucherschutz sicherstellt. Dabei setzen wir auf ein kontrolliertes, legales
2650 Spielangebot. Am Glücksspielstaatsvertrag halten wir fest und entwickeln das
2651 Landesglücksspielgesetz auf Grundlage des bestehenden Regelungsrahmens in
2652 Rheinland-Pfalz weiter.

2653 **Bauen und Wohnen**

2654 ***Zukunftsfähiges Bauen und bezahlbares Wohnen in Rheinland-Pfalz stärken***

2655 Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen Herausforderungen dieser Zeit und für die
2656 Lebensqualität sowie die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen von elementarer
2657 Bedeutung. Wir wollen, dass bezahlbares Wohnen für alle Menschen in Rheinland-
2658 Pfalz möglich ist – zur Miete oder im Eigentum, in städtischen Gebieten oder auf dem
2659 Land. Wir wollen die Mittel für die Soziale Wohnraumförderung bedarfsgerecht
2660 weiterentwickeln, Mieterinnen und Mieter schützen und setzen uns dafür ein, dass
2661 innovativ, schneller und kostengünstiger gebaut werden kann. Im Landesbau streben
2662 wir auch bei stark gestiegenen Anforderungen eine beschleunigte Umsetzung der
2663 Projekte und weiter eine Orientierung an Klima- und Nachhaltigkeitszielen an.

2664

2665 ***Soziale Wohnraumförderung bedarfsgerecht weiterentwickeln***

2666 Die Soziale Wohnraumförderung ist das Kernstück unserer Wohnungspolitik. Mit ihr
2667 sorgen wir dafür, dass mehr bezahlbarer Wohnraum in Rheinland-Pfalz geschaffen
2668 wird. Der hohen Nachfrage nach den Förderprogrammen wollen wir durch eine
2669 bedarfsgerechte Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumförderung unter
2670 Berücksichtigung der erhöhten Bundesmittel Rechnung tragen.

2671 Die Mietwohnungsförderung muss bedarfsgerechte Lösungen gerade für angespannte
2672 städtische Wohnungsmärkte bieten und stellt im ländlichen Raum eine wichtige
2673 Ergänzung des Wohnungsmarkts dar. Die Eigentumsförderung mit der zielgerichteten
2674 Investitionsförderung für Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen ist ein
2675 wichtiger Baustein der Wohnraumförderung.

2676 Das Programm Junges Wohnen wollen wir insbesondere in den stark nachgefragten
2677 Hochschul- und Ausbildungsstandorten nutzen, um gezielt das Angebot an
2678 bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu erweitern.

2679 Durch die Förderung des Erwerbs von Belegungsrechten halten wir Wohnungen im
2680 gebundenen und damit bezahlbaren Wohnungsbestand.

2681 Damit Wohnungsbaugesellschaften und private Investoren eine verlässlichere
2682 Planungsgrundlage haben, ist eine Beschleunigung der Verfahren bei der Förderbank
2683 durch Vereinfachung, verstärkte Digitalisierung der Prozesse und Abbau der
2684 temporären Überhänge durch befristeten Einsatz von Drittkräften notwendig. In diesem
2685 Zusammenhang werden wir auch die Bündelung von Fördermaßnahmen sowie die
2686 Umstellung auf pauschale Förderbeiträge prüfen.

2687 Wir stärken den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und fördern
2688 den Erwerb von Genossenschaftsanteilen sowie den Bau alternativer
2689 gemeinschaftlicher Wohnformen.

2690 Die Festlegung verbindlicher Sozialquoten durch die Kommunen unterstützt die
2691 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit geringen und mittleren
2692 Einkommen und für lebendige Quartiere.

2693

2694 ***Soziales Mietrecht: Bezahlbares Wohnen weiter stärken***

2695 Gerade in den Ballungsräumen ist Wohnraum knapp, und die gestiegenen Mieten
2696 stellen für viele Mieterinnen und Mieter eine schwer zu bewältigende Belastung dar.
2697 Wir nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente zum Schutz und zur
2698 Mobilisierung von Wohnraum. Die Mietpreisbegrenzungsverordnung und die
2699 Kappungsgrenzen-Verordnung führen wir im jeweiligen bundesrechtlichen Rahmen in
2700 den angespannten Wohnungsmärkten in unserem Land fort und stärken die
2701 Wohnsicherheit in diesen Gebieten zusätzlich durch eine
2702 Kündigungssperrfristverordnung (Verlängerung auf fünf Jahre).

2703

2704 ***Innovativ und kostengünstig bauen***

2705 Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen von Land, Kommunen, der
2706 regionalen Bau- und Wohnungswirtschaft, von Architektinnen und Architekten,
2707 Planerinnen und Planern, Sozial- und Mieterverbänden als gemeinschaftlich
2708 getragene Aufgabe wollen wir weiterführen und gemeinsame wohnungsbaupolitische
2709 Initiativen umsetzen.

2710 Wir wollen qualitativ hochwertiges Bauen und Planen auf dem Land und in der Stadt
2711 weiter stärken. Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen, besonders mit Holz aus
2712 unserem walddreichen Bundesland, wollen wir im privaten und im öffentlichen Bauen
2713 stärken.

2714 Wohnraumförderung, Städtebauförderung, Dorferneuerung und
2715 Sozialraumentwicklung müssen zusammengedacht werden, auch um die
2716 Innenentwicklung zu befördern.

2717 Rheinland-Pfalz ist das Land des Eigenheims. Fast nirgendwo in Deutschland ist der
2718 Anteil der Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum größer als hier. Private
2719 Vermieterinnen und Vermieter, insbesondere auch kleine Vermieter, spielen eine
2720 zentrale Rolle für die Wohnraumversorgung in unserem Land. Sie tragen wesentlich
2721 auch zur Vielfalt des Wohnungsangebots in unseren Kommunen bei.

2722 Mit dem Konzept „Aus Eins mach Zwei“ fördern wir gezielt die Beratung zur Aktivierung
2723 bestehender Ein- und Zweifamilienhäuser. Durch Umbau, Aufstockung und Teilung
2724 entstehen hier neue familiengerechte Wohneinheiten.

2725 Die Transformation des Wohnungsbestands ist aktiv voranzutreiben. Die Umnutzung
2726 von leerstehendem Bestand, etwa von Gewerbeimmobilien und sonstigen Gebäuden,
2727 bietet Potenzial für Wohnungen.

2728 Die Landesbauordnung wird im Zuge einer weiteren Anpassung an die
2729 Musterbauordnung neu gefasst. Maßgeblich ist für uns, konzentriert einfaches und
2730 innovatives Bauen zu ermöglichen.

2731 Mit dem Gebäudetyp E eröffnen wir im Bauordnungsrecht Möglichkeiten des kreativen
2732 und kostengünstigen Bauens und machen uns dafür stark, dass die zivilrechtliche
2733 Umsetzung auf Bundesebene diesem Konzept möglichst schnell zur breiteren
2734 Umsetzung verhilft.

2735 Die weitere Digitalisierung bauaufsichtlicher Verfahren wird vorangetrieben. Der
2736 digitale Bauantrag wird innerhalb eines Jahres flächendeckend eingeführt, der BIM-
2737 Bauantrag wird ermöglicht und pilotiert.

2738 Wir unterstützen den neuen Bau-Turbo, der zur Baulandaktivierung und zu einem
2739 schnelleren Baurecht beiträgt.

2740 Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des kommunalen Vorkaufsrechts auf
2741 Bundesebene als wichtiges Instrument der Stadtentwicklung ein. Wir wollen hierdurch
2742 die Kommunen bei der Sicherung der Bauleitplanung, Aktivierung von Flächen,
2743 Erhaltung der Sozialstrukturen und der Behebung von städtebaulichen Missständen
2744 unterstützen.

2745

2746 ***Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung für die Zukunft aufstellen***

2747 Die Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Liegenschafts-
2748 und Baubetreuung und des Amts für Bundesbau ist durch die veränderte
2749 sicherheitspolitische Lage und die anstehenden zusätzlichen Investitionsbedarfe bei
2750 Bundes- und Landesliegenschaften in besonderem Maße gefordert.

2751 Zur Aufgabenbewältigung ist vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen
2752 eine Optimierung der organisatorischen Strukturen und eine starke Straffung der
2753 Verfahrensabläufe zur Beschleunigung der Verfahren und zur Entlastung der
2754 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dringend notwendig.

2755 Wir führen den laufenden Reorganisationsprozess des Landesbetriebs Liegenschafts-
2756 und Baubetreuung fort und stärken insbesondere durch die Integration des Amts für
2757 Bundesbau in die Zentrale des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung die
2758 Dienst- und Fachaufsichtsstrukturen der Bauverwaltung.

2759 Durch einen flexiblen Einsatz verschiedener Vertrags- und Vergabeformen, wie die
2760 Generalunternehmer-Vergabe, möchten wir eine schnellere Umsetzung von
2761 Bauvorhaben erreichen. Bei geeigneten Vorhaben prüfen wir zudem das Potenzial
2762 einer Abwicklung als ÖPP-Projekt.

2763 Durch die sachgerechte Einschaltung von freiberuflichen Architektinnen und
2764 Architektinnen, Ingenieurinnen und Ingenieuren möchten wir Kapazitäten sichern und
2765 erweitern.

2766 Bauliche Beschleunigung streben wir bei geeigneten Vorhaben auch durch
2767 Standardisierung der Bedarfsanmeldungen und der Verwendung serieller und
2768 modularer Lösungen an.

2769 Im Bereich des Hochschulbaus stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Wir
2770 wollen vor allem die begonnenen Sanierungsmaßnahmenketten konsequent
2771 umsetzen und auch durch Maßnahmen des Sondervermögens verstärken. Dort, wo
2772 es sinnvoll und praktisch machbar ist, kann eine vorhabenbezogene Übertragung der
2773 Bauherrenschaft an einzelnen Hochschulen erfolgen.

2774

2775 ***Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie im Landesbau fortsetzen***

2776 Die Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir konsequent fortsetzen,
2777 insbesondere durch Umsetzung von Suffizienzvorgaben bei Flächen- und
2778 Raumbedarfen, Dekarbonisierung der Wärmeversorgung durch Umstellung der
2779 Heizungen auf erneuerbare Energien, weiteren Zubau von Solarenergieanlagen,
2780 verstärkt auch auf Fassaden und Freiflächen (mindestens 1 MWp pro Jahr), und
2781 Erhöhung der Sanierungsrate einschließlich der Erneuerung der energetischen
2782 Versorgungsstrukturen auf großen Liegenschaften.

2783 Unsere Energieversorgungsstrategie wollen wir weiterentwickeln und im Hinblick auf
2784 Klimaneutralität, den Vorbildcharakter der öffentlichen Hand und die Resilienz unserer
2785 Versorgungsstrukturen einen deutlich höheren Anteil an Eigenstromproduktion
2786 erreichen.

2787 **6. Unsere Verantwortung für eine zukunftsste Finanz- und**
2788 **Haushaltspolitik, entschlossene Staatsmodernisierung**
2789 **und Bürokratieabbau**

2790 **Finanzen und Haushalt**

2791 Das Umfeld für die öffentlichen Finanzen ist derzeit anspruchsvoll. Die konjunkturelle
2792 Erholung in Deutschland ist, auch wegen der Folgen des Kriegs in Nahost, Risiken
2793 ausgesetzt. Frühere Zuwächse bei den Steuereinnahmen des Landes werden
2794 absehbar nicht mehr zu erreichen sein. Wir stehen für eine verlässliche und
2795 verantwortungsvolle Gestaltung des Landeshaushalts. Wir werden in den künftigen
2796 Wohlstand des Landes investieren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und
2797 die kommunale Finanzausstattung in Rheinland-Pfalz stärken.

2798

2799 ***Verlässliche und verantwortungsvolle Haushaltspolitik gestalten***

2800 Verlässliche Haushaltspolitik erfordert verantwortungsvolle Vorausschau und muss
2801 Planbarkeit schaffen. Wir sehen in der Aufstellung von Doppelhaushalten dafür das
2802 geeignete Instrument. Für den kommenden Haushalt verständigen sich die
2803 Koalitionspartner auf das Verfahren des Doppelhaushalts 2027/2028 sowie einen
2804 Zeitplan für Aufstellung und voraussichtliche Verabschiedung.

2805 Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und verlässliche Haushaltspolitik, die die
2806 gesamten Rahmenbedingungen im Blick hat. Die bundesrechtlich eingeräumten
2807 Möglichkeiten der strukturellen Neuverschuldung werden bedarfsgerecht zur
2808 Finanzierung des Landeshaushalts genutzt.

2809 Eine umfassende Aufgabenkritik und Verwaltungsmodernisierung und -reformen
2810 können auch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Wir werden
2811 technische und organisatorische Innovationen nutzen, um die Qualität der Verwaltung
2812 zu verbessern und den Personalbedarf zu begrenzen.

2813 Für eine solide Haushaltspolitik sind ausreichende Rücklagen notwendig, da sie der
2814 Abfederung akuter Herausforderungen, der Absicherung von Risiken und der Reaktion
2815 auf unerwartete Schocks dienen.

2816 Alle im Koalitionsvertrag vereinbarten Punkte stehen unter Finanzierungsvorbehalt.
2817 Die einzelnen ausgabenwirksamen Festlegungen bedürfen einer Priorisierung. Die
2818 Wahrung fiskalischer Nachhaltigkeit setzt die konsequente Realisierung von
2819 Effizienzreserven und Einsparpotenzialen voraus.

2820 Wir werden die Investitionen des Landes steigern und in der Umsetzung
2821 beschleunigen, wozu das Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan“ einen Beitrag
2822 leistet. Die Investitionen im Landeshaushalt wollen wir zusätzlich zum
2823 Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan“ spürbar über die Inflationsrate hinaus

2824 erhöhen, um die nachhaltige Modernisierung und Sanierung der Infrastruktur des
2825 Landes voranzutreiben.

2826 Die im Sondervermögen vorgesehene Aufteilung für die Kommunen wird zur Stärkung
2827 der Investitionskraft der Kommunen beibehalten. Die Kommunen erhalten im Rahmen
2828 des „Rheinland-Pfalz-Plans“ verlässliche finanzielle Spielräume, um Investitionen
2829 eigenverantwortlich vor Ort zu priorisieren und umzusetzen.

2830

2831 ***Kommunalfinanzen stärken***

2832 Aufgabenkritik und Steigerung der Effizienz stellen wichtige Aufgaben für alle
2833 staatlichen Ebenen dar. Dies schließt den kommunalen Bereich ausdrücklich ein.

2834 Die aktuell durchgeführte Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs soll zügig zu
2835 einem Ergebnis geführt werden. Die gesetzliche Neuregelung soll mit Wirkung zum
2836 1. Januar 2028 umgesetzt werden. Im Rahmen der Evaluation nehmen wir auch die
2837 Kosten der Sozial- und Jugendhilfe in den Blick.

2838 Wir geben den Kommunen Planungssicherheit, mehr Spielräume und schaffen
2839 verlässliche Finanzen. Unser gemeinsames Ziel ist eine substanzielle Verbesserung
2840 der kommunalen Finanzen. Wir sehen bereits für das Haushaltsjahr 2027 eine
2841 deutliche Verbesserung vor.

2842 Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Bund einen substanziellen Beitrag zur
2843 dauerhaften Konsolidierung der kommunalen Finanzen leistet, ebenso wie bei der
2844 Lösung des Problems der kommunalen Liquiditätskredite.

2845 Das Land hat im Rahmen der „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in
2846 Rheinland-Pfalz“ bereits die Hälfte der kommunalen Liquiditätskredite übernommen.
2847 Die vom Bund derzeit geplante Unterstützung ist unzureichend. Rheinland-Pfalz wird
2848 den Bundesbeitrag vollständig an die Kommunen weitergeben und sich weiter für eine
2849 angemessene Beteiligung des Bundes an den kommunalen Altschulden einsetzen.

2850 Wir halten uns an das Konnexitätsprinzip und erwarten dies auch vom Bund.

2851

2852 ***Förderwesen modernisieren***

2853 Wir werden das Förderwesen des Landes grundlegend modernisieren, vereinfachen
2854 und beschleunigen. Ziel ist es, Förderverfahren effizienter zu gestalten, Bürokratie
2855 abzubauen und den Zugang zu Fördermitteln für Kommunen, Unternehmen und
2856 Einrichtungen deutlich zu erleichtern.

2857 Wir werden die Digitalisierung der Förderverfahren konsequent vorantreiben und
2858 schrittweise auf vollständig digitale Antrags- und Abwicklungsprozesse mit
2859 einheitlichen Standards umstellen.

2860 Wir wollen die bestehenden Förderprogramme des Landes überprüfen und, wo
2861 möglich, gebündelt zusammenführen.

2862 Die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur werden wir möglichst einfach und
2863 unbürokratisch gestalten und dafür sorgen, dass die Mittel zügig und spürbar vor Ort
2864 ankommen. Die im Sondervermögen vereinbarten vereinfachten und digitalen
2865 Verfahren werden ausgewertet und – wo sinnvoll – auf weitere Förderprogramme
2866 übertragen, etwa bei der fachlichen Prüfung. Darüber hinaus prüfen wir eine
2867 Erhöhung der Vergabegrenzen im Unterschwellenbereich.

2868

2869 ***Gerechte Steuerpolitik gestalten***

2870 Die arbeitende Mitte der Gesellschaft soll steuerlich entlastet werden. Wir sprechen
2871 uns deshalb für eine Senkung der Steuerbelastung für geringe und mittlere
2872 Einkommen aus. Länder und Kommunen sind für die entstehenden Ausfälle vollständig
2873 zu kompensieren.

2874 Die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und aggressiver
2875 Steuergestaltung ist Voraussetzung für Steuergerechtigkeit. Wir werden
2876 entsprechende Initiativen auf Bundesebene unterstützen.

2877 Wir streben an, den Datenaustausch und die Zusammenarbeit der Finanzverwaltung
2878 mit anderen Behörden zu verbessern, digitale Analyse- und Prüfmöglichkeiten
2879 auszubauen sowie die risikoorientierte Fallauswahl und Prüfungstätigkeit weiter zu
2880 entwickeln.

2881 Eine verlässliche Einnahmebasis ist unverzichtbare Grundlage für nachhaltige
2882 Finanzen und einen handlungsfähigen Staat. Im Falle steuerlicher Entlastungen durch
2883 Bundesgesetze stellt die vollständige Gegenfinanzierung von Steuerausfällen des
2884 Landes und seiner Kommunen für uns ein wesentliches Kriterium für eine
2885 verantwortungsvolle Steuerpolitik dar.

2886 Wir lehnen eine weitere Regionalisierung von Steuern ab.

2887 Wir bekennen uns zu den geltenden Regelungen des bundesstaatlichen
2888 Finanzausgleichs.

2889 Die Grundsteuerreform wird auf Bundesebene evaluiert. Das Land wird sich aktiv an
2890 dem Evaluierungsprozess beteiligen, insbesondere im Hinblick auf mögliche
2891 Belastungsverschiebungen. Wir werden im Lichte der Ergebnisse der Evaluierung
2892 rechtzeitig vor dem nächsten Hauptfeststellungszeitpunkt entscheiden, ob
2893 Handlungsbedarf für eine gesetzgeberische Initiative auf Landesebene besteht.

2894

2895 ***Steuerverwaltung zeitgemäß weiterentwickeln***

2896 Die Erfüllung staatlicher Aufgaben erfordert eine verlässliche und leistungsfähige
2897 Einnahmeverwaltung. Die Steuerverwaltung gewährleistet stabile Einnahmen, sorgt

2898 für Steuergerechtigkeit und die Akzeptanz des Steuersystems und bietet Bürgerinnen,
2899 Bürgern sowie Unternehmen einen verlässlichen Service. Sie trägt damit gleichzeitig
2900 zur Qualität von Rheinland-Pfalz als Wohn- und Wirtschaftsstandort bei.

2901 Die Digitalisierung der Steuerverwaltung und der Einsatz moderner Technologien
2902 werden konsequent ausgebaut. Die Landesregierung unterstützt das
2903 länderübergreifende Automationsprojekt KONSENS. Dazu gehören die
2904 Weiterentwicklung von ELSTER und die Einführung der MeinELSTER+-App. Auf
2905 Bundesebene setzen wir uns für weitere Schritte hin zur Einführung einer
2906 Amtsveranlagung ein, die Bürgerinnen und Bürger von der Pflicht zur Abgabe einer
2907 Steuererklärung entlastet.

2908 Durch die Stärkung von Ansprechpartnern für Vereine und Ehrenamtliche unterstützen
2909 wir das Ehrenamt.

2910 Frühzeitige Rechtssicherheit und zeitnahe Betriebsprüfungen sind für die
2911 Steuerpflichtigen wichtig und führen zu planbaren Steuereinnahmen. Unser Ziel ist die
2912 weitere Stärkung der zeitnahen Betriebsprüfung, insbesondere durch risikoorientierte
2913 Fallauswahl und Digitalisierung.

2914 Die Ausbildungszahlen an der Hochschule für Finanzen und Landesfinanzschule
2915 Rheinland-Pfalz in Edenkoben werden am anhaltend hohen Nachwuchs- und
2916 Fachkräftebedarf ausgerichtet und die Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht
2917 ausgebaut. Gleichzeitig steigern wir die Attraktivität der Ausbildung durch bessere
2918 Rahmenbedingungen, insbesondere durch eine moderne Lernumgebung, eine
2919 verlässliche Ausbildungsorganisation und eine enge Verzahnung zwischen Theorie
2920 und Praxis.

2921

2922 ***Attraktiven Öffentlichen Dienst gewährleisten***

2923 Das Land Rheinland-Pfalz versteht sich als moderner und attraktiver Arbeitgeber. Die
2924 Beamtinnen und Beamten und die Beschäftigten sind Garanten für einen
2925 handlungsfähigen und leistungsstarken Staat. Gute Arbeit bedeutet für uns
2926 angemessene Bezahlung, stabile Arbeitsbedingungen sowie planbare und flexible
2927 Arbeitszeiten, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachhaltig gewährleisten.

2928 Wir stärken die Bediensteten der Landesverwaltung durch gezielte Fort- und
2929 Weiterbildung, verlässliche berufliche Entwicklungsperspektiven und transparente
2930 Aufstiegsmöglichkeiten. Weitere Bestandteile eines modernen Arbeitsumfelds sind für
2931 uns die Förderung von Gleichstellung und Vielfalt sowie ein umfassendes betriebliches
2932 Gesundheitsmanagement.

2933 Wir unterstützen die Interessenvertretungen der Landesmitarbeiterinnen und -
2934 mitarbeiter auch weiterhin bei ihrer wertvollen Arbeit.

2935 Die digitale Transformation treiben wir entschlossen voran und gestalten sie praxisnah
2936 im Sinne unserer Bediensteten und der Bürgerinnen und Bürger.

2937 Die Bediensteten des Landes sollen an der Entwicklung der allgemeinen
2938 wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse teilhaben. Wir streben die zeitgleiche und
2939 systemgerechte Übertragung der Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder
2940 auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und
2941 Versorgungsempfänger an, ebenso wie insgesamt konkurrenzfähige und faire
2942 Rahmenbedingungen für alle Bereiche des öffentlichen Diensts.

2943

2944 Wir wollen das bestehende Beihilfesystem schrittweise um eine pauschale
2945 Beihilfөлösung, das heißt eine anteilige Erstattungsmöglichkeit der
2946 Krankenversicherungsbeiträge, ergänzen. Wir wollen mit denen beginnen, für die
2947 aufgrund ihres individuellen Gesundheitsrisikos die private Krankenversicherung eine
2948 besondere finanzielle Belastung darstellt.

2949 Es gibt auch im öffentlichen Dienst einen großen Bedarf an Fachkräften insbesondere
2950 in technischen und IT-Bereichen. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um qualifizierte
2951 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und an uns zu binden. Zur Stärkung der
2952 Personalgewinnung und -bindung gerade in besonders nachgefragten Bereichen
2953 wollen wir die bestehenden tariflichen Möglichkeiten noch stärker nutzen und innerhalb
2954 der Tarifgemeinschaft der Länder aktiv darauf hinwirken, dass Bereiche mit
2955 besonderen Bedarfen gezielt in den Blick genommen werden.

2956

2957 ***Beteiligungspolitik des Landes als wichtiges Instrument weiterentwickeln***

2958 Wir steuern unsere Beteiligungspolitik aktiv und setzen mit diesem Instrument wichtige
2959 landespolitische Interessen um.

2960 Wir wollen die Rolle der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz als zentrales
2961 Förderinstitut weiter stärken und ausbauen, um die rheinland-pfälzische Wirtschaft
2962 optimal zu unterstützen und unsere Wirtschafts-, Struktur- und Wohnungsbaupolitik im
2963 Lande erfolgreich voranbringen zu können. Mit einer Kombination von Zuschüssen,
2964 Darlehen, Bürgschaften, auch zur Begleitung der Transformation, und Beteiligungen
2965 wollen wir die rheinland-pfälzische Wirtschaft, den Wohnungsbau und die Kommunen
2966 gezielt unterstützen.

2967 **Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau**

2968 Wir wollen eine öffentliche Verwaltung, die gestaltet, ermöglicht und unterstützt und
2969 dabei Bürokratie abbaut. Dafür wollen wir nach einer umfassenden Aufgabenkritik
2970 Abläufe und Prozesse straffen und bündeln. Wir schaffen auch mit
2971 Verwaltungsmodernisierung und -reformen eine Verwaltungskultur des Vertrauens, der
2972 Effizienz und der Eigenverantwortung.

2973 CDU und SPD stehen für eine Modernisierung des Staates auf allen Ebenen und dafür,
2974 die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben zeitgemäß und im Interesse der Menschen zu
2975 organisieren. Ein leistungsfähiger Staat, der seine Aufgaben effizient, verlässlich und
2976 ohne überflüssige Bürokratie erfüllt, ist nicht nur eine grundlegende Voraussetzung für
2977 zukünftigen Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dauerhaftes Vertrauen
2978 der Bürgerinnen und Bürger in staatliches Handeln wird es gleichzeitig auch nur geben
2979 können, wenn sich der Staat gerade in herausfordernden Zeiten selbst als
2980 veränderungsfähig erweist. Staatliche Strukturen müssen aufgrund aktueller
2981 Herausforderungen immer wieder modernisiert werden. Dies macht kontinuierlich
2982 Anpassungen bei der Organisation staatlicher Verwaltung und bei der Erbringung
2983 staatlicher Leistungen erforderlich, die stets an einem Ziel auszurichten sind:
2984 Verwaltungsaufwand zu verringern und die Nachvollziehbarkeit und Effizienz im
2985 staatlichen Handeln sicherzustellen. CDU und SPD bekennen sich zu dieser Aufgabe
2986 und haben sich gemeinsam zu der dafür notwendigen Reformbereitschaft verpflichtet.

2987

2988 ***Umsetzung der Föderalen Modernisierungsagenda vorantreiben***

2989 Wir bekennen uns zu der von Bund und Ländern vereinbarten Föderalen
2990 Modernisierungsagenda. Mit der Föderalen Modernisierungsagenda haben sich Bund
2991 und Länder auf eine große Zahl an Maßnahmen verständigt, mit denen die staatliche
2992 Verwaltung und öffentliche Organisation in Deutschland grundlegend und übergreifend
2993 erneuert und verschlankt werden soll. Dadurch wird insbesondere für eine
2994 Reduzierung von Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten, eine
2995 Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine
2996 umfassende Digitalisierung von Verwaltungsleistungen sowie eine wirkungsorientierte,
2997 verständliche und praxistaugliche Rechtsetzung gesorgt. Wir werden uns im
2998 Verantwortungsbereich des Landes für die konsequente und zügige Umsetzung der
2999 Maßnahmen auf der Föderalen Modernisierungsagenda einsetzen.

3000

3001 ***Strukturen kritisch überprüfen***

3002 Die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz muss
3003 leistungsfähig und effizient sein, damit beide Ebenen ihre Stärken jeweils für sich und
3004 im Zusammenwirken bestmöglich zur Entfaltung bringen können. Wir werden in
3005 Rheinland-Pfalz zusammen mit den Kommunen eine Aufgabenkritik vornehmen,
3006 aufgrund der wir Verfahren, Standards und Zuständigkeiten überprüfen, vereinfachen

3007 und effizienter gestalten. Wir werden innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge
3008 erarbeiten, wie eine moderne öffentliche Aufgabenwahrnehmung auf Landes- und
3009 kommunaler Ebene gestaltet werden kann. Dabei werden wir die Aufgaben der
3010 öffentlichen Verwaltung einer kritischen Überprüfung unterziehen mit dem Ziel,
3011 Verwaltungsverfahren zu straffen, Doppelzuständigkeiten abzubauen und den
3012 Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

3013

3014 ***Bürokratieabbau***

3015 Wir setzen uns dafür ein, dass Berichtspflichten, Dokumentationsanforderungen und
3016 Verfahren gebündelt und verringert werden. Fachkompetenz, Vollzug, Digitalisierung
3017 und Steuerungsfähigkeit werden enger verzahnt. Durch die Bündelung von Aufgaben
3018 entstehen mehr Geschwindigkeit, Klarheit und Verlässlichkeit in der staatlichen
3019 Verwaltung. Zuständigkeiten werden klar geordnet.

3020 Wir werden systematisch prüfen und festlegen, in welchen Bereichen wir in den
3021 kommenden Jahren Genehmigungsfiktionen auf kommunaler und auf Landesebene
3022 ausweiten können, um – bei Wahrung hoher Standards – Verfahren zu beschleunigen
3023 und Verwaltungsaufwand deutlich zu reduzieren. Darüber hinaus schaffen wir eine
3024 Experimentierklausel für Kommunen, um ihnen Abweichungen von gesetzlichen
3025 Regelungen zu ermöglichen.

3026 Mit Blick auf staatliche Leistungen sollen Doppelstrukturen von Beratungen
3027 systematisch evaluiert und der Zugang für Bürgerinnen und Bürger vereinfacht
3028 werden. Parallelstrukturen in der Beratung und bei den Angeboten werden überprüft
3029 und zusammengeführt, um den Zugang niedrigschwellig zu gestalten.

3030 Unser Ziel ist eine spürbare Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und
3031 Verwaltung selbst von bürokratischen Lasten sowie eine bessere Organisation
3032 staatlicher Leistungen.

3033

3034 ***Verwaltung vollständig digitalisieren***

3035 Digitale Verfahren sind der Schlüssel zu einer effizienten und serviceorientierten
3036 staatlichen Verwaltung. Als Grundlage für beschleunigte Planungs- und
3037 Genehmigungsverfahren sowie mit Blick auf verlässliche Entscheidungsgrundlagen
3038 setzen wir stärker auf ein konsequent datenbasiertes Handeln. Vorhandene
3039 wissenschaftlich basierte Datenbestände werden systematisch genutzt und
3040 zusammengeführt. Auf diese Weise werden Verfahren vereinfacht, Planungen
3041 beschleunigt und mehr Transparenz und Verlässlichkeit geschaffen. Digitale Verfahren
3042 sollen überall zum Standard werden. Auch verwaltungsinterne Prozesse werden
3043 durchgehend digitalisiert.

3044 Unser Ziel ist eine spürbare Vereinfachung und Beschleunigung administrativer
3045 Prozesse.

3046 ***Förderwesen effizient gestalten***

3047 Das Förderwesen des Landes werden wir grundlegend modernisieren, vereinfachen
3048 und beschleunigen. Wir wollen schlanke, bürokratiearme und weitgehend
3049 standardisierte Förderverfahren umsetzen, die leicht zu digitalisieren sind. Wir werden
3050 bis zu einer festzulegenden Wertgrenze ein vereinfachtes
3051 Verwendungsnachweisverfahren einführen und damit Förderfälle mit einem niedrigen
3052 Finanzvolumen von bürokratischem Aufwand entlasten.

3053 Unser Ziel ist es, Förderverfahren effizienter zu gestalten, Bürokratie abzubauen und
3054 den Zugang zu Fördermitteln für Kommunen, Unternehmen und Einrichtungen damit
3055 spürbar zu erleichtern.

3056

3057 ***Rheinland-Pfalz-Plan zügig umsetzen***

3058 Um unsere Infrastruktur zügig zu modernisieren, braucht es eine erhebliche
3059 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen. Das
3060 Land Rheinland-Pfalz erhält aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes in
3061 den kommenden Jahren insgesamt rund 4,8 Milliarden Euro, von denen ein Anteil von
3062 60 Prozent den rheinland-pfälzischen Kommunen vom Land zur Verfügung gestellt
3063 wird. Das Land hat den Kommunen zusätzlich weitere 600 Millionen Euro über die
3064 Laufzeit von 12 Jahren aus Landesmitteln zugesagt. Insgesamt umfasst der
3065 Rheinland-Pfalz-Plan damit ein Investitionsvolumen von 5,4 Milliarden Euro. Die Mittel
3066 des Rheinland-Pfalz-Plans stehen für die Modernisierung und Sanierung der
3067 Infrastruktur von Land und Kommunen zur Verfügung. Die Investitionen sollen schnell
3068 realisiert werden und so konkrete Verbesserungen im Alltag der Bürgerinnen und
3069 Bürger bewirken. Wir wollen dafür sorgen, dass die Mittel zügig und spürbar vor Ort
3070 ankommen. Die Umsetzung des Rheinland-Pfalz-Plans werden wir deshalb möglichst
3071 einfach und unbürokratisch gestalten. Die im Sondervermögen vereinbarten
3072 vereinfachten und digitalen Verfahren werden ausgewertet und – wo sinnvoll – auf
3073 weitere Förderprogramme übertragen.

3074 **7. Unsere Verantwortung für Migration und Integration, für** 3075 **starke Familien, Frauen und Kinder**

3076 **Migration, Integration und Fachkräfteeinwanderung**

3077 Unser Land ist geprägt von Offenheit, Zusammenhalt und einem respektvollen
3078 Miteinander. Die Geschichte und der Wohlstand unseres Landes sind ohne die
3079 Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern nicht denkbar. Sie haben hier ihr
3080 Zuhause aufgebaut, sind Freunde und Arbeitskollegen und leben mit ihren Familien
3081 über Generationen hinweg in Rheinland-Pfalz. Diese Geschichte ist unsere Stärke, auf
3082 der wir weiter aufbauen.

3083 Auch heute entscheiden gelingende Integration und Willkommenskultur über unsere
3084 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen ein
3085 einwanderungsfreundliches Land bleiben und Integration ermöglichen. Zugleich
3086 stehen wir mit der Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Geflüchteten seit
3087 mehr als einem Jahrzehnt vor grundlegenden Herausforderungen.

3088 Wir stehen für eine Politik der Humanität und Ordnung. Migration und Integration
3089 gestalten wir in Rheinland-Pfalz verantwortungsvoll und mit klarem Kompass. Dazu
3090 gehört der Schutz für Verfolgte, dazu gehören aber auch klare Regeln für
3091 Asylverfahren und die konsequente Rückführung derjenigen, die kein Bleiberecht
3092 haben und zurückgeführt werden können oder die wegen schwerer Straftaten verurteilt
3093 worden sind. Diejenigen, die dauerhaft bleiben, unterstützen wir durch gezielte
3094 Integrationsmaßnahmen.

3095 Integration gelingt, wenn alle Seiten dazu beitragen. Die deutsche Sprache, ein
3096 sicherer Arbeitsplatz und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe auf der Basis der
3097 Werteordnung unseres Grundgesetzes sind der Schlüssel für ein gutes
3098 Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden.

3099

3100 ***Migration steuern***

3101 Die Strukturen des Landes für die Aufnahme von Geflüchteten stehen weiterhin vor
3102 vielfältigen Aufgaben. Die bislang in der ADD verankerten Strukturen zur
3103 Fluchtaufnahme bedürfen einer finanziellen, personellen und organisatorischen
3104 Neuausrichtung. Dazu prüfen wir die Einrichtung einer „Task Force Fluchtaufnahme“,
3105 unter anderem zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
3106 (GEAS).

3107 Die Kommunen tragen einen Großteil der Verantwortung bei der Aufnahme von
3108 Asylsuchenden. Das Land steht ihnen dabei als verlässlicher Partner zur Seite.
3109 Deshalb reformieren wir das Landesaufnahmegesetz, um die Unterstützung für die
3110 Kommunen neu zu regeln und so Planungssicherheit zu schaffen. Am Prinzip der
3111 fairen und dezentralen Verteilung auf die Kommunen halten wir grundsätzlich fest. Das

3112 Verteilverfahren von Geflüchteten auf die Kommunen wollen wir weiterentwickeln.
3113 Dazu sollen erprobte Potenziale einer digitalisierten Verteilung systematisch
3114 ausgeschöpft werden. Unser Ziel ist, dass zukünftig die Verteilung auf die Kommunen
3115 nur bei Vorliegen einer realistischen Bleibeperspektive erfolgt.

3116 Wir werden irreguläre Migration wirksam zurückdrängen und bestehende
3117 Vollzugsdefizite konsequent beseitigen. Bei Menschen ohne Bleibeperspektive und bei
3118 Ablehnung des Asylantrags setzen wir zunächst auf die freiwillige Ausreise und bieten
3119 dafür frühzeitig Beratung an. Wenn die Ausreise nicht freiwillig geschieht, muss die
3120 Ausreisepflicht staatlich durchgesetzt werden. Das gilt vor allem für rechtskräftig
3121 verurteilte Straftäter. Auch ausländische Gefährder werden wir konsequent
3122 überwachen und abschieben. Zum Schutz vor schwerstkriminellen können in
3123 bestimmten Einzelfällen auch Abschiebe- und Verwaltungshaft notwendig sein. Dafür
3124 müssen die bundesrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

3125 Für eine signifikante Steigerung erfolgreicher Rückführungen unter Vermeidung
3126 unnötiger Belastungen für die Betroffenen und zur Entlastung der Verwaltung wollen
3127 wir Rückführungen in einer zentralen Ausländerbehörde zusammenführen. Bei der
3128 Zentralisierung soll die staatliche Beratung zur freiwilligen Rückkehr einbezogen
3129 werden. Damit entlasten wir die Kommunen und machen die Verfahren rechtssicherer,
3130 effizienter und schneller. Unser Ziel ist es, auch in Zukunft die Dauer bis zur
3131 Entscheidung der Asylanträge und der Klärung des Aufenthaltsstatus so weit wie
3132 möglich zu verkürzen. Die Digitalisierung der Ausländerbehörden ist hierfür ein
3133 Schlüsselfaktor.

3134

3135 ***Integration fördern***

3136 Rheinland-Pfalz lebt auch von Einwanderung und ist geprägt von Menschen
3137 unterschiedlicher Herkunft. Viele Bürgerinnen und Bürger, die familiäre Wurzeln im
3138 Ausland haben, leben und arbeiten hier mit ihren Familien, und für sie ist Rheinland-
3139 Pfalz ihre Heimat. Eine große Zahl ehrenamtlicher Organisationen und Initiativen von
3140 Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärken mit ihrem Engagement den
3141 gesellschaftlichen Zusammenhalt.

3142 Integration darf und wird für uns keine Einbahnstraße sein: wir fördern Integration, aber
3143 wir fordern auch von den Migrantinnen und Migranten eigene
3144 Integrationsanstrengungen. Daher wollen wir im Rahmen von
3145 Integrationsvereinbarungen sowohl den Anspruch auf soziale und kulturelle Teilhabe
3146 sowie auf individuelle Selbstverwirklichung als auch die berechtigten
3147 Integrationserwartungen der Bevölkerung definieren. Alle geflüchteten Menschen mit
3148 Bleibeperspektive – dazu gehören für uns immer auch Menschen mit subsidiärem
3149 Schutz, die absehbar länger bei uns bleiben – bekommen ein Angebot für einen
3150 Integrationskurs. Integrations- und Orientierungskurse sollten vom ersten Tag an zum
3151 selbstverständlichen Pflichten katalog von Menschen zählen, die aus dem Ausland zu
3152 uns kommen.

3153 Von zentraler Bedeutung für das Gelingen von Integration ist die deutsche Sprache.
3154 Es muss daher für jede und jeden mit Bleibeperspektive möglichst ab dem ersten Tag
3155 ein Angebot zum Spracherwerb entlang der Bildungskette geben, welches den
3156 Erfordernissen der sozialen wie der beruflichen Integration gerecht wird. Wir
3157 unterstützen den Spracherwerb durch Orientierungshilfen und digitale Tools und
3158 wollen den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Landesliegenschaften für
3159 Ehrenamtliche erleichtern, die den Spracherwerb bei Geflüchteten fördern wollen.

3160 Zu den tragenden Säulen der Integrationsarbeit gehören die landesgeförderte
3161 Migrationsfachberatung in Ergänzung zur bundesgeförderten Migrationsberatung für
3162 erwachsene Zugewanderte und die landeseigene Sprachförderung für Erwachsene.
3163 Wir verstärken unser Angebot an Sprachkursen mit Kinderbetreuung insbesondere für
3164 Frauen und weitere Zielgruppen, die bisher nicht ausreichend erreicht werden konnten.
3165 Sprachmittlung ist für uns ebenfalls ein wichtiges Instrument der Integration. Wir wollen
3166 die vom Land aufgebauten Strukturen sichern und weiterentwickeln. Für Flüchtlinge,
3167 die dauerhaft hierbleiben, die erste wesentliche berufsbezogene Schritte gemacht
3168 haben und sozial integriert sind, wollen wir die Zugänge beziehungsweise die
3169 Möglichkeiten zur Arbeitsintegration verbessern. Für uns ist die Wahrnehmung
3170 beruflicher Aufgaben ein wirksamer Beitrag zur gesellschaftlichen Integration in
3171 unserem Land. Wir bieten auch Informations- und Unterstützungsangebote zum
3172 Erwerb von Schulabschlüssen, Berufsabschlüssen und bei der Nachqualifizierung.
3173 Zudem setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau der psychosozialen Zentren ein. Die
3174 ehrenamtliche Integrationsarbeit der Zivilgesellschaft, der Flüchtlingsinitiativen, der
3175 Kirchen, der Vereine, des Sports und der Kultur unterstützen wir nachhaltig.
3176 Integrationsbeiräte gehören für uns als etablierte Bestandteile zur Integration.

3177 Mit der Kooperationsstrategie zwischen Land und Kommunen unterstützen wir unsere
3178 Städte und Gemeinden gezielt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich der
3179 Integration. Wir wollen sie fortführen.

3180

3181 ***Fachkräfte gezielt ansprechen***

3182 Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Zuwanderung braucht. Sie ist ein wichtiger
3183 Bestandteil seiner Entwicklung. Viele zentrale Bereiche unseres gesellschaftlichen und
3184 wirtschaftlichen Lebens profitieren schon seit Generationen von und sind angewiesen
3185 auf Menschen, die aus anderen Ländern gerne hierherkommen. Sie leisten einen
3186 wichtigen Beitrag in Unternehmen, im Handwerk, in Wissenschaft und Forschung, in
3187 sozialen Berufen und in vielen weiteren Bereichen. Offenheit und gegenseitiger
3188 Respekt tragen dazu bei, dass Rheinland-Pfalz ein attraktiver Ort zum Leben und
3189 Arbeiten für alle bleibt. Menschen, die mit hoher Motivation und einer Qualifikation zu
3190 uns kommen, die wir hier dringend brauchen, stärken die Wettbewerbsfähigkeit
3191 unserer Wirtschaft. Wir wollen ihnen mit einer rheinland-pfälzischen
3192 Willkommenskultur begegnen.

3193 Um die Attraktivität unseres Landes für internationale Fachkräfte weiter zu erhöhen,
3194 muss die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte fortentwickelt werden. Im Bereich der

3195 Fachkräfteeinwanderung insbesondere aus Drittstaaten spielt die Anerkennung von im
3196 Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen eine wichtige, systemische
3197 Rolle. Wir werden hier die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung konsequent
3198 verstärken und die Anerkennungs- und Berufszulassungsverfahren deutlich
3199 beschleunigen. Wir prüfen außerdem die Schaffung von Verwaltungskapazitäten im
3200 Bereich der internationalen Fachkräfteeinwanderung, um so unser Land zu einer auch
3201 international geschätzten und gefragten Zuwanderungsregion von Fachkräften zu
3202 machen. Diese Aufgabe ist eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Regierung und
3203 bedarf einer zentralen Koordinierungsstelle.

3204 Die Integrationsangebote des Landes müssen stärker auf die Bedürfnisse
3205 angeworbener internationaler Fach- und Arbeitskräfte sowie ihrer Familien
3206 ausgerichtet werden, da entsprechende Angebote nachweislich entscheidend sind für
3207 eine langfristige Bindung an den Standort und damit an Rheinland-Pfalz.

3208

3209 **Frauen**

3210 ***Gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen***

3211 CDU und SPD stehen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen. Ziel ist eine
3212 Gesellschaft, in der Frauen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt sind und
3213 Mädchen sowie Frauen in Rheinland-Pfalz selbstbestimmt, frei und sicher leben sowie
3214 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können. Trotz erzielter Fortschritte
3215 besteht weiterhin Handlungsbedarf. Bestrebungen, erreichte Gleichstellung
3216 zurückzunehmen, werden wir entschieden entgegenreten. Gleichstellung ist ein
3217 unverzichtbarer Bestandteil guter Politik, moderner Verwaltung und einer lebendigen
3218 Demokratie. Vor diesem Hintergrund bildet die Verbesserung der Lebens- und
3219 Arbeitsverhältnisse von Frauen einen Schwerpunkt der Regierung.

3220 Wir setzen uns als CDU und SPD für eine aktive Gleichstellungspolitik ein, im Sinne
3221 von Equal-Pay und gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Es ist unser Ziel, den Anteil von
3222 Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Frauen sind darüber hinaus auch in
3223 Parlamenten unterrepräsentiert. Wir unterstützen das politische Ehrenamt, um dies zu
3224 ändern. Wir verstetigen die Programme (wie zum Beispiel Ada Lovelace), die Frauen
3225 in der Wissenschaft und Wirtschaft fördern, um auch hier den Anteil von Frauen zu
3226 erhöhen.

3227

3228 ***Frauen gezielt stärken***

3229 Frauenprojekte leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung von
3230 Chancengleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und zum Schutz vor Diskriminierung
3231 sowie geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie bieten ein breites Spektrum an Beratungs-
3232 Bildungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen. Auf diese Weise fördern sie nicht
3233 nur die individuelle Handlungsfähigkeit von Frauen, sondern leisten auch einen

3234 wichtigen Beitrag zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. CDU und SPD
3235 wollen diese Arbeit weiter unterstützen.

3236

3237 ***Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent bekämpfen***

3238 Frauen sind in unserer Gesellschaft in spezifischer Weise von Gewalt betroffen.
3239 Gewaltprävention ist eine Querschnittsaufgabe. Der Landesaktionsplan zur Istanbul-
3240 Konvention wird fortgeführt. Wir bekennen uns zu Gewaltschutz, rheinland-pfälzischen
3241 Interventionsstellen und Frauennotrufen sowie dem Netzwerk RIGG – das Rheinland-
3242 Pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen.

3243 Ein starker Rechtsstaat zeigt sich auch und besonders im Opferschutz. Deshalb
3244 werden wir die Opferhilfe weiter stärken. Dabei wollen wir insbesondere Betroffene von
3245 sexueller und häuslicher Gewalt besser schützen, Hilfsangebote stärken und die
3246 Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen weiter verbessern.

3247 Die Frauenhäuser bieten gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern Schutz,
3248 Beratung und eine sichere Unterkunft. Unseren Weg des kontinuierlichen Ausbaus
3249 dieser Struktur setzen wir im Sinne des im Gewalthilfegesetzes ab 2032 normierten
3250 Rechtsanspruches fort. Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Frauen soll
3251 erleichtert und Second-Stage-Projekte sollen gestärkt werden.

3252 CDU und SPD führen den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen konsequent
3253 fort. Betroffene sollen in ganz Rheinland-Pfalz schnell Schutz, Beratung und
3254 Unterstützung erhalten. Um Femizide wirksam zu verhindern, stärken wir das
3255 Hochrisikomanagement zur frühzeitigen Erkennung und Verringerung von Gefahren.
3256 In besonders schweren Fällen setzen wir auch elektronische Fußfesseln für Täter ein.
3257 Zudem verbessern wir die Datengrundlage und sorgen für eine einheitliche Definition
3258 geschlechtsspezifischer Tötungen, um gezielter handeln zu können.

3259 Digitale und häusliche Gewalt gegen Frauen verurteilen wir und wenden uns
3260 entschieden gegen Menschenhandel sowie Zwangsprostitution und gewährleisten
3261 weiter die wichtige Beratungsarbeit, die hier geleistet wird. Insbesondere Digitale
3262 Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem, das entsprechende
3263 Gegenmaßnahmen erfordert. Dabei unterstützen wir die Bundesregierung unter
3264 anderem bei ihrer Arbeit, die Erstellung und Verbreitung missbräuchlicher Deepfakes,
3265 insbesondere im Bereich sexualisierter Gewalt, wirksam zu bekämpfen und
3266 strafrechtlich zu erfassen.

3267

3268 ***Verbraucher wirksam schützen***

3269 Der Verbraucherschutz nimmt für uns eine wichtige Rolle ein. Verbraucherinnen und
3270 Verbraucher haben ein Recht auf kostenlose, verlässliche, glaubwürdige und
3271 verständliche Informationen, die ihnen im alltäglichen Konsumverhalten die
3272 notwendige Orientierung geben. Die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale

3273 Rheinland-Pfalz bleibt erhalten. Die Förderschwerpunkte der Verbraucherzentrale
3274 werden auf Aktualität und Doppelstrukturen mit anderen Beratungsangeboten
3275 überprüft. Dabei wollen wir, dass die flächendeckende und niedrigschwellige
3276 Erreichbarkeit weiter gewährleistet bleibt.

3277

3278 **Kinder und Familien**

3279 ***Kinder und Familie unterstützen***

3280 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Sie ist das
3281 Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und prägt unsere Werte über
3282 Generationen hinweg. Kinder sind unsere größten Schätze. Sie verdienen beste
3283 Chancen und eine verlässliche Perspektive. Es ist CDU und SPD ein besonderes
3284 Anliegen, Familien in all ihren Formen zu stärken und Rheinland-Pfalz zum
3285 kinderfreundlichsten Bundesland zu machen. Dazu gehören hochwertige Bildung von
3286 Anfang an, verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungsangebote, die die
3287 Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellen, und funktionierende Strukturen, die
3288 Unterstützung in allen Lebenslagen bieten. Im Zuge der Umsetzung des
3289 Ganztagsförderungsgesetzes werden auch Angebote der Ferienbetreuung landesweit
3290 weiter ausgebaut.

3291 Wir unterstützen die Vorhaben des Bundes für ein modernes Adoptions- und
3292 Abstammungsrecht und erkennen die speziellen Bedarfe von alleinerziehenden
3293 Müttern und Vätern an.

3294 Vorhandene Unterstützungsstrukturen werden in einem „Aktionsplan Familie“
3295 dokumentiert, evaluiert und weiterentwickelt. Best-practice Beispiele von gebündelten
3296 Angeboten werden auf Passgenauigkeit, effiziente Verwendung der Mittel und unter
3297 dem Gedanken der Prävention geprüft. Die Netzwerke zur Unterstützung von Kindern
3298 und Familien sollen von der Schwangerschaft an gestärkt werden. Dazu wollen wir die
3299 Zusammenarbeit aller Einrichtungen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe
3300 intensivieren.

3301

3302 ***Kinder wirksam schützen***

3303 Das Kindeswohl ist von zentraler Bedeutung. Wir werden eine Kinderschutzstrategie
3304 erarbeiten, unter der die bestehenden Maßnahmen, wie beispielsweise der Pakt gegen
3305 sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen, erfasst, gemeinsam ausgewertet
3306 und noch besser miteinander verknüpft werden. Ziel ist, abgestimmte neue Impulse für
3307 die Entwicklung des Kinderschutzes in Rheinland-Pfalz zu geben.

3308 Teil der Kinderschutzstrategie ist die Einrichtung eines Kinderschutz-
3309 Kompetenzzentrums als Anlaufstelle für die Belange des Kinderschutzes und zur
3310 Beratung der unterschiedlichsten Akteure in diesem Bereich. Gleichzeitig sollen die

3311 Forschung zum Kinderschutz weiter intensiviert und die gewonnenen Erkenntnisse
3312 umgesetzt werden.

3313 Das Netz der Kinder-Interventionsstellen bauen wir daher zu einem flächendeckenden
3314 Versorgungsnetz aus und schließen insbesondere Lücken, die noch bestehen. Wir
3315 vernetzen Kinderärzte, Pädiatrische Abteilungen an Krankenhäusern,
3316 Kinderschutzdienste und Sozialpädiatrische Zentren (SPZ).

3317 Kinder verdienen unseren besonderen Schutz. Um von körperlicher oder sexualisierter
3318 Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche besser zu schützen, stärken wir Childhood-
3319 Häuser und Kinderschutzdienste.

3320 Bereits eingeführte und verpflichtende Kinderschutzkonzepte werden konsequent
3321 weitergeführt. Alle Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten und Angebote vorhalten,
3322 müssen über solche Konzepte verfügen. Das Land stellt hierfür ergänzend Beratung
3323 und Unterstützung bei Fragen zur Umsetzung bereit. Wir prüfen die Bereiche, in denen
3324 Regelungen noch fehlen. Der Pakt gegen sexualisierte Gewalt muss weiter einem
3325 Monitoring unterzogen und umgesetzt werden. Das Landeskinderschutzgesetz
3326 werden wir novellieren.

3327

3328 ***Jugend fördern und begleiten***

3329 Junge Menschen in Rheinland-Pfalz bilden eine selbstbewusste, vielfältige und
3330 engagierte Generation, die mit eigenen Ideen, Mut und Tatkraft unsere Gesellschaft
3331 aktiv gestaltet und die ihre Zukunft eigenverantwortlich in die Hand nimmt.

3332 Ziel von CDU und SPD ist es, jungen Menschen in Rheinland-Pfalz gute
3333 Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Sie bringen Ideen und Sichtweisen ein, treiben
3334 gesellschaftlichen Wandel voran und leisten einen wichtigen Beitrag für den
3335 Zusammenhalt und die Bewältigung künftiger Herausforderungen. Deshalb sollen sich
3336 Kinder und Jugendliche mit ihren Interessen und Perspektiven in Politik und
3337 Gesellschaft wiederfinden, gehört werden und an Entscheidungen beteiligt sein.

3338 Junge Menschen haben das Recht, ihre Zukunft mitzugestalten. Rheinland-Pfalz soll
3339 ein Land bleiben, in dem junge Menschen Verantwortung übernehmen können, ihre
3340 Anliegen ernst genommen werden und sie aktiv an der Gestaltung unseres
3341 Zusammenlebens mitwirken.

3342

3343 ***Junge Menschen beteiligen***

3344 Beteiligungsformen von Kindern- und Jugendlichen wollen wir weiter unterstützen,
3345 damit demokratische Entscheidungswege kennengelernt werden. Mit dem
3346 Landesjugendbeirat, dem ersten seiner Art bundesweit, erhalten junge Menschen
3347 auch auf Landesebene eine starke und hörbare Stimme. Für die Teilhabe und die
3348 Übernahme von Verantwortung mit Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben
3349 bildet das Vereinsleben eine wichtige Grundlage. Die Jugendverbände sollen ebenso

3350 gestärkt werden. Jugend- und Auszubildendenvertretungen geben jungen
3351 Beschäftigten eine wichtige Stimme bei der aktiven Mitgestaltung an der Arbeitswelt
3352 von morgen.

3353 CDU und SPD halten fest, dass sie bei der Frage einer Absenkung des Wahlalters auf
3354 16 Jahre bei Kommunal- und Landtagswahlen unterschiedlicher Auffassung sind.

3355

3356 ***Rheinland-Pfalz als vielfältiges Land erhalten***

3357 Rheinland-Pfalz lebt von seiner Vielfalt in einer Kultur des Miteinander, die alle
3358 anspricht und einschließt. Für uns hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in
3359 Rheinland-Pfalz keinen Platz. Wir wenden uns gegen Extremismus,
3360 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus.

3361 Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, dass Menschen ungeachtet ihrer religiösen,
3362 kulturellen, sexuellen oder geschlechtlichen Identität überall frei und sicher leben
3363 können.

3364 Wir werden den Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ weiterführen und
3365 die Arbeit des Landesbeauftragten für queere Lebensweisen unterstützen. Wir wollen
3366 die zivilgesellschaftliche Arbeit beim Engagement für die Lebensrealitäten im Kontext
3367 der sexuellen Vielfalt weiter unterstützen. Die vielen Initiativen im Land und das
3368 landesweite Netzwerk QueerNet RLP leisten eine wichtige Arbeit und sind Partner der
3369 Landesregierung sowie von Bildungseinrichtungen. Dafür ist das Siegel „Schule der
3370 Vielfalt“ ein gutes Beispiel.

3371 Wir unterstützen Aus- und Fortbildungsangebote für Bildungseinrichtungen,
3372 kommunale und Landesbehörden.

3373 Die Erforschung der Geschichte queerer Menschen, die auch nach 1945 lange
3374 strafrechtliche Verfolgung, rechtliche Benachteiligung und gesellschaftliche
3375 Ausgrenzung erfahren haben, erachten CDU und SPD als wichtig an.

3376 Wir unterstützen im Bundesrat die Reform des Abstammungsrechts zur Gleichstellung
3377 von Regenbogenfamilien sowie die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des
3378 Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität.

3379 **8. Unsere Verantwortung für Europa, internationale**
3380 **Zusammenarbeit und eine kraftvolle Demokratie**

3381 **Europa**

3382 Die Europäische Einigung ist das größte Friedensprojekt der Weltgeschichte und in
3383 Rheinland-Pfalz Alltag. CDU und SPD sind stolz auf ihre europäischen Traditionen und
3384 auf die gelebte Wirklichkeit der Menschen im Land. Viele Familien erleben in den
3385 Grenzregionen jeden Tag die europäische Freundschaft, unsere Unternehmen sind
3386 selbstverständlich auf den europäischen Märkten unterwegs und erfolgreich,
3387 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schülerinnen und Schüler erleben die
3388 Freiheiten, die ein friedliches, solidarisches, offenes Europa ermöglichen.

3389 Wir gestalten Rheinland-Pfalz als europäisches Land, das innerhalb der EU mit starker
3390 Stimme auftritt, das die eigenen Interessen klar vertritt und dabei die enge
3391 Freundschaft und Zusammenarbeit immer im Blick behält. Wir begleiten sehr eng die
3392 relevante europäische Gesetzgebung – besonders in den Bereichen Forschung und
3393 Technologie, Landwirtschaft und Weinbau, Chemie, Biotechnologie und im Bereich
3394 Medien – und setzen hierbei auch auf den engen Dialog mit den Akteuren in Rheinland-
3395 Pfalz.

3396 Das Land ist in Brüssel, Straßburg in der Großregion und am Oberrhein ein
3397 verlässlicher Partner. CDU und SPD bekennen sich klar zur grenzüberschreitenden
3398 Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Rahmen der Großregion, innerhalb der
3399 Oberrheinregion sowie im deutsch-französischen Ausschuss für
3400 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ). Die Arbeit im Ausschuss der Regionen
3401 (AdR) werden wir engagiert fortsetzen. Durch unsere Landesvertretung in Brüssel
3402 werden wir weiterhin über die Beteiligung an EU-Konsultationen sowie über die
3403 Bundsratsarbeit in Berlin aktiv Einfluss auf die Europapolitik nehmen. Die
3404 europapolitischen Positionen des Landes werden von der Landesvertretung in Brüssel
3405 während des gesamten EU-Gesetzgebungsprozesses aktiv begleitet.

3406 Die vielfältigen Partnerschaften des Landes, stark auch durch das 4er Netzwerk der
3407 Regionalpartner, mit der französischen Region Burgund-Franche-Comté, mit der
3408 Woiwodschaft Oppeln sowie der Region Mittelböhmen werden wir mit konkreten
3409 Initiativen in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz weiter
3410 ausbauen. Auch die enge Zusammenarbeit mit Ostbelgien und die neugewonnene
3411 Partnerschaft mit der ukrainischen Oblast Winnyzja sind Ausdruck unserer
3412 europapolitischen Verantwortung und Freundschaft, die wir auch in Zukunft pflegen
3413 und ausbauen werden.

3414 CDU und SPD betonen die Bedeutung des Schengen-Raums und der Freizügigkeit
3415 als zentrale Errungenschaften Europas. Wir wollen, dass für Rheinland-Pfalz ein
3416 grenzenloses Europa gelebte Realität bleibt: Umgeben von europäischen Nachbarn
3417 und Freunden profitieren wir im Alltag und im Arbeitsleben. Der gemeinsame
3418 Lebensraum stärkt unsere Wirtschaft und ist eine wichtige Errungenschaft.

3419 Uns ist die Mobilität junger Menschen innerhalb Europas ein großes Anliegen. Wir
3420 werden den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und
3421 Studentinnen und Studenten weiter ausbauen und Austauschprogramme wie
3422 Erasmus+ insbesondere für berufliche Schulen und Auszubildende vorantreiben und
3423 zugänglicher machen. Die digitale Anerkennung von beruflichen Bildungsabschlüssen
3424 in der EU werden wir vereinfachen. Das Netzwerk der Europaschulen werden wir
3425 stärken und über die bisher 100 Schulen hinaus zusätzliche Schulen fördern, um den
3426 europäischen Gedanken in allen Schularten weiter zu verankern. Auch in unserer
3427 Hochschulpolitik ist die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit ein zentrales Ziel.

3428 Europa steht vor großen Herausforderungen. Es geht um die europäische
3429 Souveränität in der Welt und wirtschaftliche Stärke. Wir begrüßen ausdrücklich die
3430 europäische Strukturpolitik. Der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034 muss
3431 unzweifelhaft Sicherheit und Verteidigung sowie die Wettbewerbsfähigkeit stärken,
3432 ohne die Regionen Europas, die europäische Strukturpolitik und die Gemeinsame
3433 Agrarpolitik zu vernachlässigen. Gleichwertige Lebensverhältnisse, regionale
3434 Entwicklung, Wertschöpfung und Innovation gedeihen nur mit einer klar regional
3435 verantworteten Kohäsionspolitik. Die ESF+Mittel stehen dabei für Beschäftigung,
3436 soziale Inklusion und Bildung und sind ein wichtiger Aspekt der europäischen
3437 Zusammenarbeit. Sie tragen dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern und den sozialen
3438 Zusammenhalt zu stärken, und das unterstützen wir ausdrücklich. Den Regionen muss
3439 bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Programme sowie der Auswahl der Projekte
3440 weiterhin eine zentrale Rolle zukommen. Eine zentralisierte Kohäsionspolitik ist damit
3441 nicht vereinbar. Die Strukturfonds und die Nationalen und Regionalen
3442 Partnerschaftspläne (NRPP) müssen unbürokratischer und regional zielgerichteter
3443 ausgerichtet werden, damit Europa mehr Wohlstand und Chancen ermöglicht werden.
3444 Im Hinblick auf die gemeinsamen Herausforderungen im Natur-, Klima- und
3445 Ressourcenschutz stärkt Rheinland-Pfalz gezielt Partnerschaften und Austausch auf
3446 EU-Ebene.

3447 Rheinland-Pfalz ist auch künftig auf europäische Strukturfördermittel angewiesen, um
3448 sich an neue Herausforderungen anzupassen. Wir werden auf Landesebene eine
3449 digitale Europaschnittstelle einrichten, die Kommunen, Bildungs- und
3450 Forschungseinrichtungen und Betrieben einen einfachen, schnellen und vollständig
3451 digitalen Zugang zu europäischen Förder- und Innovationsprogrammen bietet. Wir
3452 setzen uns für mehr Bürokratieabbau sowie für schnellere und einfachere Planungs-
3453 und Vergabeverfahren ein. Wir sprechen uns für eine konsequente Anwendung des
3454 Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips im europäischen
3455 Gesetzgebungsverfahren aus.

3456 Die bestehenden Beratungsangebote des Landes bündeln wir und machen sie
3457 effizienter und wirkungsvoller. Wir nehmen die vorhandenen Beratungs- und
3458 Unterstützungsstrukturen systematisch in den Blick, prüfen Zuständigkeiten, Abläufe
3459 und Erreichbarkeit und entwickeln sie zielgerichtet weiter. Wir machen uns politisch
3460 dafür stark, dass der Zugang zu europäischen Mitteln deutlich erleichtert wird.

3461 **Internationales**

3462 Rheinland-Pfalz ist ein Land mit vielen Freunden in der ganzen Welt. Internationale
3463 Partnerschaften sind uns ein zentrales Anliegen, erweitern sie doch den Blick und
3464 lassen uns Verantwortung und Zusammenarbeit in krisenhaften Zeiten spüren.

3465

3466 ***Transatlantische Partnerschaft stärken***

3467 Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft und zu der Freundschaft mit dem US-
3468 amerikanischen Volk. Wir unterhalten enge wirtschaftliche und kulturelle
3469 Verbindungen. Die US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz sind ein wichtiger Bestandteil der
3470 globalen Sicherheitsarchitektur. Die rund 50.000 US-Bürgerinnen und Bürger, die
3471 „home away from home“ bei uns leben, und die Partnerschaft mit dem Bundesstaat
3472 South Carolina sind Ausdruck der engen Verbundenheit. Wir werden die Atlantische
3473 Akademie und kommunale Partnerschaften weiter stärken.

3474

3475 ***Aktive Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda leben***

3476 Wir werden die aktive Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda, auch getragen vom
3477 Partnerschaftsverein und der Zivilgesellschaft, fortführen und trotz lokaler
3478 Herausforderungen durch den Ostkongo-Konflikt Projekte weiterentwickeln.

3479

3480 ***Landesnetzwerk und Partnerschaften fördern***

3481 Die Zusammenarbeit mit dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk (ELAN-RLP)
3482 wollen wir stärken. Unsere engen Beziehungen zur japanischen Präfektur Iwate und
3483 die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der chinesischen Provinz Fujian werden wir
3484 weiter vertiefen. Dabei spielt für uns auch die Weiterentwicklung der rheinland-
3485 pfälzischen Fujian Gesellschaft e.V. sowie der rheinland-pfälzischen China-Strategie
3486 eine wichtige Rolle.

3487

3488 **Demokratie**

3489 Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiges und demokratisches Land. Unsere Demokratie ist
3490 nicht selbstverständlich – sie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und
3491 von ihrem Engagement für ein gutes Miteinander.

3492 Demokratie wird nicht nur in Parlamenten gelebt, sondern überall dort, wo Menschen
3493 sich begegnen: am Gartenzaun, in der Kneipe, in Kommunen, Vereinen, Initiativen,
3494 Kirchen, Gewerkschaften und im Ehrenamt. Wir wollen die Voraussetzungen dafür
3495 stärken, dass Menschen sich vernetzen, austauschen und gemeinsam gute Ideen für
3496 ihr Umfeld entwickeln können. Damit wirken wir gesellschaftlicher Vereinsamung aktiv

3497 entgegen, denn soziale Isolation gefährdet den Zusammenhalt und schwächt das
 3498 Vertrauen in unsere Demokratie.

3499 Zudem werden wir die Förderung des Ehrenamts weiter ausbauen, Bürokratie
 3500 abbauen und die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements spürbar erhöhen.
 3501 Räume wie Sport- und Gaststätten, in denen Menschen verschiedener Generationen,
 3502 Kulturen und Lebensentwürfe miteinander ins Gespräch kommen, sind unverzichtbar
 3503 für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir werden diese Orte stärken und neue
 3504 Impulse für das bürgerschaftliche Engagement setzen.

3505 Die Landesleitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung arbeitet als zentrale
 3506 Koordinierungs- und Servicestelle. Alle Formen des Ehrenamts – analog wie digital –
 3507 sind wertvoll und unterstützenswert. Den Demokratie-Tag und den Ehrenamtstag,
 3508 lokale Strukturen, Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen sowie die landesweite
 3509 Ehrenamtskarte werden wir gemeinsam fortführen und ausbauen.

3510 Wir wollen junge Erwachsene, die aufgrund ihres Studiums oder einer Ausbildung
 3511 zeitlich ihren Erstwohnsitz verlagern müssen, die Möglichkeit geben, sich auch weiter
 3512 aktiv politisch an der Gestaltung ihrer Heimat zu beteiligen. Dazu prüfen wir im
 3513 Rahmen der Novellierung des Kommunalwahlgesetzes zur Kommunalwahl 2029, das
 3514 passive Wahlrecht für diese Gruppe am Zweitwohnsitz einzuführen.

3515 Politische Bildung ist das Fundament einer wehrhaften Demokratie und ein
 3516 notwendiger Bestandteil für die freie und offene Gesellschaft. Gerade in Zeiten, in
 3517 denen Verschwörungsmythen und Desinformation zu handlungsleitenden Momenten
 3518 politischer Mobilisierung werden, ist politische Bildung wichtiger denn je.

3519 Den Landtag werden wir als zentralen Lernort der Demokratie weiterentwickeln – mit
 3520 Planspielen, Jugendformaten und digitalen Angeboten. Politische Bildung werden wir
 3521 nicht nur in Schulen verstetigen, sondern auch in Betrieben, Verwaltungen, im
 3522 Ehrenamt und in Vereinen. Die Förderung von Demokratiebildungsprojekten und das
 3523 Netzwerk „Demokratie gewinnt!“ führen wir fort. Wir entwickeln einen digitalen
 3524 Demokratie-Atlas, der die vielfältigen Orte der Demokratieggeschichte mit den
 3525 vielfältigen Akteuren der Demokratie vernetzt.

3526 Medienkompetenz fördern wir als zentrale Demokratiekompetenz. Gegen die
 3527 Ausbreitung von Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit setzen wir
 3528 auch auf medienpädagogische politische Bildung.

3529 CDU und SPD stellen sich entschieden allen Versuchen entgegen, den Rechtsstaat
 3530 und unsere Bürgerrechte zu untergraben, öffentliche Meinung durch Desinformation
 3531 zu manipulieren und menschenfeindliche Gedanken sowie Hass zu verbreiten.

3532 Wir werden den Kampf gegen Extremismus entschieden fortführen.
 3533 Präventionsprojekte gegen Extremismus und die Unterstützung engagierter Initiativen
 3534 werden wir gezielt ausbauen. Eine wehrhafte Demokratie schützt ihre Werte
 3535 entschlossen – mit der Härte des Rechtsstaats und der Stärke einer engagierten
 3536 Zivilgesellschaft. Extremistische, demokratiefeindliche Aktivitäten werden wir

3537 unabhängig vom Phänomenbereich bekämpfen. Denn Demokratie muss sich gegen
3538 ihre Feinde behaupten können.

3539 Jüdisches Leben muss in Rheinland-Pfalz jederzeit sicher und frei möglich sein. Wir
3540 bekennen uns zu einer klaren Haltung gegen Antisemitismus, Rassismus und jede
3541 andere Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies werden wir mit aller
3542 Konsequenz des Rechtsstaats bekämpfen. Den weiteren Ausbau des jüdischen
3543 Weltkulturerbes in Rheinland-Pfalz werden wir vorantreiben und die Arbeit der oder
3544 des Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen weiter stärken.
3545 Unsere Partnerschaft mit der israelischen jüdisch-arabischen Begegnungsstätte Givat
3546 Haviva als Vorbild für Frieden und Verständigung wollen wir weiter stärken.

3547 Wir werden mit Entschlossenheit gegen Antiziganismus vorgehen. Den Vertrag
3548 zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Verband Deutscher Sinti und Roma
3549 werden wir in der Umsetzung weiter mit Leben erfüllen.

3550 Auch das Schicksal der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten
3551 Weltkrieg ist Teil unserer gemeinsamen Erinnerungskultur. Ihr Leid, aber auch ihre
3552 enorme Leistung beim Aufbau unseres Landes, wollen wir stärker sichtbar machen.
3553 Deshalb werden wir die Arbeit der entsprechenden Verbände weiter unterstützen. Wir
3554 werden einen Landesbeauftragten für Aussiedler und Vertriebene einführen.

3555 Zum Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gehört eine starke Gedenkarbeit
3556 und Erinnerungskultur. Bestehende Programme sowie die zahlreichen Projekte an
3557 Schulen, Hochschulen und in Vereinen, die das Erinnern und Gedenken lebendig
3558 halten, werden wir unterstützen und ausbauen.

3559 Wir werden systematisch verankerte Schulbesuche von Gedenkstätten und Orten der
3560 Demokratie gemeinsam mit den Partnern vor Ort ausbauen. Unser Ziel ist es, dass
3561 alle Schülerinnen und Schüler mindestens einmal während ihrer Schullaufbahn eine
3562 Gedenkstätte und einen Ort der Demokratie besucht haben.

3563 Die regionale Gedenkarbeit werden wir nach dem Grundsatz „Grabe, wo du stehst“
3564 stärken. Lokale NS-Geschichte wird erforscht und sichtbar gemacht. Dabei soll
3565 bewusst auch die Nachkriegszeit bis zur Gegenwart in den Blick genommen werden.
3566 Zeitzeugenprojekte und digitale Erinnerungsformate werden wir fördern.

3567 Rheinland-Pfalz ist Demokratieland und kann auf eine lange und reiche Geschichte
3568 der Demokratie zurückblicken. Die Jubiläumsfeierlichkeiten „Hambach 2032“ zum 200.
3569 Jahrestag des Hambacher Festes werden wir als lebendiges Zeichen für die
3570 demokratische Kraft der Vielen gestalten und damit die Bedeutung des Hambacher
3571 Festes als „Wiege der deutschen Demokratie“ stärken. Die Dauerausstellung werden
3572 wir aus diesem Anlass neu konzipieren und die Demokratiebildung am Hambacher
3573 Schloss konsequent ausbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund neben
3574 den erheblichen Beiträgen von Land und Kommunen seiner Verantwortung stärker
3575 nachkommt und sein finanzielles Engagement deutlich ausweitet.

3576 Auch die Bergzaberner Republik und die Mainzer Republik stehen für frühe und mutige
3577 Aufbrüche hin zu Freiheit, Bürgerrechten und demokratischer Teilhabe. Wir wollen

3578 diese historischen Erfahrungen weiterhin ins öffentliche Bewusstsein rücken, ihre
3579 Bedeutung für die Entwicklung demokratischer Traditionen würdigen und für die
3580 politische Bildung nutzbar machen.

3581 Die Politik auf kommunaler Ebene ist der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger die
3582 Auswirkungen politischer Entscheidungen am unmittelbarsten erleben. Wir werden die
3583 kommunale Demokratie stärken und die Rahmenbedingungen für das kommunale
3584 Ehrenamt verbessern. Den Anfeindungen und gewalttätigen Übergriffen gegenüber
3585 politisch aktiven Menschen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern treten wir
3586 entschieden entgegen. Wirksame Schutzmaßnahmen werden wir verbessern. Unsere
3587 Demokratie lebt vom politischen Engagement – dieses Engagement müssen wir
3588 schützen.

3589 Politische Mitwirkung bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Es gibt
3590 unterschiedliche Formen, Abläufe und Arten der Beteiligung.

3591 Die freie Entfaltung unterschiedlichster individueller Identitäten, Lebensformen und
3592 Ausdrucksmöglichkeiten ist ein zentrales Element unserer demokratischen
3593 Gesellschaft. Vielfalt verstehen wir als demokratische Ressource, die wir stärken und
3594 fördern werden. Die Rechte und die Sichtbarkeit von LGBTQI+-Personen werden wir
3595 stärken. Migrantenselbstorganisationen, Integrationsbeiräte und interkulturelle
3596 Projekte werden wir weiterhin unterstützen. Die gleichberechtigte Teilhabe aller am
3597 gesellschaftlichen Miteinander ist für uns die Grundlage für den Zusammenhalt
3598 unserer vielfältigen Gesellschaft.

3599 Wir werden uns in der 19. Wahlperiode mit einer möglichen Weiterentwicklung der
3600 Landesverfassung befassen. In diesem Zusammenhang wollen wir bestehende
3601 Regelungen im Lichte gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Entwicklungen
3602 daraufhin überprüfen, ob und inwieweit sich ein Bedarf für Anpassungen oder
3603 Ergänzungen ergibt.

3604

3605 ***Partnerschaft mit Kirchen und Religionsgemeinschaften pflegen***

3606 Kirchen und Religionsgemeinschaften sind ein stabiler Anker unserer Gesellschaft. Sie
3607 prägen Werte, stiften Orientierung und übernehmen Verantwortung. Sie leisten einen
3608 unverzichtbaren Beitrag zum kulturellen Leben, zum sozialen Zusammenhalt und zum
3609 ehrenamtlichen Engagement in Rheinland-Pfalz. Damit sind sie für uns auch wichtige
3610 Partnerinnen bei der Stärkung unserer freiheitlichen Demokratie. Wir bekennen uns
3611 ausdrücklich zur Religionsfreiheit als Grundpfeiler. Die christlichen Kirchen und
3612 freikirchlichen Gemeinschaften, die jüdischen und alevitischen Gemeinden sowie
3613 islamische Gemeinschaften in unserem Land leisten einen zentralen Beitrag zu
3614 unserem sozialen, kulturellen und ehrenamtlichen Leben. Wir wollen auch künftig mit
3615 ihnen eng zusammenarbeiten.

3616 Wir unterstützen die Kirchen insbesondere als Trägerinnen von Einrichtungen in den
3617 Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege sowie für Bedürftige, damit sie diese
3618 Aufgaben auch künftig gut wahrnehmen können.

3619 Wir werden das jüdische Leben in unserem Land weiter stärken. Die bestehenden
3620 Staatsverträge entwickeln wir zusammen mit dem Landesverband der Jüdischen
3621 Gemeinden in Rheinland-Pfalz und der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-
3622 Rheinhessen fort. Antisemitismus in all seinen Formen bekämpfen wir entschlossen
3623 weiter. Zur Stärkung des jüdischen Lebens und zur wirksamen Bekämpfung von
3624 Antisemitismus setzen wir das Landeskonzert „Gemeinsam handeln für jüdisches
3625 Leben und gegen Antisemitismus“ konsequent um.

3626 Als CDU und SPD verstetigen wir den Dialog und die Zusammenarbeit mit islamischen
3627 Religionsgemeinschaften und Verbänden. Wir stärken und begleiten sie dabei, sich
3628 gesellschaftlich zu engagieren und halten an den bestehenden Verträgen und deren
3629 Umsetzung fest.

9. Unsere Verantwortung für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Koalition

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD gilt für die Dauer der 19. Wahlperiode. Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln und im Parlament umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

Die Koalitionspartner treffen sich mindestens dreimal im Jahr zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch einer der beiden Koalitionspartner zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen und führt in Konfliktfällen Konsens herbei.

In jährlichen Koalitionsklausuren wird der Stand der Umsetzung der vereinbarten Ziele und Maßnahmen überprüft. Auf dieser Grundlage werden Prioritäten und Arbeitsschwerpunkte auf ihre Aktualität überprüft und auch für das jeweilige Folgejahr festgelegt.

Die Staatskanzlei, das die SPD-geführten Ministerien koordinierende Ressort und die Fraktionsführungen von CDU und SPD stimmen Arbeit in Parlament und Regierung laufend und umfassend miteinander ab.

Die beiden Koalitionspartner stimmen im rheinland-pfälzischen Landtag und in allen Gremien einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen. Alle Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam eingebracht. Im Ausnahmefall können Anfragen auf Fraktionsebene von einem Partner allein eingebracht werden. Dies erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen.

CDU und SPD benennen jeweils zwei Mitglieder des Bundesrats. Die übrigen Mitglieder der Landesregierung werden stellvertretende Mitglieder des Bundesrats. Das Mitglied im Vermittlungsausschuss wird von der CDU und das stellvertretende Mitglied im Vermittlungsausschuss durch die SPD benannt.

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird unter Berücksichtigung der Interessen des Landes und am Inhalt und Geist der Koalitionsvereinbarung zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt. Sofern in Fragen, die nach Auffassung eines Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung sind, eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird sich das Land der Stimme enthalten.

Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Struktur der Landesregierung:

Die CDU stellt den Ministerpräsidenten.

Die SPD stellt die Stellvertretende Ministerpräsidentin oder den Stellvertretenden Ministerpräsidenten nach Art. 105 Abs. 2 der Landesverfassung.

3667 Die **CDU** trägt Verantwortung für:

- 3668 - Staatskanzlei mit dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Sport,
3669 Ehrenamt und Medien und Chef der Staatskanzlei
- 3670 - Ministerium für Bildung
- 3671 - Ministerium für Inneres, Integration und Verkehr
- 3672 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten
- 3673 - Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

3674

3675 Die **SPD** trägt Verantwortung für:

- 3676 - Ministerium der Finanzen, mit den neuen Zuständigkeiten für Digitalisierung und
3677 Staatsmodernisierung
- 3678 - Ministerium für Kommunen, Bauen, Wohnen und Kultur
- 3679 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie und Jugend
- 3680 - Ministerium für Wirtschaft, Energie und Klima
- 3681 - Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Gesundheit